



AIB

2V 20899 E

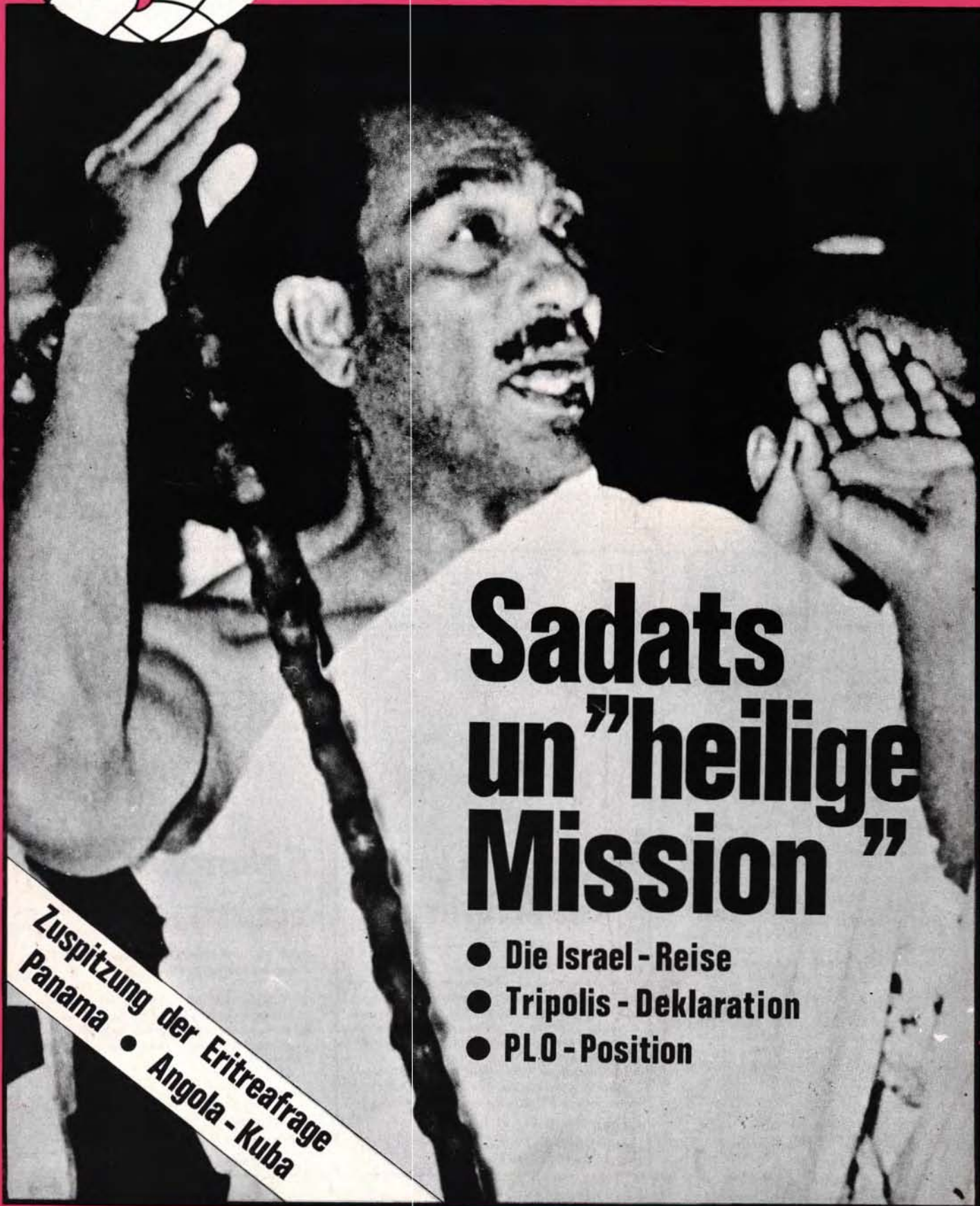
1,50 DM

Januar

Nr. 1/1978

9. Jahrgang

Antimperialistisches Informationsbulletin



Sadats un"heilige Mission"

- Die Israel - Reise
- Tripolis - Deklaration
- PLO - Position

Zuspitzung der Eritreafrage
Panama • Angola - Kuba

Inhalt:

AIB-Aktuell: Sadats un„heilige“ Mission	S. 3
Naher Osten – Palästina	
Magdi Kamil: Separatfriedenspolitik mit gefährlichen Folgen	S. 4 – 7
Erklärung des Zentralkomitees der Fatah: Der Bedrohlichkeit dieser Phase bewußt!	S. 8 – 9
Deklaration der Tripolis-Konferenz: Nationale Front des Widerstands	S. 9 – 10
Erklärung der PLO: Charta der palästinensischen Einheit	S. 10
Michel Kamel: Verschiedenste Sichtweisen eines Palästinenserstaates	S. 11 – 15
Äthiopien	
Georg Polikeit: Zündstoff in der Eritreafrage	S. 15 – 18
Rhodesien	
Weltkirchenrat: Wer mordet rhodesische Zivilisten?	S. 20 – 21
Namibia	
Interview mit Sam Nujoma: Vor der Schaffung befreiter Gebiete	S. 22 – 23
Angola – Kuba	
Augusta Conchiglia: Wiederaufbauhilfe – Brücke der Freundschaft	S. 24 – 25
Peru	
Miguel U. Rodrigues: Destabilisierung der peruanischen Revolution (2. Teil)	S. 26 – 30
Panama	
Jutta von Freyberg: Der Panamakanalvertrag und die Grenzen Torrijos'	S. 30 – 34
Kurzinformation: Chile-BRD, Iran-USA, Rhodesien, Südafrika-Solidarität, Philippinen	S. 35
Kommentar: Anzeigenkampagne – keine „Gefühlsduselei“	S. 36



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,- DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.
 Anschrift von Redaktion und Vertrieb:
 AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1; Tel. 06421-24672
 Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner, Wolfram Bröner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Günter Ritter, Wolfgang Ritter
 Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund

Druck: W. J. Becker, Marburg

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionschluß: 11. Dezember 1977

Es arbeiteten mit: D. Busch, R. Degenhard, P. Drescher, G. Faust, D. Fendt, H. Finkenbrink, R. Hege-
 wald, M. Hellmann, R. Heyde, H. Merkelbach, M. Meyn-Rodriguez, M. Müller, B. Pflug, M. Preuß,
 Ch. Reymann, J. Rodriguez, U. Rupp, J. u. W. Scheer,
 K. Wetzel

Anzeigen:

- Kalender des Arbeitskreises Festival
- Chile-Plakatmappe des ASK
- 3. Welt Magazin
- Das Argument



Kuba: Das Land des XI. Festivals

Die AIB - Festival - Ausgabe bringt in Vorbereitung auf die XI. Weltfestspiele 1978 in Havanna u. a.

- Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur sozialistischen Demokratie, zur Frage der politischen Gefangenen, über den Sport und die kubanische Jugendbewegung
- Dokumente zur Außenpolitik, Reden Fidel Castros, die Verfassung der Republik Kuba, Länderübersicht
- Interview und Dokumente zur Festivalbewegung

Umfang: 48 S., Preis: 1,50 DM

Bestellungen an:

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L.



FESTIVAL - Kalender 1978

Zur Vorbereitung der 11. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Havanna

Preis: 10,- DM einschl. einer Spende zur Finanzierung der Festivalaktivitäten

Der Kalender enthält 12 Grafiken mit Motiven der kubanischen Revolution, der internationalen Solidarität, aus der demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik und aus dem Kampf um Frieden und Abrüstung.

Zu bestellen bei:

Arbeitskreis Festival

Meckenheimer Allee 152, c/o SHB, 5300 Bonn
 und in allen collectiv-Buchhandlungen

AIB - Aktuell: Sadats un "heilige Mission"



Selten stand ein diplomatischer Vorstoß eines Politikers der Dritten Welt bei den westlichen Massenmedien so übermäßig hoch im Kurs wie Sadats als „heilige Mission“ (Time) titulierter Alleingang nach Jerusalem am 19. November 1977. Sadats und Begins Konterfei zierte die Titelseiten der Weltpresse und stehen im Televisionsgeschäft obenan. Doch sind sie wirklich die suggerierten Friedensstifter im Nahen Osten?

Zunächst wird der formale Akt des erstmaligen Miteinanders zwischen Israel und einem Repräsentanten der arabischen Welt an sich zu der historischen Friedenstafel hochstilisiert, die Gesamtzusammenhänge des Nahostkonflikts und die gefährlichen Konsequenzen des Sadat-Spektakels hingegen beläßt man im Dunkeln. Beides im einzelnen zu untersuchen, ist das Anliegen der Untersuchung des ägyptischen Journalisten Magdi Kamil. Er arbeitet als tatsächliche Ergebnisse des Israel-Besuches Sadats die Spaltung der arabischen Staaten und das Fallenlassen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) durch Ägypten sowie dessen Zusteuern auf einen Separatfrieden heraus. Vor allem gilt es, die Sadatsche Israel-Initiative in einem Punkt von der u.a. mit dem Namen Willy Brandts verbundenen (siehe Spiegel, 28. 11. 1977) Politik der friedlichen Koexistenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten in Europa prinzipiell zu scheiden: Hier werden Lösungen auf Kosten dritter Hauptbeteiligter und ungeachtet ihres energischen Protestes gesucht. Das palästinensische Volk und Syrien nämlich sind es, die die Zeche zu bezahlen haben. Sadat aber hat nicht nur für eine kräftige Aufpolierung des Prestiges des aggressiven Begin-Regimes, sondern auch für eine Ablenkung von dem eigentlichen derzeitigen Haupthindernis zur Einberufung der Genfer Nahostkonferenz gesorgt: nämlich der israelisch-amerikanischen Verweigerung gegenüber einer gleichberechtigten Verhandlungsteilnahme der PLO und einem unabhängigen Palästinenserstaat.

Sadats nunmehriges Projekt einer **Genfer Vor-sprich Ersatz-konferenz** Mitte Dezember 1977 in Kairo, die voraussichtlich unter Teilnahme nur der USA, Israels und Ägyptens stattfinden wird, paßt genau in dieses Bild und entspricht

haargenau den von US-Außenminister Vance bereits im Oktober 1977 vorgebrachten Plan zur Einrichtung einer „Arbeitsgruppe“ der Außenminister – unter Ausklammerung der PLO und des Genfer Kopräsidenten UdSSR. Als gerade solche Heuchelei wie Carters wiederholte Lippenbekenntnisse zur Genfer Konferenz entpuppt sich auch das angebliche Washingtoner Unbeteiligtsein an den jüngsten ägyptisch-israelischen Separatschritten. Die am 8. Dezember wieder aufgenommene, zuvor erfolglose Vance-Mission zielt auf die Einbeziehung Jordaniens und möglicherweise – mit saudischer Hilfe – auch Syriens in die US-Nahostdiplomatie des „Ausgleichs“ zwischen Israel und „gemäßigten“ Arabern. In diesem Sinne erklärte Vance Anfang Dezember, der Zeitpunkt einer Wiederaufnahme der Genfer Konferenz sei „jetzt nicht so wichtig“ und Carter-Berater Brzezinski bedeutete am 10. Dezember gar, eine Nahostlösung sei wohl auch in kleinerem Kreis möglich. Begin erklärte sich seinerseits zu einem separaten Friedensvertrag mit Ägypten bereit, wittert er doch darin die Chance, mit ägyptisch-amerikanischem Zutun die als „Naziorganisation“ beschimpfte PLO auszu-manövrieren, insbesondere einen eigenständigen Palästinenserstaat zu vereiteln. Die in der Frage einer solchen Staatsbildung mit den arabischen Rechtskräften und m.E. auch mit Syrien vorhandenen Berührungspunkte zeichnet der gleichzeitig in der französischen Zeitung Le Monde Diplomatique publizierte Beitrag des Ägypters Michel Kamel nach.

In dieser für die arabische Befreiungsbewegung außerordentlich gefährlichen Situation kommt der revolutionären Standhaftigkeit der PLO, wie sie sich in der dokumentierten Erklärung des Zentralkomitees der größten palästinensischen Organisation Al Fatah zum Sadat-Besuch und der PLO-Erklärung von Tripolis findet, ebensolche Bedeutung zu wie der auf der Tripolis-Konferenz am 5. Dezember 1977 von progressiv-nationalen Regimes und der PLO formierten nationalen Front des Widerstands. Die von uns ebenfalls im Wortlaut dokumentierte Deklaration von Tripolis orientiert auf gemeinsame Maßnahmen gegen die Sadatsche Kapitulationspolitik und kann zumindest zu einer beträchtlichen Rückenstärkung für die PLO beitragen.

Magdi Kamil

Separatfriedenspolitik mit gefährlichen Folgen



Ägyptische Pepsi Cola-Anzeige zu Sadats Israel-Besuch: "Im Namen der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit erklären wir uns mit dem gläubigen Präsidenten, für die Verwirklichung seiner heiligen und edlen Mission solidarisch."

Begin und Sadat in der israelischen Knesseth (Parlament); Pepsi Cola-Anzeige in Al Ahram, Kairo, 24. 11. 1977

Vor dem kanadischen Fernsehen äußerte der ägyptische Präsident Anwar El Sadat die Ansicht, daß „das Nahostproblem zu 70 % ein psychologisches, und nur zu 30 % ein politisches Problem sei“¹. Diese Art der Einschätzung eines Weltkonfliktes ersten Ranges wie des Nahostkonflikts diene einzig und allein als Auftakt zu einem der spektakulärsten und zugleich gefährlichsten Unternehmen in der Geschichte der Region: Sadats Besuch in Israel. Im Einklang mit dieser Einschätzung bekundete Sadat am 9. November 1977 in einer Rede anlässlich der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des ägyptischen Parlaments seine Bereitschaft, „selbst zur Knesseth (dem israelischen Parlament, d. Red.) zu gehen, . . . wenn das den Tod eines meiner Söhne², eines einzigen Soldaten oder auch nur seine Verwundung verhindern kann“³.

Vier Monate zuvor zog Sadat 40 000 seiner „Söhne“ an der Grenze zu Libyen zusammen und beging am 21. Juli 1977 einen Akt der militärischen Aggression gegen den arabischen Bruderstaat. Ägyptische Kampfflugzeuge zerstörten libysche Radarstationen, die laut Radio Kairo „Bewegungen der 6. US-Flotte im Mittelmeer überwachen“. Im Mai d. J. schickte Sadat 50 Mirage-Piloten und andere Militärs nach Zaïre, um den belgischen und französischen Konzernen das korrupte Regime Mobutus zu erhalten. Heute sind 20 000 ägyptische Soldaten im Sudan stationiert, von wo aus sie eine wichtige Rolle bei dem Versuch der Zerschlagung des fortschrittlichen Regimes in Äthiopien spielen sollen⁴.

Bei all diesen friedensgefährdenden Unternehmungen hat sich der für den Friedens-Nobelpreis vorgeschlagene Sadat⁵ anscheinend weniger Gedanken über das Leben seiner „Söhne“ gemacht. Das Regime Sadat hat sich nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in verstärktem Maße in Afrika als zuverlässiger regionaler Gendarm im Solde der USA und der feudalen Ölstaaten etabliert.⁶

Gleichklang von Separat- und „Öffnungs“politik Sadats

Die Schlüsselfrage für das Verständnis der jüngsten Entwicklung im Nahen Osten ist: Wie konnte es dazu kommen, daß das ägyptische Regime, das unter Nasser die führende Stellung in der arabischen nationalen Befreiungsbewegung einnahm, heute den offenen Bruch mit dieser Tradition des Landes vollzogen und die schändliche Funktion des regionalen Gendarmen neben Israel und dem Iran übernommen hat? Bis Mitte der 60er Jahre haben wirtschaftliche und soziale Umwälzungen in Ägypten eine ganze Anzahl von Hindernissen für die Entfaltung der Produktivkräfte abgebaut. Die Kontrolle des einheimischen und internationalen Kapitals über die Wirtschaft Ägyptens wurde weitgehend beseitigt. Dieser Prozeß hielt jedoch nicht lange vor. Mangelnde Demokratisierung der Gesellschaft (ein Merkmal vieler revolutionärdemokratischer Systeme in den jungen Nationalstaaten!) und die damit verbundenen Fehler in der Planung und Durchführung der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie verstärkter Einfluß der „bürokratischen Bourgeoisie“ sind u. a. die Ursachen für das Abflauen des Aufschwungs. Die Niederlage bei der israelischen Aggression 1967 ist z. T. sowohl Ergebnis dieser Entwicklung als auch Beschleuniger derselben: in der Verschärfung der Krise der ägyptischen Gesellschaft.

Das Kräfteverhältnis innerhalb der herrschenden Kreise Ägyptens begann sich zuungunsten der patriotischen, für den Fortschritt wirkenden Kräfte zu verschieben. Dieser Verschiebungsprozeß wurde beschleunigt durch den Tod Nassers, die Ernennung Sadats zum Präsidenten der Republik und durch seinen kalten Staatsstreich (im Mai 1971, d. Red.), in dem die nasseristischen Kräfte entmachtet wurden. Von der neuen Wirtschaftspolitik, „Infitah“ („Öffnung“, d. Red.) genannt, bis zu den schändlichen Bemühungen, die arabische Front zu

spalten und einen Separatfrieden mit Israel – dem effektivsten imperialistischen Stützpunkt im Nahen Osten – zu schließen, führt ein geradliniger Weg.

Begleitet von großem propagandistischem Aufwand leitete das Regime unter Sadat die „Infitah“ ein. Diese Politik ist genau das Gegenteil einer nationalen souveränen Wirtschaftspolitik. Sie beinhaltet u. a.:

- Begünstigung von Investitionen des Auslandskapitals;
- Gründung von gemischten Banken, die der Kontrolle durch die Zentralbank nicht unterworfen sind;
- Schaffung von Freihandelszonen;
- staatliche Garantien gegen Verstaatlichung und Konfiszierung;
- freien Profittransfer.

Brutale Mißachtung des Volkswillens

Die Auswirkungen dieser antinationalen Wirtschaftspolitik ließen nicht lange auf sich warten. Wegen der unsicheren Lage des Regimes floß das Auslandskapital nicht in dem Ausmaß ins Land hinein, wie die Schöpfer dieser Politik erhofften. Stattdessen üben die ausländischen Monopole starken Druck aus, um weitere Konzessionen zu erzwingen. Die parasitären Bereiche der Wirtschaft erzielen höhere Wachstumsraten als diejenigen Bereiche, in denen das Produktivkapital tätig ist. Profite werden hauptsächlich über den Markt, mehr als über den Mehrwert in der Produktion realisiert. Der wirtschaftliche Privatsektor wächst auf Kosten des staatlichen Sektors. Mitbestimmung im Betrieb, eine der größten Errungenschaften der ägyptischen Arbeiterklasse, wurde verwässert und in gemischten Unternehmen teilweise oder ganz abgeschafft. Auslandsschulden von ca. 40 Mrd DM, eine Inflationsrate von 35 % und eine in der modernen Geschichte Ägyptens nie dagewesene Verelendung der Volksmassen sind die Ergebnisse einer von Anfang an zum Scheitern verurteilten Politik des Ausverkaufs der nationalen Wirtschaft.

Die Antwort der ägyptischen Volksmassen ließ nicht lange auf sich warten: Aus Anlaß der Abschaffung von Subventionen für Grundlebensmittel gingen sie im Januar d. J. auf die Straße. Hunderttausende von Menschen von Alexandria bis Assuan protestierten gegen das Elend. Das Regime zeigte sein wahres Gesicht, die Sicherheitskräfte schossen in die Menge: 120 Tote und Tausende von Festnahmen sind Bilanz der brutalen Mißachtung des Volkswillens durch das herrschende Regime⁷.

Die Polarisierung der ägyptischen Gesellschaft schreitet voran: Hunderte von Moslemzirkeln mit religiös-faschistischer Zielsetzung und offenem Terror auf der einen Seite, eine Stärkung der demokratischen Kräfte des Landes auf der anderen Seite. Sadat reagiert mit Militärgerichten; er ordnete an, daß alle Prozesse „ideologischer Natur“ vor Militärge-



Beweisstücke der ägyptischen Aggression gegen Libyen: von der libyischen Luftabwehr abgeschossene Flugzeugteile

richten behandelt werden müssen. Die letzte Verhaftungswelle Anfang Oktober 1977 erfaßte 35 ägyptische Demokraten, die des Kommunismus „angeklagt“ sind und auf ihren Militärprozeß warten. Ist das etwa ein Beitrag zum „sozialen Frieden“, wie er vom Bonner Ex-Finanzminister Alex Möller (jetzt Sadats Wirtschaftsberater, d. Red.) in seinem an Sadat übergebenen Wirtschaftsbericht zur Lage in Ägypten vorgeschlagen worden ist?⁸

Kein Krieg und kein Frieden im Nahen Osten ohne Ägypten. Diese Binsenwahrheit ist den imperialistischen Kreisen in Washington und Jerusalem nur zu gut bekannt. Das Herauscheren Ägyptens aus der Front gegen Israel ist immer ein Bestandteil aller US-Pläne zur Verwirklichung einer Pax-Americana im Nahen Osten als auch aller zionistischen Expansionspläne auf dem Westufer und auf dem Golan gewesen.

Dieses Vorhaben versucht man über zwei Etappenziele zu erreichen:

- Lostrennung Ägyptens von seinen Hauptverbündeten im Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion;
- Isolierung Ägyptens, der größten arabischen Macht, von der arabischen nationalen Befreiungsbewegung.

Eine Art prowestlicher Konkurrenz

Das erste Ziel ist mit der Aufkündigung des Freundschaftsvertrages mit der UdSSR 1976 vorläufig erreicht. Die heutige ägyptische Führung versäumt keine Gelegenheit, die Sowjetunion zu attackieren. Die Afrikapolitik des Regimes hat den Antisowjetismus zum Hauptinhalt. Die Sowjetunion wird von Sadat beschuldigt, die Nilquellen über Äthiopien und Zaire zu bedrohen, was als Alibi für die eigene Einmischung und Militärinterventionen dient. Hinter der Januar-Erhebung in Ägypten sah man sowjetische Agenten am Werk. Waffen werden vom Westen gefordert nicht etwa um die von Israel besetzten Gebiete zu befreien, sondern um der „sowjetisch-kubanischen Gefahr“ aus dem Westen, sprich Libyen, begegnen zu können.

Das zweite Ziel ist im großen und ganzen durch die Sadat/Begin-Show in Jerusalem und die anderen Aktivitäten Sadats, allen Dementis zum Trotz – wie dem über den Abschluß eines Separatfriedens mit Israel – erreicht. Heute verfügt Sadat über keinen einzigen Bundesgenossen im Lager der arabischen nationalen Befreiungsbewegung. Das Regime geriet sogar in gewissen Widerspruch zu seinen Geldgebern, den feudal-reaktionären Ölstaaten am Golf. Die jüngsten Drohungen des US-Energieministers Schlesinger sind ihnen noch frisch in den Ohren, wonach die USA die Ölquellen im Nahen Osten notfalls militärisch sichern müßten⁹. Das Verhältnis dieser Ölstaaten zu den USA ist keineswegs frei von Widersprüchen.

Je mehr die ägyptischen herrschenden Kreise sich den USA als zuverlässige Stütze im Nahen Osten anbieten und zu beweisen suchen, umso mehr verliert der Widerspruch an Schärfe, der zwischen Israel als Stütze und Partner für die US-Interessen in der Region und Ägypten als der traditionell führenden Kraft in der arabischen nationalen Befreiungsbewegung existiert. An die Stelle dieses Widerspruchs tritt eine Art Konkurrenz zwischen beiden.

Erinnern wir uns daran: die Aggressionshandlung gegen Libyen im Juli 1977 fand genau zu der Zeit statt, in der Begin seinen Antrittsbesuch bei Präsident Carter absolvierte. Andererseits muß man sich davor hüten, Ägypten und Israel nur als willfähige Werkzeuge des US-Imperialismus zu sehen. Israel hat eine eigene Expansionsdynamik, die dem Zionismus wesenseigen ist und nicht immer mit den Interessen der USA in Einklang gebracht werden kann. Auch Sadat ist der-

zeit dabei, „sein“ Spiel innerhalb des Dreiecks USA-Israel-arabische Ölländer am Golf zu machen. Die nächsten Monate werden, was Allianzen betrifft, mehrere Überraschungen ans Tageslicht fördern.

Die Sadat/Begin-Show

Das Medium Television machte den großen „Friedenssuperlativ“ möglich. Das Unerwartete ist eingetreten: Sadat, Mitglied der ägyptischen „Freien Offiziere“, die 1952 unter Nassers Führung angetreten waren, um die nationaldemokratische Revolution in Ägypten einzuleiten, und Begin, ehemaliger Bandenchef (Irgun), der von einem „Erez Israel“ vom Nil bis zum Euphrat träumt, schüttelten sich die Hände und entdeckten, daß sie „einander mögen“.

Die demokratischen Kräfte Ägyptens waren einst die ersten, die eine friedliche Lösung des Konflikts forderten und dafür kämpften. Als der 1948er Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten ausbrach, saß die ägyptische Linke bereits in den Gefängnissen König Farouks, weil sie sich diesem Krieg widersetzt hatte, der im Sinne der imperialistischen Macht Großbritannien, der zionistischen Clique Israels und der Machtgelüste der arabischen Herrscher geführt wurde.

Werden die Reise Sadats nach Jerusalem und die Bemühungen um eine Vorbereitungskonferenz in Kairo den Frieden im Nahen Osten näherbringen? Diese Frage muß mit einem klaren Nein beantwortet werden. Wir stimmen mit den UN-Beschlüssen und den Forderungen aller friedliebender und demokratischer Kräfte der Welt überein, daß ein gerechter und dauerhafter Friede im Nahen Osten die drei unverzichtbaren Hauptelemente enthalten muß:

1. Verwirklichung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechts auf Errichtung eines Staats;
2. Rückzug der israelischen Besatzungstruppen aus **allen** besetzten arabischen Gebieten;
3. Sicherheit aller in der Region existierenden Staaten in anerkannten Grenzen.

In seiner vor der Knesseth gehaltenen Rede hat Sadat es peinlichst vermieden von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu sprechen oder auch nur zu erwähnen. In den Verhandlungen schlug er verschiedene Modelle der Beteiligung der Palästinenser an der Genfer Konferenz im Rahmen einer gesamtarabischen Delegation vor. Laut J. Wright, Vorsitzender des US-Repräsentantenhauses, ist die Beteiligung der Palästinenser „unter Ausschluß der PLO (durch Sadat) voll akzeptiert“¹⁰. Damit hat sich Sadat gegen Beschlüsse des arabischen Gipfels von Rabat im Oktober 1974 und gegen die von Ägypten mitgetragenen UN-Resolutionen, die u. a. besagen, daß die PLO einzig legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes sei, gewandt.

Eine Abfuhr vom palästinensischen Volk

Die Antwort des palästinensischen Volkes auf Sadat fiel eindeutig aus: Es erteilte ihm eine klare Abfuhr. Als junge Palästinenser ihren Unwillen gegen seinen Besuch in Ostjerusalem bekundeten, schlugen israelische **und** ägyptische Sicherheitsbeamte auf sie ein. Die vier palästinensischen Notablen, die man nach langer Suche für Sadat nach Jerusalem gekarrt hatte, sind „alle in der Vergangenheit namentlich als Hussein-Anhänger“ bekannt geworden¹¹. Die Bürgermeister am besetzten Westufer sind der Meinung, daß „nur die PLO die Palästinenser vertreten“ darf¹².

Die ägyptische und die israelische Regierung suchen beide zur Zeit krampfhaft nach Parade-Palästinensern, die man nach Genf mitnehmen könnte. Die Sache nahm manchmal pein-

liche Züge an: Ein Gratulationstelegramm an Sadat von einem in Kairo lebenden palästinensischen Textilgroßhändler rechtfertigte für die Tageszeitung Al Ahram die Überschrift: „Die Palästinenser in Ägypten für die Sadat-Initiative“¹³.

Begin ist mit keiner Silbe auf die Palästinenser eingegangen, lediglich auf der Pressekonferenz sprach er von „Palästina-Arabern“, was eine Negation der palästinensischen Nation bedeutet¹⁴.

Aufschlußreich ist der „Zwischenfall“ während der Knesseth-Rede Begins: Der Sprecher der Fraktion der KP Israels (Rakah) unterbrach Begin mit der Frage, warum die Palästinenser keine Erwähnung fänden. Darauf wandte sich Begin Sadat zu und sagte, daß der Abgeordnete eben Kommunist sei (zionistische Abgeordnete stellen solche Fragen nicht!) und brachte gegenüber Sadat seine Freude zum Ausdruck, „daß nicht Sie, Herr Präsident, durch diesen Zwischenruf belästigt wurden“¹⁵.

Anscheinend hat man sich darüber geeinigt, für die Palästinenser eine Zwischenlösung mit Jordanien zu finden, was bedeutet, daß sich der israelische Grundsatz, wonach zwischen Israel und Jordanien kein zweiter Staat existieren dürfe, voll durchgesetzt hat. Außenminister Dajan sieht demzufolge in der Palästinenserfrage „lediglich eine humanitäre Angelegenheit . . . (und) keine Kernfrage“¹⁶.

Begin pflegte die von Israel besetzten arabischen Gebiete „befreite Gebiete“ zu nennen. Zwar hat Sadat in seiner als „historisch“ eingestuften Rede verbal die Rückgabe aller besetzten Gebiete einschließlich Jerusalems gefordert, schwächte aber später in der Aussprache mit den israelischen Parlamentariern diese Forderung ab. Man kann heute von einem stillschweigenden Einverständnis zwischen Sadat und Begin in der Sinai-Frage ausgehen. Nach einer Umfrage, die kürzlich in Israel erhoben wurde, ist „die große Mehrheit der Abgeordneten der Knesseth . . . für die Rückgabe des gesamten Sinaigebiets, einschließlich Sharm Ash Sheikh“¹⁷. Auch Dajan zeigt sich bereit, „die Forderung nach ständiger israelischer Kontrolle über die Südspitze der Sinai-Halbinsel zu überdenken“¹⁸.

Ägyptens Bourgeoisie: Drängen auf „Arbeitsteilung“ mit Israel

In der letzten Zeit tauchten viele Ideen über diese Frage auf. Sie reichen von einem israelisch-ägyptischen Pachtvertrag über die dortige Stationierung von israelisch-ägyptischen Militärkontingenten bis zum Bau einer US-„Frühwarnstation“. Die zuletzt genannte Idee soll US-Präsident Carter von Sadat während seiner Reise in die Vereinigten Staaten im Frühjahr 1977 unterbreitet worden sein¹⁹. Sie hätte außer der Überwachungsfunktion gegenüber den arabischen Ölfeldern den Vorteil, daß sie sich in Ägypten innenpolitisch leichter verkaufen ließe als eine israelische Präsenz. Über die anderen besetzten Gebiete verlor man kein Wort außer dem, daß man den „Dialog fortsetzen werde“.

Beide, Sadat und Begin, haben sich verpflichtet „keine neuen Kriege“ mehr zu führen, d. h. faktisch einen Nichtangriffspakt geschlossen. Während der Verhandlung wurde die Sicherheitsfrage zur „Kernfrage“ erhoben. Es geht noch weiter. Nicht zufällig befand sich in der ägyptischen Delegation Osman A. Osman, der größte Bauunternehmer im Nahen Osten (The Arab-Contracts). Die ägyptische Bourgeoisie zeigt sich zur Kooperation mit Israel auf allen Gebieten bereit. Israel verfügt über detaillierte Pläne in dieser Richtung. Das Sadat-Regime wird von den feudalen Ölstaaten am Leben erhalten. Der Spielraum der ägyptischen Bourgeoisie ist dadurch stark eingeengt. Nichts kann ihre Unzufriedenheit besser zum Ausdruck bringen als die Rede des Generalsekretärs



US-Kontrollstation am Sinai

tärs der ägyptischen Regierungspartei vor dem Parlament. Fuad Muhiedin führte u. a. aus: „Die arabische Nation bezieht über das Erdöl jährliche Einnahmen von 80 Mrd Dollar. Sie geben uns Zinskredite und knüpfen harte Bedingungen an die Rückzahlung. Das ägyptische Volk soll das alles erfahren. Es scheint, als ob unsere Opfer für die arabische Nation nicht existierten“.²⁰

Die aktuelle Gefahr heißt Separatfrieden!

Mächtige Kreise der ägyptischen Bourgeoisie spielen mit dem Gedanken einer Art Aufteilung der Region in Einflußsphären zwischen ihr und Israel. Man ist sogar bereit bis zur Umkehr der existierenden Allianzen zu gehen. Dieser Anspruch und das dahinterstehende Selbstbewußtsein basieren auf der erstrangigen strategischen Lage Ägyptens, der neben Israel stärksten Militärmacht der Region, dem Menschenpotential (fast die Hälfte aller Araber sind Ägypter!) und nicht zuletzt dem fortgeschrittensten wissenschaftlich-technischen Potential in der arabischen Welt.

Das große Dilemma dieser wie aller relativ jungen Bourgeoisien der „Dritten Welt“ ist, daß ihr Weg keine Perspektive hat. Außer den inneren Hemmnissen lassen die mächtigen ausländischen Monopole eine solche Entwicklung nicht zu. Die ambivalente Haltung der feudalen Ölländer gegenüber der jüngsten Sadat-Initiative resultiert u. a. aus der Furcht vor solchen Entwicklungen. Sie mußten noch mehr irritiert sein durch eine Äußerung des neuen ägyptischen Außenminister Ghali, wonach die USA „nicht mehr die erste Geige im Nahen Osten spielen“²¹.

Es geht eindeutig um einen Separatfrieden zwischen Ägypten und Israel. Der Weg dahin ist vorgezeichnet: Sadat hat eine Vorbereitungskonferenz für den 13. Dezember 1977 nach Kairo einberufen. Nur Israel und – durch Druck seitens der Carter-Administration – eventuell Jordanien werden daran teilnehmen. „Notfalls mit Israel allein“ ist heute die offizielle Linie der ägyptischen Regierung. Dajan hat während seines Besuchs in Bonn dieser Linie ausdrücklich zugestimmt. Ein großes Interesse an einer Genfer Friedenskonferenz ist bei den beiden nicht oder nicht mehr vorhanden. Die Anwesenheit der UdSSR an der Konferenz ist beiden ein Dorn im Auge.

Welche Gefahren beinhaltet ein Separatfrieden und die damit verbundene Spaltung der arabischen Front? Die Ausschaltung Ägyptens als arabische Hauptmacht bedeutet, den Weg für ein Diktat an der Ostfront (Syrien, Libanon und Jordanien) frei zu machen. Sie bedeutet außerdem: neuer Bürgerkrieg im Libanon mit dem Ziel, die PLO militärisch

und organisatorisch zu liquidieren. Die ägyptische Führung würde freie Hand gegenüber Libyen bekommen. Außerdem wird das Regime in Afrika noch aktiver werden. Harald Vocke von der Frankfurter Allgemeinen malt die Zukunftsmusik so: „Von den Libanonbergen zur libyschen Wüste, von der ägyptischen Mittelmeerküste bis zum Persischen Golf könnte sich eine neue Allianz gemäßigter Staaten entwickeln, die sich um Ägypten und Israel gruppieren“²².

Das ägyptische Regime macht drei Faktoren für die Wirtschaftsmisere des Landes verantwortlich: Die Nasser-Ära, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und die Konfrontation mit Israel. Die ersten beiden „Übel“ sind beendet bzw. liquidiert, die Beendigung des dritten ist somit das dringlichste Ziel des Regimes geworden. In dieser Situation stehen die demokratische Bewegung Ägyptens und alle anderen Abteilungen der arabischen nationalen Befreiungsbewegung vor der Aufgabe, die Gefahren der Stunde zu erkennen, sich enger zusammenzuschließen und diese Verschwörung gegen die Interessen aller Völker der arabischen Welt zu vereiteln. Nur dann kann der Weg zu einer umfassenden Regelung des Konflikts eingeschlagen werden, für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten.

Anmerkungen:

- 1) Süddeutsche Zeitung (SZ), 15. 11. 1977
- 2) In landesväterlicher Manier pflegt Sadat in seinen Reden von „Söhnen“ statt von Bürgern zu sprechen.
- 3) SZ, 11. 11. 1977
- 4) Zum Rote Meer-Konflikt, dem Sudan und Äthiopien siehe AIB, Nr. 10-12/1977
- 5) Der für antiarabische Kommentare bekannte Springer-Journalist P. Mayer-Ranke und der FDP-MdB Möllemann haben unabhängig voneinander Sadat für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Welt am Sonntag, 20. 11. 1977 und SZ, 23. 11. 1977
- 6) Siehe AIB, Nr. 10/1977
- 7) siehe AIB, Nr. 3/1977
- 8) Al Ahram, Kairo, 13. 9. 1977
- 9) Ebenda, 21. 10. 1977
- 10) SZ, 25. 11. 1977
- 11) Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 23. 11. 1977
- 12) SZ, 26./27. 11. 1977
- 13) Al Ahram, 23. 11. 1977
- 14) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 22. 11. 1977
- 15) SZ, 22. 11. 1977
- 16) SZ, 25. 11. 1977
- 17) NZZ, 27./28. 11. 1977
- 18) SZ, 25. 11. 1977
- 19) La Gauche Arabe, Paris, Nr. 3/1977
- 20) Al Ahram, 20. 11. 1977
- 21) SZ, 26./27. 11. 1977
- 22) FAZ, 22. 11. 1977

Erklärung des Zentralkomitees der Fatah

Der Bedrohlichkeit dieser Phase bewußt!

BBC berichtete unter Berufung auf die libanesische Zeitung Al Liwa, daß Yassir Arafat mit der Reise von Präsident Sadat einverstanden sei. Diese Nachricht entbehrt jeglichen Wahrheitsgehaltes. Sie ist eine gezielte Verdrehung des Interviews der genannten Zeitung mit Yassir Arafat. Yassir Arafat berichtete in diesem Interview über die prinzipielle Linie, die von allen arabischen Führern auf den Gipfelkonferenzen in Rabat und Algier (im Oktober 1974 und im November 1973, d. Red.) eingenommen worden ist.

Auf der letzten Sitzung des Zentralkomitees (ZK) der Fatah, die unter dem Vorsitz von Yassir Arafat stattfand, wurde am 17. November 1977 folgende Erklärung verabschiedet:

Das ZK der Fatah traf sich in den letzten drei Tagen mehrfach. Dabei wurden die letzten Entwicklungen und Ereignisse diskutiert, insbesondere der Besuch von Sadat in Israel und seine Rede vor der Knesseth.



Kämpfer der Fatah

1. Fatah, ihrer Verantwortung bewußt, erklärt folgendes: Aufgrund der kämpferischen Position der Fatah auf palästinensischer und arabischer Ebene lehnt sie diesen Besuch ab, der als eine Wende anzusehen ist und einen Vorteil für die internationale zionistische Bewegung und ihre imperialistischen Alliierten bedeutet, an der Spitze die USA.

2. Fatah sieht, daß diese Reise das palästinensische Volk und seine bewaffnete Revolution, vertreten durch die PLO, in eine gefährliche Lage bringt, gegenüber einem Feind, der von Tag zu Tag an Brutalität und Arroganz gewinnt, der in aller Deutlichkeit und zu jeder Zeit erklärt: keine Rechte für das palästinensische Volk, keinen palästinensischen Staat, keinen vollständigen Rückzug aus den besetzten arabischen Gebieten. Stattdessen bereitet er sich auf einen neuen Vernichtungskrieg gegen unser Volk und die arabische Nation vor.

3. Fatah bekräftigt noch einmal ihre unerschütterliche Verpflichtung gegenüber den Resolutionen und Programmen der Palästinensischen Nationalräte (siehe Wortlaut in AIB, Nr. 7-8/1974 und 6/1977), die wir niemals – unter welchen Bedingungen auch immer – aufgeben werden. Wir halten an diesen Resolutionen fest. Wir werden sie weiter bewahren, wir werden jederzeit, auch in der gefährlichsten Situation, nicht darauf verzichten.

4. Da Fatah an die historische Rolle des ägyptischen Volkes und seiner glorreichen Armee, an seine Opferbereitschaft für Palästina, seine gerechte Sache und sein Volk, an seine Opferbereitschaft für die gerechte Sache der arabischen Nation glaubt, an die Wichtigkeit der ägyptischen Rolle auf der arabischen Ebene und hinsichtlich der arabischen Haltung, die die Zukunft und das Schicksal unserer arabischen Nation weiterhin beeinflussen wird, deshalb appelliert Fatah an Präsident Sadat, von diesem Schritt abzusehen, der den Interessen und dem Kampf der arabischen Sache schadet.

5. Aus Sorge um die arabische Haltung im Kampf gegen den zionistischen Feind, wofür wir auf arabischer und internationaler Ebene gekämpft haben und auch weiterhin kämpfen werden, um die arabische Haltung zu festigen, wird Fatah massive Aktivitäten auf arabischer und internationaler Ebene durchführen, die sich auf folgende feste, klare und bekannte Grundlagen stützen:

a) Festhalten an den Positionen der Gipfelkonferenzen von Algier und Rabat, die eine gemeinsame Basis für die derzeitigen arabischen und internationalen Aktivitäten im Kampf gegen den zionistischen Feind bedeuten, die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und den Rückzug des zionistischen Feindes aus allen besetzten arabischen Gebieten gewährleisten.

b) Die PLO ist der einzig legitime Vertreter des palästinensischen Volkes, sie hält in ihren politischen Aktivitäten an den Resolutionen der Palästinensischen Nationalräte und den Resolutionen von Algier, Rabat und Kairo (Libanonfriede vom Oktober 1976; Wortlaut in AIB, Nr. 1/1977) fest.

c) Jegliche Lösung, die das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, Rückkehr und Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf seinem Boden ignoriert, wird von unserem Volk und unserer Nation abgelehnt.

d) Da wir uns der Gefährlichkeit dieser Phase bewußt sind und in Überzeugung über die Wichtigkeit der arabischen Einheit, wollen wir unsere Sorge um die arabische einheitliche Haltung zum Ausdruck bringen, daß die Verantwortung für die derzeitige Etappe nicht das palästinensische Volk alleine trägt, sondern bei allen Teilen der arabischen Massen und allen arabischen Regierungen liegt. Diese Haltung muß dem palästinensischen Volk und seiner bewaffneten Revolution im Kampf gegen die zionistisch-imperialistische Verschwörung dienen.

e) Das ZK der Fatah richtet sich in diesem historisch entscheidenden Moment an unser Volk innerhalb und außerhalb Palästinas – mit Stolz auf seine Standhaftigkeit, Opferbereitschaft und seinen heldenhaften Kampf ruft es die Massen unseres Volkes auf, in einer Front hinter der PLO und ihrer Führung zu stehen, um den kommenden Ereignissen zu begegnen. Wir sind überzeugt, daß der Wille unseres Volkes und der arabischen Nation durch seine Standhaftigkeit und durch den ständigen Kampf siegen wird. Wir sind nicht allein – mit uns stehen die arabische Nation und die Völker der unabhängigen, nichtpaktgebundenen, islamischen und sozialistischen Staaten, Fatah erklärt, daß sie diese verantwortungsbewußte Haltung fern jeden Gedankens an Spaltung oder

aus Opportunitätsgründen einnimmt, vielmehr aus der Position der Sorge um die Interessen des vertriebenen palästinensischen Volkes, das seines Landes beraubt ist und im Kampf gegen den zionistischen Feind steht, der ständig unser Volk und unsere Nation bedroht.

Es lebe Palästina!

Es lebe der arabische Kampf für die Befreiung Palästinas!
Revolution bis zum Sieg!

(Quelle: Palästinensische Nachrichtenagentur WAFA, Beirut, 18. 11. 1977)

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Deklaration der Tripolis - Konferenz Nationale Front des Widerstandes



Repräsentanten der Tripoliskonferenz (v. l. n. r.): Abu Iyad (Fatah, PLO-Exekutivkomitee), Präsident Boumedienne (Algerien), Yassir Arafat (PLO), Präsi- dent Ghaddafi (Libyen), Vertreter des Irak und der VDR Jemen

1. Die Konferenz verurteilt den Sadat-Besuch im zionistischen Gebilde, weil er ein großer Verrat an der Opferbereitschaft und dem Kampf des arabischen Volkes in Ägypten und seiner Streitkräfte, an der Opferbereitschaft, dem Kampf und den Prinzipien der arabischen Nation bedeutet. Da die Konferenz die Rolle des großen ägyptischen Volkes im nationalen Kampf der arabischen Nation hochschätzt, bekräftigt sie:

Ägypten ist weder der Anfang noch das Ende des Kampfes und wenn die arabische Nation mit Ägypten groß ist, so wird Ägypten nur mit der arabischen Nation größer und ohne sie kleiner.

2. Unser Kampf zielt darauf ab, die Ergebnisse des Besuches von Präsident Sadat im zionistischen Gebilde und seiner Kon-

sultationen mit der Führung des zionistischen Feindes, die daran anschließenden Maßnahmen, einschließlich der Konferenz in Kairo (die zum 13. Dezember 1977 angesetzte sog. „Vorkonferenz“ zu Genf, d. Red.), zu Fall zu bringen. Die Gipfelkonferenz warnt jeden, der denselben Weg zu gehen versucht oder der sich mit diesen Ergebnissen solidarisch erklären wird.

3. Wir beschließen, die diplomatischen und politischen Beziehungen mit der ägyptischen Regierung einzufrieren und die Zusammenarbeit auf arabischer und internationaler Ebene einzustellen. Wir beschließen die Anwendung der Gesetze und Resolutionen des arabischen Boykotts an allen ägyptischen Personen, Gesellschaften und Institutionen, die mit dem zionistischen Feind zusammenarbeiten.

4. Die Konferenz beschließt: Keine Teilnahme an den Sitzungen der Arabischen Liga, die in Ägypten stattfinden. Wir beschließen Kontaktaufnahmen mit den Staaten der Arabischen Liga, um die Themen, Ort des Hauptsitzes, seiner Abteilungen und Mitgliedschaft des ägyptischen Regimes zu diskutieren.

5. Die Konferenz begrüßt das standhafte arabische palästinensische Volk in der besetzten Heimat einschließlich aller seiner nationalen Institutionen und Massenorganisationen, die gegen die Besetzung kämpfen und die den Sadat-Besuch im besetzten Palästina ablehnen. Die Konferenz warnt vor jeglichen Versuchen, die Legitimität der PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes in Frage zu stellen oder anzufechten.

6. Die Konferenz registriert mit Freude die Haltung der arabischen Staaten, die den Besuch und dessen Ergebnisse ablehnen. Aus der Verantwortung und dem Beharren auf den gemeinsamen Beschlüssen heraus fordert die Konferenz diese Staaten auf, praktische Maßnahmen zu ergreifen, um der Bedrohung durch die kapitulationalistische Politik zu begegnen und die politische und materielle Unterstützung zu stoppen.

Die Konferenz verurteilt die schändliche Haltung derjenigen, die diesen Besuch unterstützen und begrüßen; sie warnt sie vor den Folgen ihrer kapitulationalistischen Politik.

7. Die Konferenz appelliert an die arabische Nation, auf Regierungs- und Massenebene wirtschaftliche, finanzielle, politische und militärische Unterstützung des arabischen syrischen Landes zu leisten, weil es der Hauptkonfrontationsstaat ist und die Basis für den Kampf mit dem zionistischen Feind darstellt. Die Konferenz appelliert, diese Unterstützung ebenfalls an das palästinensische Volk, vertreten durch die PLO, zu leisten.

8. Die Konferenz begrüßt unser brüderliches arabisches Volk in Ägypten, insbesondere seine nationalen und fortschrittlichen Kräfte, die die kapitulationalistische Politik des ägyptischen Regimes ablehnen – diese Politik ignoriert die Opfer und die Gefallenen des Volkes und beleidigt die Ehre seiner Streitkräfte.

9. Die Wichtigkeit der kämpferischen und nationalen syrisch-palästinensischen Beziehungen bekräftigend, haben die Syrische Arabische Republik und die PLO die Bildung einer vereinigten Front proklamiert, um dem zionistischen Feind und der Verschwörung des Imperialismus mit allen seinen Teilen entgegenzutreten und alle kapitulationalistischen Versuche zu vereiteln. Die Algerische Demokratische Volksrepublik, die Arabische Sozialistische Libysche Volkschamahiriah und die Demokratische Volksrepublik Jemen haben beschlossen, sich dieser Front anzuschließen, als Kern einer nationalen Front des Widerstandes, an die sich andere arabische Staaten anschließen können.

10. Die Mitglieder der nationalen Front betrachten die Aggression gegen eines ihrer Mitglieder als Aggression gegen sie alle.

(Quelle: Informationsstelle Freies Palästina, Bonn, Dezember 1977)

Erklärung der PLO Charta der palästinensischen Einheit

Dieses Dokument wurde von allen Führern der palästinensischen Organisationen unterzeichnet und in Tripolis am 4. 12. 1977 bekanntgegeben von Abu Iyad, Mitglied des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).



Palästinensisch-libanesische Protestdemonstration in Beirut gegen Sadats Israel-Besuch

Wir, die PLO einschließlich aller Organisationen, geben folgendes bekannt:

1. Wir fordern die Bildung der Front der Standhaftigkeit und

Herausforderung – bestehend aus der Arabischen Sozialistischen Libyschen Volkschamahiriah, Algerien, dem Irak, Syrien, der Demokratischen Volksrepublik Jemen und der PLO –, um der kapitulationalistischen, imperialistischen und zionistischen Lösung und ihren arabischen Instrumenten entgegenzutreten.

2. Die Verurteilung von jedem hier in Tripolis anwesenden Vertreter, der die Bildung dieser Front ablehnt oder verhindert.

3. Wir bekräftigen unsere Ablehnung der Resolutionen des Sicherheitsrates 242 und 338.

4. Wir bekräftigen unsere Ablehnung aller internationalen Konferenzen, die auf diesen beiden Resolutionen basieren – einschließlich der Genfer Konferenz.

5. Wir kämpfen für die Rechte des palästinensischen Volkes, seine Rückkehr und Selbstbestimmung im Rahmen eines nationalen unabhängigen palästinensischen Staates auf jedem befreiten palästinensischen Boden – ohne Anerkennung und ohne Verhandlung als Etappenziel der palästinensischen Revolution.

6. Wir ergreifen Maßnahmen, um das Sadat-Regime politisch zu isolieren und zu bekämpfen.

Wir erklären diese Charta der Einheit im Namen aller palästinensischen Organisationen.

Revolution bis zum Sieg!

(Quelle: Informationsstelle Freies Palästina, Bonn, Dezember 1977)

Michel Kamel **Verschiedenste Sichtweisen eines Palästinenserstaates**

Weder die an Israel angrenzenden arabischen Staaten noch die reaktionären Regimes der erdölproduzierenden Länder befürworten die Konstituierung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Nicht daß sie eine Annäherung an die unnachgiebigen israelischen Stellungnahmen wünschten; aber die Sorge um ihre eigene Sicherheit treibt sie dazu, mit Mißtrauen der Schaffung eines Staates entgegenzusehen, den sie nur als „Zeitzünder“ und gefährliche revolutionäre Triebfeder im inneren ihrer Gebiete ansehen können. Syrien hat „Palästina“ schon immer als Teil seines Territoriums betrachtet, die Erklärungen Präsident Assads selbst bestätigen dies. Es hat den Begriff „palästinensischer Staat“ nur im letzten gemeinsam mit den sowjetischen Führern unterzeichneten Kommuniqué gebraucht. Sonst greift er meistens auf den Ausdruck „palästinensische Einheit“ zurück, wobei wieder die Träume einer Viererföderation (Syrien, Libanon, Jordanien, Palästina) wach werden, die unter seiner Leitung stünde.

Die arabischen Regierungen und der Palästinenserstaat

Was Präsident Sadat anbetrifft, so war er der erste, der die Beschlüsse des arabischen Gipfels von Rabat¹ verletzt hat, indem er mit Nachdruck die Einrichtung von „institutionellen, offiziellen und öffentlichen Beziehungen“ zwischen der zukünftigen palästinensischen Einheit und Jordanien forderte. Was Saudi Arabien angeht, so bleibt es das arabische Land, das der Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates am feindlichsten gegenübersteht.

König Hussein hat seinerseits nach seinem Treffen mit Präsident Carter im letzten April das Vorhaben des „Vereinigten Arabischen Königreiches“ wieder neu belebt und sich mit Harold Brown, dem amerikanischen Verteidigungsminister, darüber verständigt, die Positionen des hachemithischen Regimes in Cisjordanien zu stärken und so die Übernahme dieses Territoriums durch Jordanien vorzubereiten.

Die Positionen der Vereinigten Staaten und Israels schließlich sind klar und deutlich. Der von General Dajan in Washington vorgelegte Plan fordert eine „funktionelle Teilung“ zwischen dem Israel zugeteilten Land und seinen Einwohnern, die verwaltungsmäßig von Jordanien abhängen sollen. Man würde den letzteren die Wahl zwischen dem Status der Staatenlosigkeit und der jordanischen Staatszugehörigkeit lassen. Der amerikanische Vorschlag – der offiziös aus der Unterstützung des Großteils der „gemäßigten“ Staaten seinen Nutzen zieht – sieht die Schaffung einer palästinensischen Einheit in Cisjordanien und auf dem Gaza-Streifen vor, die unter der Ägide der Vereinten Nationen einer israelisch-jordanisch-internationalen Schutzherrschaft unterstellt und einen konstitutionellen Rat bilden soll – mit einem Mandat von zwei bis acht Jahren –, der beauftragt ist, durch Verhandlungen mit den betroffenen Parteien die Beziehungen und die Zukunft dieser überdies bewaffneten Einheit zu bestimmen.

So verbünden sich jene Kräfte, um die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes zu verhindern und sein Recht auf einen selbständigen Staat zu leugnen. Diese Entwicklung bestärkt den bestimmenden Zug in der arabischen Strategie,



Israelische Besatzerwillkür im Gaza-Streifen

die nunmehr versucht, die amerikanische Gunst zu gewinnen, indem sie in Konkurrenz mit Israel um den besten Dienst für die Interessen der Vereinigten Staaten tritt. Die politische Wende hatte sich mit der Ankündigung der „Februarinitiative“ durch Präsident Sadat (1971) abgezeichnet, die das Prinzip einer bilateralen, teilweisen und provisorischen Regelung zuläßt. Danach setzte die totale Veränderung des sozialen Charakters der ägyptischen Macht ein, konkretisiert in der „wirtschaftlichen Öffnung“, der Annäherung an Saudi Arabien und den Iran, dem Flirt mit Washington und der Krise in den Beziehungen mit der Sowjetunion.

Gerangel um einen Verhandlungersatz der PLO

Aus dieser Sicht hat der Oktoberkrieg 1973 eine doppelte Bedeutung: Das Volk und die bewaffneten Kräfte haben ihn als „Befreiungskrieg“ erlebt, Ägypten und Saudi Arabien und ihre Alliierten hingegen haben darin eine begrenzte Schlacht gesehen, die dazu bestimmt war, ihre Verhandlungspositionen zu verbessern, die Elemente für eine friedliche Lösung in Bewegung zu setzen und eine Politik zu eröffnen, die auf die Vereinigten Staaten setzt, indem sie von einer militärischen Lösung abrückt. Die Rede Präsident Sadats vom 16. Oktober 1973 diente als offizielle Ankündigung dieser Wende: man verließ sich in Bezug auf eine Regelung des Konflikts im Nahen Osten wieder auf Washington. In der arabischen Szene hat sich also das Zentrum für Entscheidungen und Initiativen von den direkt mit Israel konfrontierten Ländern auf die von Saudi Arabien beherrschten erdölproduzierenden Länder verlagert. Riad hat seinen Einfluß, durch die Verschlimmerung der wirtschaftlichen Krise begünstigt, wachsen sehen.

Nunmehr folgte eine Konzession der anderen. Stellte der palästinensische Widerstand einerseits eine Gefahr für die arabischen Regimes dar, so war er auch zugleich das Haupthindernis für die Durchsetzung des amerikanischen Friedens. Objektiv waren die Interessen der „gemäßigten“ arabischen Staaten und Israels plötzlich identisch. Die bewaffneten libanesischen Kräfte waren im Verlauf des Herbstes 1973 in ihrem Versuch, den (palästinensischen) Widerstand zu liquidieren, gescheitert. Außerdem bedeutete die Union zwischen diesem und der libanesischen nationalen Bewegung eine neue Art von – wenn auch zahlenmäßig noch schwächer – Allianz zwischen den Palästinensern und der nationalen arabischen Bewegung. Schließlich gewann der bewaffnete Kampf eine immer bedeutender werdende Unterstützung beim Volk (1973 demonstrierten ägyptische Studenten für Waffen).

Nach dem zweiten Sinai-Abkommen (im Herbst 1975, d. Red.) wurde es dringlich, sich der Allianz PLO-nationale Bewegung zu entledigen, die den Brückenkopf der Opposition gegen den neuen politischen Kurs bildete. Gerade deshalb entfesselte die konservative Rechte den libanesischen Bürgerkrieg. Als die Schlacht sich für sie zum Nachteil entwickelte, hat sich eine ausländische Einmischung aufge-drängt. Die einzige Kraft, die sich da hineinwerfen konnte, ohne gefährliche Komplikationen zu provozieren, mußte eine „fortschrittliche“ arabische Kraft sein: das syrische Regime ist, angetrieben von seinen expansionistischen Bestrebungen („Großsyrien“) und in der Hoffnung, sich eine günstigere Position bei der nächsten Regelung zu sichern, in die ihm gestellte Falle gegangen. Zweifellos rechnete es damit, so dem amerikanischen Plan Garantien zu geben, indem es die „palästinensische Karte“ kontrollierte und sein schon durch das Vorhaben einer Union mit Jordanien gestärktes Gewicht vergrößerte.

Heute, wo die Verhandlung läuft, erklären alle betroffenen arabischen Parteien weiterhin, daß sie die PLO für „den einzigen und rechtmäßigen Vertreter“ des palästinensischen Volkes halten. Aber tatsächlich verletzen sie die Entschlüsse des Gipfels von Rabat durch den Versuch, eine unabhängige Vertretung der Palästinenser bei der Genfer Konferenz zu verhindern.

Ägyptens Kurs auf eine Separatlösung

Ägypten hat verschiedene Ersatzlösungen vorgeschlagen: Mahmoud Riad, Sekretär der Arabischen Liga, könnte im Namen der Palästinenser sprechen, oder eine Delegation der Liga unter Leitung des stellvertretenden Generalsekretärs für Militärangelegenheiten könnte diese Rolle spielen. Darüber hinaus hat Präsident Sadat verlauten lassen, daß er zu einer Übernahme dieser Funktion durch Ägypten bereit sei.

Auch der syrische Präsident hat vorgeschlagen, die Palästinenser durch die Arabische Liga vertreten zu lassen. Wenn nicht, könne die Bildung einer „einzig arabischen Delegation“ unter Einschluß einer „palästinensischen“ Komponente ins Auge gefaßt werden. Die Regierung Carter hat diese letzte Anregung angenommen, „um die Hindernisse auszuräumen, die die Sitzung der Friedenskonferenz verzögern könnten“, allerdings unter der Bedingung, daß die Delegation „Palästinenser“ einschließe, „die das Existenzrecht des Staates Israel anerkennen“ (Erklärung vom 10. September 1977). Der Text der gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 1. Oktober 1977 bleibt in diesem Punkt ausweichend genug, um die Ankündigung einer Wiederaufnahme der Konferenz zuzulassen, aber die Vorgänge, die seiner Publikation unmittelbar vorausgingen, haben bestätigt, daß es wohl die amerikanische Formulierung ist, die den Sieg davongetragen hat.

In jedem Fall wehrt sich Ägypten den Absichten Präsident

Sadats gemäß kategorisch dagegen, daß „seine Tätigkeit reglementiert werde“ und daß Syrien und die anderen betroffenen Parteien „das Recht hätten, ein Veto gegen seine Vorgehensweise einzulegen“. In dem Fall, wo seine Bemühungen hinsichtlich einer allgemeinen Regelung zum Scheitern verurteilt wären, sieht Ägypten tatsächlich vor, sich für eine bilaterale Regelung einzusetzen. Es läßt indessen keinen Zweifel daran, daß es einer globalen Lösung den Vorzug geben würde, die eine arabische und palästinensische Kautio beinhaltet; aber für Ägypten drängt die Zeit aufgrund seiner inneren Krise. Ägypten hat sich also auf das Abenteuer einer getrennten Teilregelung vorbereitet, vor allem nachdem in Israel die Koalition unter Führung des Likud-Blocks an die Macht gekommen ist, dessen unnachgiebige Positionen speziell was Cisjordanien und den Golan angeht, Ägypten zu Zweifeln daran veranlassen, daß die anderen arabischen Parteien weiteren Konzessionen zustimmen könnten.



Sadat — Washingtons Trumpfas zur Unterlaufung der PLO

Aus Furcht, Ägypten akzeptiere eine Teilregelung auf der Linie des zweiten Sinai-Abkommens, sieht sich Syrien veranlaßt, auf dem Prinzip einer einzigen Delegation auf der Friedenskonferenz zu bestehen. Was Israel angeht, so hat es sich dem letzten Vorschlag mit der Begründung entgegengestellt, daß er eine „qualitative“ Verhandlung (nach Kategorien) und keine Diskussion auf bilateraler und geographischer Basis nach sich ziehen würde. Am 25. September 1977 hat die israelische Regierung nun unterdessen ihr prinzipielles Einverständnis mit der Anwesenheit einer einzigen Delegation bei der Eröffnungssitzung angekündigt unter der Bedingung, daß im weiteren die Verhandlungen mit jedem Staat bilateral ablaufen. Es wurden keine Einwände dagegen erhoben, daß die jordanische Delegation in ihren Reihen einige Araber aus Cisjordanien zählt. Es bleibt nun nur noch, durch die Gesamtheit dieser Vorhaben die PLO von der Regelung fernzuhalten. Präsident Sadat selbst hatte einer palästinensischen Delegation enthüllt, daß die Geheimklauseln des Sinai-Abkommens – vom amerikanischen Kongreß gebilligt – vorsehen, daß die Vereinigten Staaten keine neuen Initiativen hinsichtlich eines Zusammentretens der Genfer Konferenz, der Friedensregelung oder der Frage der Anerkennung der PLO ohne die Zustimmung Israels unternehmen würden.

Es gab den Plan, die PLO von der Verhandlung auszuschlies-

sen, indem man versuchte, sie militärisch zu vernichten, um ihr politisches Gewicht zu verringern, und stattdessen „gemäßigten“ palästinensischen „Ersatz“ zu finden, der der Organisation nicht angehörte. Diese Absicht steht nicht im Widerspruch zu dem Vorhaben, die PLO hoffen zu machen, sie würde an der Genfer Konferenz unter der Bedingung teilnehmen, sich unter das Banner der amerikanischen Regelung zu stellen. Zum Beweis sei auf die Beharrlichkeit verwiesen, mit der man die PLO drängt, die Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates zu akzeptieren. Das Einzige, was bisher als Gegenleistung für eine solche Anerkennung angeboten wird, ist die Eröffnung des Dialogs zwischen der Palästinenserorganisation und den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Seite bleibt sehr zurückhaltend, was die Anerkennung der PLO oder ihre Teilnahme an der Genfer Konferenz betrifft.

Erpressungspläne gegen die PLO

Auf Drängen Washingtons hat der Emir Saud El Faisal, der Bruder des Königs Khaled von Arabien, bei der Leitung der Fatah darauf gedrungen, daß die PLO die beiden fraglichen Resolutionen offiziell annimmt. Der Einwand der Palästinenser – besonders der Fatah – betrifft im wesentlichen die Klausel, die den Palästinensern den Status von Flüchtlingen einräumt. Ägypten und Saudi Arabien schlagen daher vor, daß die Annahmeerklärung „Vorbehalte“ enthalten soll, die die Anerkennung der „legitimen nationalen Rechte“ des palästinensischen Volkes fordern.

Einige Kräfte im Innern der PLO warben für eine positive Antwort auf die amerikanisch-saudiarabische Forderung. Ihr Standpunkt wurde dem Zentralrat der Palästinenserorganisation unterbreitet. Aber die große Mehrheit wandte sich dagegen: Die Anerkennung der Resolution 242 enthalte eine Anerkennung Israels ohne Gegenleistung, was die Palästinenser um eine wesentliche Trumpfkarte in der Verhandlung bringen würde. Ebenso würde die PLO sich darauf einlassen, auf den bewaffneten Kampf zu verzichten, denn die Resolution legt „die Einstellung aller bewaffneten Operationen, ob regulär oder nicht regulär“, fest sowie „das Verbot der Drohung mit der Wiederaufnahme der gewaltsamen Auseinandersetzungen“.²

Das Problem so zu stellen, kommt der Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen in der PLO gleich. Um das Vertrauen zu erschüttern, das die palästinensischen Führer genießen, drängt man sie, von den Grundprinzipien ihres Kampfes abzurücken, wie sie im Programm des Nationalrats³ proklamiert sind. Darüberhinaus stellen diese Vorschläge eine Verletzung der Entschließung Nr. 3236 der Versammlung der Vereinten Nationen dar, die die PLO als einzigen legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes anerkennt und dessen Recht bestätigt, über einen unabhängigen Staat zu verfügen sowie dahin zurückzukehren.

Ohne Zweifel ist es das Ziel dieses Manövers, den arabischen Staaten zu ermöglichen, sich der Palästinenser-Frage zu entledigen, die derzeit als eine palästinensisch-israelische Angelegenheit dargestellt wird. Ironie des Schicksals ist es, daß die Amerikaner die Palästinenser zur Anerkennung der Resolution 242 in dem Augenblick aufforderten, als sie die Verletzungen derselben Resolution durch Israel (Paragraph 9 der ersten Klausel) ignorierten. Israel, das Cisjordanien in Wirklichkeit als „befreites Gebiet“ und nicht mehr als „besetztes Gebiet“ begreift, betreibt eine Annexionspolitik aller geraubten Gebiete einschließlich des Sinai und der Golan-Höhen, weitet seine eigenen Bestimmungen des Arbeitsrechts und der sozialen Dienstleistungen auf Gaza und das westliche Jordanofer aus usw..

Am 25. August 1977 lehnte es der Zentralrat der PLO ab,

die beiden Resolutionen des Sicherheitsrates anzunehmen. Dennoch wurden die Pressionen mit Anreizen und Versprechungen verstärkt fortgesetzt, besonders nach der amerikanischen Erklärung, die versicherte, daß die Teilnahme der Palästinenser am Aufbau des Friedens und an der Genfer Konferenz notwendig sei. In vielen arabischen Staaten wurde diese Initiative durch die Regierung und ihre offiziellen Informationsorgane mit Enthusiasmus angenommen. Ein ägyptischer Verantwortlicher ließ sogar verlauten, daß die amerikanische Erklärung eine neue Gelegenheit bedeute, die der PLO geboten werde, um den amerikanischen Anstrengungen hinsichtlich des Friedensaufbaus ihr Vertrauen zu schenken. Die PLO wird also aufgefordert, dem Verzichtkurs zu folgen, einen Blankoscheck auszustellen, ohne irgendeine Garantie als Gegenleistung.

Es wurden auch andere Mittel angewandt, um zu versuchen, den palästinensischen Widerstand auszuschalten. Die hauptsächlichsten Anstrengungen waren darauf gerichtet, die politische und soziale Struktur der Leitung der PLO zu verändern mit dem Ziel, dort die Vorherrschaft der rechten Kräfte zu gewährleisten, die den einer Regelung wohlgesonnenen Staaten fügsamer sind. Es wurde Druck ausgeübt, um in den palästinensischen Nationalrat „gemäßigte“ Kräfte einzuschleusen und sein provisorisches Programm zu ändern. Die Versammlung des Rats im März 1977 hat diesen Versuchen ein Ende bereitet.

Vorstöße gegen nationale Fronten

In demselben Augenblick, da die syrischen Streitkräfte im Libanon (die arabische Friedensmacht) drohten, die Palästinenserlager von Beirut zu besetzen, die sie eingeschlossen hatten, übte Saudi Arabien Druck auf die PLO aus, wobei es geltend machte, daß es allein ihm zu verdanken sei, wenn der Sturm auf die Lager nicht stattfand. Ebenso unterstellte es, es hätte mehrfach eingegriffen, um eine Veränderung in der Leitung der PLO zu verhindern. Emir Fahd forderte – mit mahndem Unterton –, diese Leitung solle ihre Fähigkeit beweisen, die verschiedenen Fraktionen in der PLO zu kontrollieren, und für eine „Einigung zu einem einzigen disziplinierten Block“ zu wirken, bei gleichzeitiger Säuberung ihrer Reihen von linksextremistischen Strömungen. In einer bilderreichen Warnung erklärte er, daß „der Zug der amerikanischen Regelung bereits losgefahren sei. Durch ihre Mäßigung müsse sich die PLO darin einen Platz sichern, sonst



Syrischer Panzerspähwagen im Libanon: derzeit auf Seiten der Palästinenser

riskiere sie, ihn endgültig zu verpassen.“

In diesem Klima hat sich die rechte Strömung entwickelt, und verschiedene linke Kräfte wurden bereits aus den militärischen Institutionen, den Massenorganisationen und den Informationsorganen verdrängt. Besonders in den besetzten Gebieten haben die Rechtskräfte eine bemerkenswerte Aktivität entwickelt, um zu versuchen, die „Nationale Front“⁴ zu zerstören und eine unter ihrer Herrschaft stehende Ersatzkoalition aufzubauen. Diese Kräfte versuchten ebenfalls, die Gewerkschaften und die beruflichen und gesellschaftlichen Organisationen zu zerstören sowie die Stadträte zu beeinflussen, indem sie deren konservative Kräfte unterstützten.

Diese Unterfangen sahen auch vor, den palästinensischen Widerstand und die nationale Bewegung des Libanon zu trennen und Auseinandersetzungen zu provozieren zwischen den verschiedenen revolutionären Fraktionen der PLO und den fortschrittlichen libanesischen Kräften, ohne dabei auf das Mittel der physischen Liquidierung zu verzichten (Ermordung Kamal Djumblatts und Mordversuch an Abu Mousa, einem der bekanntesten Militärverantwortlichen der Fatah). Selbst die durch die Nationale Bewegung des Libanon begründete Front, die eine prinzipielle Stütze der palästinensischen Revolution ist, war den Aufweichungsversuchen ausgesetzt; durch Druck gelang es den Syrern kürzlich, die Sozialistische Fortschrittspartei (von Djumblatt) teilweise wiederzugewinnen, indem sie ihr anboten, an einer Ersatzfront gemeinsam mit der libanesischen (prosyrischen) Baath-Partei teilzunehmen.

Aber alle Versuche, die PLO von ihrem Kurs abzubringen, sind trotz der Heftigkeit des Krieges und der schweren Verluste gescheitert wie die Resolutionen des Nationalrats und des Zentralrats des Widerstands zeigen. Da die militärische Befriedung nicht die Resultate zeitigte wie sie für die gewünschte politische Regelung notwendig waren, lag ein neuer Kräftevergleich auf der Hand. An diesem Punkt organisierte die Libanesische Front⁵ in Absprache mit Israel die Eskalation. Sie erhob Einwände gegen das Abkommen von Chtaura⁶ und verhinderte dessen Inkraftsetzung, wobei sie im besonderen erklärte, daß die Abkommen von Kairo⁷ überholt seien. Die „Konklave von Ehdn“⁸ veröffentlichte eine Abschlußerklärung – gleichzusetzen mit einer Kriegserklärung – die erneut die Frage der physischen und nicht mehr nur der militärischen Präsenz der Palästinenser im Libanon stellt, forderte deren Verstreuung auf die Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga und brandmarkte die Anwesenheit von „Fremden“ im Land (gemeint waren die Syrer).

US-Deckung für Israels Abenteuer im Südlibanon

Aus dieser Position der Stärke heraus, die ihr die Allianz mit Israel verschaffte, erhob sich die Libanesische Front gegen die Zentralmacht (des Präsidenten Sarkis) und forderte ihren ehemaligen Verbündeten Syrien heraus. Israel seinerseits richtete via Washington eine Mahnung an Damaskus und forderte den Rückzug der palästinensischen und syrischen Truppen bis zur Nordseite des Litani-Flusses. Die Folgen eines israelischen Angriffs fürchtend sagte Syrien zu, sich dieser Forderung zu beugen. Die Führung des palästinensischen Widerstands und der nationalen libanesischen Streitkräfte dagegen widersetzten sich dem Rückzug, da dieser nicht bilateral vollzogen würde wie es die Übereinkunft von Chtaura vorsieht, derzufolge die offizielle libanesischen Armee die Gebiete besetzen sollte, die von den palästinensischen und fortschrittlichen Kräften und ihren Gegnern geräumt würden. Hinter dieser Weigerung zeichnet sich in Wirklichkeit die Furcht ab, einen territorialen Leerraum zu schaffen, der dann durch reaktionäre maronitische Kräfte gefüllt würde sowie durch Israel, das an seiner Politik der



Israelische Panzer an der südlibanesischen Grenze

„offenen Grenze“ mit dem Libanon festhält. Für den palästinensischen Widerstand liegt es auf der Hand, daß die Liquidierung seiner Präsenz im Südlibanon – wie übrigens in allen Grenzgebieten der besetzten Territorien – zum Ziel hat, ihn seiner Grundlage zu berauben, eben die einzige bewaffnete palästinensische Kraft zu sein.

Im Laufe eines Grenzbesuchs versicherte Begin den Willen Israels, „den Schutz der Christen, die sich im Südlibanon befinden, zu ihrer Verteidigung auf alle libanesischen Gebiete auszudehnen“. In der Folge entwickelte sich der Krieg im Süden im Anschluß an die direkte militärische Intervention der israelischen Streitkräfte. Washington ignorierte die Intervention, und die Erklärungen eines Verantwortlichen des Außenministeriums⁹ unterstrichen darüber hinaus noch die Verwicklung der amerikanischen Verantwortlichen in dieses Unternehmen. In Wirklichkeit ist das Gebiet des Südlibanon durch die Anwesenheit der Palästinenser ein grundlegendes Element der Friedensregelung geworden und die gemäßigten arabischen Staaten haben dies sehr wohl begriffen: indem sie die Augen schließen vor den neuen Sicherheitsmaßnahmen, die in diesem Gebiet getroffen werden, bringen sie zum Ausdruck, daß sie schlicht bereit sind, diese Region aufzugeben. Schlimmer noch: ein neuer konfessioneller (maronitischer) Staat ist vor aller Augen im Begriff zu entstehen, ohne daß die arabischen Staaten das Geringste unternähmen, um diesen Plan zu durchkreuzen.

Trotz der Bestrebungen der Vereinigten Staaten, eine globale Regelung zu erreichen, die die Stabilität dieser für ihre Interessen lebenswichtigen Region garantiert, und entgegen ihrer Furcht vor einer Gegenbewegung, die ihr gesamtes Vorhaben zunichte machen könnte, wenn sie die Grenzen des zulässigen Drucks überschreiten würden, treiben die freiwilligen und großzügigen Zugeständnisse der arabischen Länder Washington dazu, noch mehr zu fordern. Jedes Mal, wenn sich die arabischen Kräfte, die einer Regelung zugeeignet sind, den israelisch-amerikanischen Thesen angenähert hatten, wurden neue Bedingungen gestellt, die die Lösung verzögerten, dies besonders nach der Ablösung der Regierungsmannschaft des Arbeiter- durch den Likud-Block in Israel.

Unterdessen hat die starre israelische Haltung dazu beigetragen, den Rückzug der Araber von ihren Positionen zu verlangsamen, dies besonders unter den Palästinensern und – zu einem gewissen Grade – auch bei den Syrern. Der für eine Regelung zu zahlende Preis ist in der Tat unerschwinglich geworden und überschreitet die Möglichkeiten der Mehrheit der „gemäßigten“ Staaten. In diesem Kontext hat die syrische Haltung wieder etwas an Zusammenhang gewonnen – was schon beim relativ ausgewogenen Chtaura-Abkom-

men bemerkbar war und bei der Unterstützung, die das Kommuniqué des palästinensischen Zentralrats fand – Damaskus wies den ägyptisch-amerikanischen Vorschlag zurück, einen „Arbeitsausschuß“¹⁰ ins Leben zu rufen. Eine neue Entschlossenheit läßt sich auch bei den Vorschlägen der Offiziellen feststellen, wengleich die heftigsten Erklärungen von Zuheir Muhsin¹¹ vorgebracht wurden, der Ägypten und Saudi Arabien anklagte, sie würden „das amerikanische Spiel“ im Nahen Osten mitspielen. Schließlich haben Präsident Assad und verschiedene andere syrische Führer (angeblich) vorgeschlagen, im Verlauf von Sondergesprächen mit der PLO, das palästinensisch-syrisch-sowjetische Bündnis zu stärken, um der israelisch-amerikanischen Offensive die Stirn zu bieten. Aber muß man den Zeichen der Entwicklung seitens eines Landes, das gebunden bleibt durch die Verpflichtungen, die es eingegangen ist, und durch die internen Veränderungen, die es in Bewegung halten, muß man diesen Zeichen so viel Bedeutung beimessen? Seine jüngsten politischen Manöver drängen die Vermutung auf, daß es weder darauf verzichten wird, die nationalen Kräfte des Libanon auszuschalten, noch darauf, den Druck auf die PLO zu verstärken.¹²

Trotz der Erfolge der gegen die PLO verschworenen Kräfte wäre es leichtsinnig, von daher auf eine unmittelbar bevorstehende politische Regelung zu schließen. Denn es gibt Konflikte und Zündstoff, die alles wieder in Frage stellen können. Der tote Punkt, an dem sich diejenigen Kräfte befinden, die einer „amerikanischen Regelung“ zustimmen, ist nicht größer als der, auf den die nationale arabische Bewegung gestoßen ist. Die geringste Explosion – eine plausible Möglichkeit – oder der geringste Einbruch in ihrem Lager würde genügen, um den Faden reißen zu lassen (man könnte von einer umgekehrten „Dominotheorie“ sprechen). Wenn die Unnachgiebigkeit des Likud-Blocks zum Beispiel das Manöver scheitern ließe, würde das indirekt zugunsten der arabischen Befreiungsbewegung ausschlagen.

Anmerkungen:

- 1) Die Gipfelkonferenz von Rabat (im November 1974, d. Red.) hat die PLO feierlich „als einzige rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes“ anerkannt.
- 2) Zur aktuellen PLO-Position zu Genf siehe ihre Erklärung auf der Pariser Nahostkonferenz, vom Oktober 1977, in: AIB, 12/1977; d. Red.
- 3) Wortlaut in AIB, 7-8/1974 und 6/1977
- 4) Die Nationale Front ist ein die PLO unterstützendes Bündnis, das den Kampf gegen die Besetzung in Cisjordanien organisiert. Zur Rolle der Front siehe Beitrag von N. Ashhab in AIB 6/1977, d. Red.
- 5) Unter diesem Namen firmieren alle Kräfte der christlichen (maronitischen) libanesischen Rechten.
- 6) Das Abkommen von Chtaura vom Juli 1977 sieht einen Waffenstillstand und den Rückzug der Streitkräfte von ihren erkämpften Positionen im Südlibanon vor sowie ihre Ersetzung durch libanesischen Streitkräfte der Armee von Präsident Sarkis.
- 7) Die Abkommen von Kairo aus dem Jahre 1969 regeln die palästinensische Präsenz im Libanon sowie die Widerstandstätigkeit jenseits der südlichen Grenze des Landes.
- 8) Die „Konklave von Ehden“ vereinigte im Sommer 1977 alle Führer der christlichen libanesischen Rechten.
- 9) „Die Verwendung amerikanischer Waffen durch Israel im Südlibanon verletzt kein Gesetz und widerspricht keinem der mit diesem Land unterzeichneten Verträge.“ (Erklärung vom 22. 8. 1977)
- 10) Es handelte sich darum, unter dem Vorwand der Vorbereitung der Genfer Konferenz bilaterale Diskussionsgruppen in New York einzurichten, wobei die PLO ausgeschlossen worden wäre.
- 11) Führer der Saika, der von Damaskus kontrollierten Feddayin-Organisation.
- 12) Der Sadat-Alleingang im November 1977 nach Israel und die Tripolis-Frontbildung Syriens mit Libyen, Südjemen, Algerien, der PLO und m. E. dem Irak dürften die antiimperialistisch-antizionistische Komponente in der syrischen Politik allerdings nicht unwesentlich bestärkt bzw. zumindest für die nächste Zeit verfestigt haben; d. Red.

Äthiopien

Georg Polikeit

Zündstoff in der Eritreafrage



Im in den letzten Monaten eskalierten Rote Meer-Konflikt (siehe Beiträge in AIB, Nr. 10-12/1977) kommt dem Ausgang des Krieges um Ogaden und Eritrea ausschlaggebende Bedeutung zu. Für die Behauptung der äthiopischen Revolution ist eine Lösung der Eritreafrage nicht nur wegen der Sicherung des Zugangs zum Meer und des gewichtigen eritreanischen ökonomischen Potentials, sondern mehr noch wegen ihrer Beispielwirkung für die Lösungsmöglichkeit der Nationalitätenfrage im Vielvölkerstaat Äthiopien lebensnotwendig. Georg Polikeit zeigt die historischen Wurzeln des Eritreaproblems auf und erläutert die Entwicklung der eritreanischen Nationalbewegung wie gegenwärtige Lösungsversuche.

Neben der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Äthiopien und Somalia über den Grenzverlauf in der südöstäthiopischen Provinz Ogaden ist der Konflikt in dem im Norden von Äthiopien gelegenen Gebiet Eritrea eine der schwersten Belastungen, mit denen sich die heutige revolutionäre Militärregierung Äthiopiens konfrontiert sieht. Auch der Eritrea-Konflikt hat wie der äthiopisch-somalische Konflikt (siehe AIB, Nr. 10 und 12/1977) gewisse Wurzeln in der kolonialen Vergangenheit des Landes. Im Gegensatz

zum übrigen Äthiopien, das im vorigen Jahrhundert seine formale staatliche Unabhängigkeit gegenüber den europäischen Kolonialmächten behaupten konnte, wurde die heutige Provinz Eritrea 1869 von italienischen Kolonialtruppen besetzt. Seitdem – also seit etwas mehr als hundert Jahren – erlebte dieses Gebiet und seine Bevölkerung, das in früherer Zeit Bestandteil und sogar zeitweilig das Zentrum antiker und mittelalterlicher äthiopischer Reiche war, eine gesonderte politische und ökonomische Entwicklung.

Die „Föderation“ unter Haile Selassie

Bis zur Besetzung durch britische Truppen während des 2. Weltkrieges im Jahr 1941 war Eritrea italienische Kolonie. Die italienische Kolonialherrschaft war mit einer relativ rascheren industriellen Entwicklung Eritreas auf kapitalistischer Grundlage im Vergleich zum übrigen Äthiopien verbunden. Nach der Zerschlagung des italienischen Faschismus wurde Eritrea britisches Mandatsgebiet. Dieser Status wurde angesichts des Drängens des antikolonialen Befreiungskampfes der Völker im Nahen Osten nach Beendigung des 2. Weltkrieges auf Betreiben der USA, die damals noch die Mehrheit der UNO beherrschten, per UNO-Resolution Nr. 390 A (V) vom 2. 12. 1950 geändert. Eritrea sollte als autonomes Gebilde mit eigener Verfassung, eigenem Parlament, eigener Regierung und eigener Flagge mit dem Äthiopien von Kaiser Haile Selassie, der den USA als treuer Vasall galt, zu einer „Föderation“ zusammengeschlossen werden.

Dementsprechend wurden 1952 die britischen Kolonialtruppen durch äthiopische Militäreinheiten abgelöst. Das monarchistische Feudalregime räumte den USA das Recht zur Errichtung des Militärstützpunktes Kagnev und anderer imperialistischer Einrichtungen im Lande ein. Zehn Jahre später, am 14. 11. 1962, ließ das Feudalregime Haile Selassies das eritreische Parlament seine Selbstauflösung, die Abschaffung der „Föderation“ und den vollständigen Anschluß Eritreas als 14. Provinz an den äthiopischen Staat beschließen.

Die Bevölkerung Eritreas umfaßt etwa zwei bis drei Millionen Menschen. Sie stellt weder nach ethnischer Abstammung und Sprache noch nach ihrer Religion, und natürlich auch nicht hinsichtlich ihrer sozialen Gliederung, eine Einheit dar. Vielmehr leben in Eritrea Angehörige verschiedener ethnischer Gruppen und Stämme mit unterschiedlicher Sprache, und zwar teilweise die gleichen Gruppen und Stämme, die auch im übrigen Teil Äthiopiens zu Hause sind: mit den äthiopischen Amharen zur gleichen Sprachfamilie gehörende Bevölkerungsgruppen der Tigre und Tigrinya, sowie zur kuschitischen Sprachgruppe gehörende Stämme der Afar und Saho.

Während ein Teil der Bevölkerung nomadisierende Viehzüchter und Bauern sind, haben die Kolonialverwaltung und die kapitalistischen Industrie- und Farmbetriebe eine vielgestaltige soziale Differenzierung der Bevölkerung mit sehr verschiedenartigen und teilweise gegensätzlichen ökonomischen und sozialen Interessen hervorgebracht. Hinzu kommen die religiösen Unterschiede, die zum Teil von ausländischen Kräften bewußt bis zu spannungsgeladenen Gegensätzen geschürt und zur politischen Einflußnahme ausgenutzt werden: ein kleinerer Teil der Bevölkerung sind zur äthiopischen koptischen Kirche gehörige Christen, die Mehrzahl aber im Gegensatz zum übrigen Äthiopien Mohammedaner. Auch diese wiederum sind in verschiedene Sekten geteilt.

In der Zeit des Kampfes gegen die italienische Kolonialmacht gab es zwischen den politischen Kräften der Bevölkerung Eritreas und des übrigen Äthiopiens keine Gegensätze: der gemeinsame Kampf gegen die fremden Eindringlinge verband sie. Als 1941 die italienische Kolonialherrschaft durch eine neue ausländische Vormundschaft, die britische Mandats-herrschaft, abgelöst wurde, entstand in Eritrea die **Unionistische Partei** (Vereinigungspartei), die für die Angliederung

Eritreas an das formell unabhängige äthiopische Kaiserreich eintrat.

Später entstanden jedoch auch andere politische Gruppierungen wie der **Islamische Bund** und die hauptsächlich aus Christen bestehende **Liberale Fortschrittspartei** (LPP) unter W. Wolde-Mariam. Diese Gruppierungen wandten sich gegen den Anschluß an Äthiopien und sprachen sich für eine staatliche Selbständigkeit Eritreas aus. In ihnen kamen auch Einflüsse von bestimmten Kreisen, die früher mit der italienischen Kolonialverwaltung eng verbunden waren, sowie pan-islamische Bestrebungen, die von reaktionären Kreisen aus benachbarten arabischen Ländern stark genährt wurden, zur Geltung. Diese Gruppierungen hatten allerdings zur damaligen Zeit keineswegs eine Mehrheit der Gesamtbevölkerung hinter sich.

Dem 1952 von der UNO beschlossenen Zusammenschluß folgte eine Flüchtlingswelle aus Eritrea in verschiedene arabische Länder, in der vor allem Großgrundbesitzer, Kaufleute und wohlhabende Intellektuelle das Land verließen. Unter diesen Flüchtlingen befanden sich neben Kollaborateuren der britischen Kolonialverwaltung auch die politischen Führer des Islamischen Bundes, darunter Idris M. Adum und Osman Saleh Sabbe, sowie W. Wolde-Mariam von der LPP.

Als Haile Selassie dann 1962 die völlige Angliederung Eritreas an Äthiopien vornahm, stieß dieser Schritt nur bei einem kleinen Teil der Bevölkerung, vor allem koptischen Christen und einer kleinen islamischen Sekte, auf Zustimmung. Hingegen verstärkte die 1952 im Land verbliebene islamische Opposition ihre Aktivität. Dabei verbanden sich die früher schon vorhandenen Motive der Gegnerschaft eines Teils der sozialen Kräfte Eritreas gegen den Anschluß an Äthiopien (Erhaltung der unter der Kolonialherrschaft entstandenen ökonomischen Sonderstellung u. ä.) mit neuen Motiven einer antifeudalen Bewegung gegen das historisch überlebte Feudalregime Selassies, das die fortschrittlichen Kräfte auch im übrigen Äthiopien in gleicher Weise rigoros unterdrückte. Dies führte in den 60er Jahren zu einem spürbaren Aufschwung der 1961 gegründeten **Eritreanischen Befreiungsfront** (ELF).

Eritreanische Befreiungsfront (ELF)

Die Führung der ELF rekrutierte sich ursprünglich aus den Mittelschichten, reichen Intellektuellen und Kaufleuten, deren Politik zunächst – wie sie erklärten – „nationalistisch und pragmatisch, ohne sozialökonomischen Inhalt“ war. 1963 wurde ein „Oberkommando“ mit Idris M. Adun als Präsidenten, W. Wolde-Mariam als Direktor des Kairoer Büros und Osman Saleh Sabbe als Generalsekretär der ELF gebildet.

Durch syrische Militär- und Finanzhilfe sowie intensive Kontakte mit der syrischen Baath-Partei erklärte sich die ELF nach 1964 zu einer „arabischen Befreiungsbewegung“ und sah sich im Kampf gegen ein reaktionäres, proisraelisches Regime. Während Israel und das äthiopische Feudalregime nach dem 6-Tage-Krieg von 1967 ihre Kontakte intensivierten, knüpfte die ELF enge Verbindungen zur palästinensischen Befreiungsbewegung, vor allem zur – von Gerges Habbach geführten – Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) an. Außerdem entwickelte die ELF einige Kontakte zur VDR Jemen. Die jemenitischen Waffenlieferungen und die Ausbildung eritreanischer bewaffneter Kräfte erfolgte vor allem mit chinesischer Hilfe, die jedoch nach der Anerkennung der VR China durch das äthiopische Feudalregime im Dezember 1970 und die folgende Aufnahme diplomatischer Beziehungen prompt eingestellt wurde.

Hatte die ELF bis Ende der 60er Jahre keinen Anstoß an der US-Präsenz im Lande genommen, so änderte sich dies Ende 1969, als die ELF bereits in allen arabischen Hauptstädten

Büros unterhielt, durch eine lautstarke antiisraelische und antiamerikanische Kampagne. Dem war eine massive Kritik innerhalb der ELF durch Studenten, die der PFLP und den irakischen Baathisten nahestanden, vorangegangen.

Andererseits konsolidierten die in der VDR Jemen militärisch und ideologisch ausgebildeten Kräfte ihre Positionen soweit, daß sie sich Ende 1970 von der Führung Osman Sabbes lossagten und sich unter Romadan M. Nur und Issias Afewerki als **Eritreanische Volksbefreiungsfront** (EPLF) konstituierten. Diese neue Organisation erhielt Unterstützung von der VDR Jemen, Somalia, Irak und Syrien.

Durch diese Abspaltung, durch sich verschärfende Unterdrückungsaktionen des äthiopischen Feudalregimes und einen dadurch hervorgerufenen wachsenden Flüchtlingsstrom in den Sudan lebte auch innerhalb der ELF die Kritik an der traditionellen Führung erneut auf. Schließlich wurde diese auf dem I. Nationalkongreß der ELF 1971 teilweise entmachtet. Der Kongreß wählte neue, aus Studenten bestehende Kräfte unter Idris M. Adum in die Führung und erzielte einen Kompromiß zwischen den radikaleren Studenten und den „panarabischen“ Kräften. In der verabschiedeten programmatischen Erklärung wurden „der äthiopische Kolonialismus, der internationale Imperialismus unter Führung des US-Imperialismus, der internationale Zionismus, das Auslandskapital und die kollaborierende eritreanische Klasse“ als Feinde der revolutionären Bewegung definiert.

Die Erklärung setzte sich „für den internationalen Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt“ ein und betonte die Unterstützung für „die revolutionäre Bewegung Äthiopiens, die gegen das Haile Selassie-Regime und gegen den Imperialismus kämpft“. Zum Aufbau des „neuen demokratischen Eritrea“ wurden als Ziele u. a. „die Enteignung sämtlicher Ländereien der abwesenden Großgrundbesitzer und anderer Lakaien“, die Enteignung „sämtlicher industrieller und kommerzieller Gesellschaften und Banken, die im Besitz fremden Kapitals sind“, sowie die Liquidierung „sämtlicher amerikanischer oder israelischer militärischer Stützpunkte auf eritreanischem Gebiet“ genannt.

Doch auch die neuen, unter linken Vorzeichen auftretenden Führungskräfte der ELF erwiesen sich als unfähig, eine vorurteilsfreie Einschätzung der revolutionären Wende, die 1974 mit dem Sturz des Feudalregimes in Äthiopien vor sich ging, und der Konsequenzen, die sich daraus für den gesamten antiimperialistischen Befreiungskampf in Ostafrika ergaben, vorzunehmen. Obwohl diese Revolution in Äthiopien und die

fortschreitende Linksentwicklung der sie tragenden politischen Kräfte in den folgenden Jahren die politische Situation von Grund auf veränderte und die revolutionären Maßnahmen der äthiopischen Militärregierung den programmatischen Forderungen nach Enteignung der Großgrundbesitzer, Nationalisierung der im ausländischen Besitz befindlichen Gesellschaften entsprachen, und obwohl die ELF sich früher mit den antifeudalen Kräften Äthiopiens im Kampf gegen das Haile Selassie-Regime solidarisch erklärt hatte, nahm die ELF-Führung gegen die aus dem revolutionären Prozeß hervorgegangene äthiopische Militärregierung von Anfang an eine scharf ablehnende, feindselige Haltung ein.

Die inneren Auseinandersetzungen in der eritreanischen Bewegung setzten sich jedoch weiter fort. Auf dem II. Nationalkongreß der ELF im Mai 1975 wurde deshalb die Herstellung einer Einigung als Hauptaufgabe hervorgehoben. Ansonsten wurde im wesentlichen das Programm von 1971 bestätigt. Die ELF findet Unterstützung heute vor allem bei Saudi Arabien und dem Irak.

Durch die Ergebnisse des II. Kongresses sah sich der reaktionärste Teil der eritreanischen Kräfte in der ELF isoliert. Um eine Führungsposition in der eritreanischen Bewegung wiederzuerlangen, gründete Osman Saleh Sabbe deshalb 1976 seine eigene Organisation, die **Eritreanische Befreiungsfront/ Eritreanische Volksbefreiungsfront** (ELF/EPLF). Ihr: Anhänger sind vor allem im Sudan lebende eritreanische Flüchtlinge.

Die Organisation operiert von sudanesischem Territorium aus in Äthiopien, wo sie mit der EDU, der Organisation der konterrevolutionären äthiopischen Feudalaristokratie und Großgrundbesitzer, zusammenarbeitet. Ihre Existenz verdankt die ELF/EPLF vor allem Saudi Arabien, das sie hauptsächlich finanziert, über den Sudan mit den modernsten Waffen ausrüstet und durch innerhalb der eritreanischen Bewegung eine Kräfteverschiebung nach rechts verursacht hat.

Auf die Verbindungen der eritreanischen Organisationen zu den reaktionärsten arabischen Kräften hin angesprochen, erklärte Sabbe, daß es zu den Hauptfehlern der revolutionären arabischen Bewegungen zähle, sich an die marxistische Ideologie zu binden. „Wir rebellieren“, so Sabbe in der Beirut-Zeitung al-Hawadith am 12. 8. 1977, „um die Unabhängigkeit unseres Landes zu verwirklichen. Die Einteilung der Länder der Welt in ‚progressiv‘ und ‚reaktionär‘ ist eine Angelegenheit, für die wir keine Zeit haben. Wir arbeiten mit diesen Ländern zusammen unter der Berücksichtigung des Ausmaßes, unter dem sie unsere Sache verstehen oder mit ihr sympathisieren oder unsere Revolution moralisch oder materiell unterstützen.“

Die Versuche Saudi Arabiens, eine Einigung der eritreanischen Bewegungen auf fortschrittlicher Basis zu verhindern und stattdessen eine Einigung mit eindeutig reaktionärer Führung und Zielsetzung herbeizuführen, zeigen nunmehr erste Erfolge. Unter Obhut des sudanesischen Staatsoberhauptes Numeiri unterzeichneten ELF und EPLF in Khartum am 20. Oktober 1977 eine gemeinsame Erklärung. Neben der Gründung von gemeinsamen Militär-, Wirtschafts-, Informations- und anderen Komitees wird darin die Bildung einer einheitlichen politischen Führung sowie eine Einigung der Organisationen vereinbart. Im Anschluß auf die feierliche Unterzeichnung in Numeiris Präsidentenpalais erklärte auch die ELF/EPLF ihre prinzipielle Bereitschaft, der Allianz beizutreten.

Der Provisorische Militärische Verwaltungsrat Äthiopiens (DERG), infolge seiner eigenen komplizierten politischen Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte mindestens in der ersten Etappe sicherlich von Schwankungen und bürgerlich-nationalistischen Einflüssen in der Eritrea-Frage nicht frei, sprach sich von Anfang an für eine friedliche Lösung des Eritrea-Problems aus. Eine seiner ersten Handlungen bestand in einem Aufruf an die bewaffneten Gruppen in Eritrea, die



ELF-Artilleristen im Einsatz: kein Mangel an modernen Waffen

Kampfhandlungen einzustellen und sich dem revolutionären Kampf für die Errichtung einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in Äthiopien anzuschließen.

Um diesen Appell zum gemeinsamen Handeln zu unterstreichen, ordnete der Militärerrat im Juli 1974 die Einstellung aller militärischen Operationen der Armee gegen die Gruppen der eritreanischen Befreiungskräfte und den Rückzug der ins Land entsandten Patrouillen an. Es wurde versucht, direkte Kontakte mit den bewaffneten Gruppen in Eritrea aufzunehmen. Gleichzeitig wurden der sudanesischer Präsident Numeiri um Vermittlung von Kontakten zu den eritreanischen Gruppen gebeten und Delegationen des Militärerrates in einige arabische Hauptstädte geschickt.

Doch die Verhandlungsbemühungen des äthiopischen Militärerrates scheiterten. Die Führer der eritreanischen Gruppen lehnten jede friedliche Lösung auf der Grundlage des vom Militärerrat vorgeschlagenen Prinzips der vollständigen Autonomie und regionalen Selbstverwaltung Eritreas im Rahmen eines gemeinsamen antifeudalen und antiimperialistischen, volksdemokratischen äthiopischen Staates mit sozialistischer Orientierung ab. Statt dessen bestanden sie auf der vollständigen Abspaltung Eritreas, was unter den gegebenen Umständen nur eine Abspaltung vom revolutionärdemokratischen Entwicklungsprozeß, der in Äthiopien eingeleitet war, sein konnte und praktisch auf eine Verhinderung der mit diesem revolutionären Entwicklungsprozeß verbundenen gesellschaftlichen Umwälzung in Eritrea hinauslief.

Am 20. Februar 1975 startete die separatistische Bewegung einen koordinierten bewaffneten Angriff in allen wichtigen Städten Eritreas auf die dortigen Verwaltungszentren, der „vollendete Tatsachen“ hinsichtlich der Machtübernahme durch die Sezessionisten schaffen sollte. Dies mißlang durch das Eingreifen der Armee. Doch die Aktion führte zum Wiederaufleben militärischer Auseinandersetzungen zwischen der Armee und den „Befreiungskräften“, was auch erhebliche Schäden und Opfer unter der Zivilbevölkerung zur Folge hatte. Trotz der dadurch provozierten Störung der Bemühungen um eine friedliche Lösung des Problems erklärte sich der äthiopische Militärerrat auch später erneut und mehrfach zu einer friedlichen Regelung bereit. Das Programm der Nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens vom 24. April 1976 (Wortlaut in AIB, Nr. 11-12/1976) bekräftigte ausdrücklich das Recht jeder Nationalität auf Selbstbestimmung und nationale bzw. regionale Autonomie und Selbstverwaltung im Rahmen des neuen, revolutionären äthiopischen Staatswesens. Seitens der eritreanischen Gruppen wird jedoch der bewaffnete Kampf weitergeführt.

Feindselige Haltung gegen die äthiopische Revolution

Es kann selbstverständlich nicht bezweifelt werden, daß der Kampf eritreanischer Gruppen gegen das Feudalregime Haile Selassies objektiv fortschrittlichen Zielen diene. Auch die sozialrevolutionären Forderungen der progressiven Kräfte der eritreanischen Befreiungsbewegungen haben zweifellos ihre historische Berechtigung gehabt.

Doch so wenig von dem Versuch zu halten ist, die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit eines bestimmten Gebietes zu diesem oder jenem Staat aus längst vergangenen historischen Verhältnissen abzuleiten und damit heutige politische Forderungen geschichtlich legitimieren zu wollen, so wenig kann übersehen werden, daß politische Forderungen, die im Gewand nationaler Anliegen auftreten, nicht isoliert beurteilt werden können. Sie sind vielmehr im gesamtpolitischen Zusammenhang und vom übergeordneten Standpunkt des antiimperialistischen Kampfes insgesamt zu betrachten.

Die antifeudale Revolution in Äthiopien und ihre Weiterentwicklung im Sinne eines antiimperialistisch-nationaldemokratischen Entwicklungsweges mit sozialistischer Orientierung hat die objektiven Bedingungen für eine progressiv-

revolutionäre Bewegung in Eritrea grundlegend verändert. Damit stellt sich auch die Frage nach der politischen und ökonomischen Zugehörigkeit oder Absonderung Eritreas im Verhältnis zum progressiven äthiopischen Staat für eine revolutionäre Bewegung auf grundlegend neue Weise, in völlig anderem politischem Zusammenhang als zur Zeit des diktatorischen Feudalregimes.

Es ist unschwer zu erkennen, daß eine nationale Absonderung Eritreas als selbständiger „Mini-Staat“ unter den heute gegebenen Bedingungen eines revolutionären Regimes in Äthiopien nicht dem gemeinsamen Interesse aller in diesem Gebiet lebenden Völker an der revolutionären Umgestaltung des ganzen Landes und an der Festigung der Positionen der antiimperialistischen Kräfte in ganz Ostafrika dient. Im Gegenteil liefert gerade der im nationalen Gewand auftretende Separatismus dem Imperialismus und den reaktionären Kräften die Möglichkeit, die antiimperialistischen Kräfte zu spalten, gegeneinander aufzuhetzen und insgesamt zu schwächen. So wird es dem Imperialismus ermöglicht, historisch entstandene komplizierte Probleme gegen eine fortschrittliche Entwicklung der ganzen Region auszuschlachten.

Multis strecken ihre Fühler aus

Überdies führt dieser Separatismus und der Kampf gegen das antiimperialistische Militärregime in Äthiopien die progressiven sozialrevolutionären Kräfte der eritreanischen Befreiungsbewegung in eine paradoxe politische Frontstellung und in die Kollaboration mit den reaktionärsten Kräften der arabischen Länder, über die der internationale Imperialismus seine machtpolitischen Interessen in Afrika und dem Nahen Osten verfolgt. Um was es diesen Kräften geht, deutete ein kürzlich auch in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) erschienener Artikel unter der Überschrift „Eritreas Guerilla-Bewegungen glauben an goldene Zukunft“ an. Darin wurde darauf verwiesen, daß Eritrea aufgrund der dort entdeckten Bodenschätze (Kupfer, Kali, Gold, Nickel, Mangan, Titan, Feldspat, Vanadium, Erdöl) „bald eines der reichsten Länder Afrikas sein“ werde.

Zein Yassin, Leiter der Forschungs- und Planungsabteilung der ELF, bestätigte Verhandlungen seiner Organisation mit dem japanischen Konzern Nippo Koei sowie mit der italienischen Ölgesellschaft AGIP; auch mehrere andere „multinationale Unternehmen, darunter mindestens eine amerikanische Firma, haben Fühler zu der EPLF ausgestreckt“ (FAZ, 11. 10. 1977).

Die Kollaboration mit den reaktionären arabischen Kreisen und den hinter ihnen stehenden imperialistischen Mächten muß auf die Dauer auch fortschrittliche Ansätze und Forderungen innerhalb der eritreanischen Befreiungsbewegung kompromittieren und in ihr Gegenteil verkehren. Daß sich die bürgerliche Presse voll hinter die „eritreanischen Befreiungsbewegungen“ gestellt hat, verwundert deshalb nicht. Ohnehin geschah dies nicht zu jener Zeit, als die ELF ihren berechtigten Kampf gegen das äthiopische Feudalregime führte, sondern als der DERG eine demokratische Lösung der nationalen und sozialen Frage in Äthiopien verkündet hatte. Diese Berichterstattung untermauert die Bestrebungen imperialistischer Kreise, durch künstliche Zuspitzung der Nationalitätenkonflikte die fortschrittliche äthiopische Regierung zu stürzen.

Die Perspektive liegt jedoch nicht in einer, von bürgerlichen Massenmedien mitgeschürten, militärischen Lösung der Eritrea-Frage. Die Situation gebietet auch hier das Bemühen um eine friedliche Regelung auf dem Weg der Einigung der antiimperialistischen Kräfte und auf der Grundlage der übergeordneten gemeinsamen Interessen des antiimperialistischen Befreiungskampfes der Völker Afrikas und des Nahen Ostens.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

105 Sozialismus-Diskussion (IV)

W. F. Haug: Als Gegenbeweis

Editorial: Gegen den Terrorismus
Grüßadresse aus Finnland

Westdeutsche Sozialismus-Diskussion

Gerhard Stuby

Ohne Aktionseinheit kein Fortschritt

Johano Strasser

Plädoyer für ein Überdenken der sozialistischen Zielvorstellung

Hansgeorg Conert

Bündnisfähigkeit verlangt Veränderung

Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung

Demokratischer Kampf für den Sozialismus

Internationale Sozialismus-Diskussion

Detlev Albers

Strategie der westeuropäischen Arbeiterbewegung

Hans Manfred Bock

Literaturbericht zur Sozialistischen Partei Frankreichs

Michael Masuch

Wie wird im Sozialismus geplant?

Dokumentation: Kommunisten und Homosexuelle

Udo Schagen: Zum 2. Band des Jahrbuchs für kritische Medizin

Aufrufe: Russel-Tribunal; BdWi-Kongreß über Hochschulpolitik

Besprechungen: Sprachtheorie; fortschrittliche Literaturtraditionen; soziale Medizin; Geschichte und Politik der Arbeiterbewegung; Jura

Zeitschriftenschau

19. Jahrgang September/Oktober 1977

Einzelheft 9,- DM, im Abo 7,50 DM;

Schüler und Studenten 7,- DM, im Abo 6,- DM.

ARGUMENT - SONDERBÄNDE

AS 16

Probleme materialistischer Staatstheorie

Heiko Asseln und Frank Deppe: Die „Staatsfrage“ und die Strategie der Arbeiterbewegung

K. H. Tjaden: Staatstheorie als Element der Gesellschaftstheorie

Helmuth Schütte: Grundlagen der materialistischen Staatstheorie

Willi Riepert: Zum Problem der Bestimmung von Staatsfunktionen

Ulrich Wacker: Das Absolutismus-Problem: Staatsfeudalismus oder Frühform des bürgerlichen Staates? Zu Entstehungsgeschichte und Konstitutionsbedingungen des bürgerlichen Staates

Bernd Güther: Zur Analyse infrastruktureller Staatsfunktionen

Heinz-Jürgen Axt: Energiekrise, Konkurrenz und ökonomische Staatstätigkeit. Zum Verhältnis von internationaler Kapitalbewegung und ökonomischen Funktionen des Nationalstaates

Buchbesprechungen

AS 14

„Humanisierung“ der Lohnarbeit?

Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen

Redaktion: Alfred Oppolzer

Vor allem für gewerkschaftliche Arbeit geht es in den Aufsätzen dieses Bandes darum, eine verwirrende Literaturflut und Diskussion zu durchleuchten und kritisch zu sichten: Welche Momente von „Humanisierungs“-Konzepten sind manipulativ, welche zielen auf reale Verbesserung von Arbeitsbedingungen?

Hajo Funke, Klaus Gülden, Mario Helfert, Peter Hinrichs, Johanna Hund, Barbara Kiefer, Matthias Knuth, Hellmuth Lange, Helga Milz, Walther Müller-Jentsch, Alfred Oppolzer, Klaus Pickshaus, Klaus Priester, Siegfried Roth, Barbara Tietze-Blomeyer schreiben über:

I. Geschichtliche und gesellschaftliche Entstehungsbedingungen der „Humanisierung der Arbeit“

II. Gegenwärtige Ansätze einer „Humanisierung“ der industriellen Arbeitsorganisation

III. „Humanisierung der Arbeit“ als Gegenstand von Klassenauseinandersetzungen

IV. Diskussion zum politischen Stellenwert der Humanisierungsdebatte für die Gewerkschaften

V. Sammelrezension zur „Humanisierung der Arbeit“

Adressaten: Gewerkschafter, Sozialisten, Sozialpolitiker, Soziologen

AS 18

Gulliver 2, Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 2

Landeskunde als Kulturwissenschaft

darin u. a.:

Dieter Herms: Der Kampf der United Farmworkers of America

Archiv zur demokratischen und Arbeiterbewegung

Priscilla Metscher: The Development of the National Liberation Struggle and the Labour Movement in Ireland. A Survey

AS 17

Jahrbuch für kritische Medizin, Band 2

darin u. a.:

Wolfgang Bichmann, Robert Hartog, Ulrich Schulz: „Westliche Medizin“ in Ländern der Dritten Welt am Beispiel Tansania: Ein trojanisches Pferd des (Neo-)Kolonialismus

Einzelpreis der Argument-Sonderbände (ca. 240 S.) 15,50 DM, im Abonnement 12,- DM;

Schüler und Studenten 12,- DM, im Abonnement 9,- DM.

Argument-Verlag

Postfach 21 0730

7500 Karlsruhe

Für die erdrückende Mehrheit der bundesdeutschen Presse gilt das weltweit isolierte und moralisch geächtete Smith-Regime immer noch als glaubhaftere Informationsquelle über die Ereignisse in Zimbabwe als z. B. Donald R. Lamont, katholischer Bischof von Umtali, der Diözese an der Grenze zu Moçambique. Dabei wäre es lohnend gewesen, auf seiner Rundreise durch die BRD von zwei seiner Missionare zu hören, die – von „Sicherheitskräften“ unter Druck gesetzt – mit folgenden Worten bedroht wurden: „Ein toter Missionar ist uns ebenso gut wie hundert tote Terroristen.“ (Kritisches Christentum, Wien, Nr. 11/1977)

Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Smith-Regimes müßten einem auch kommen, wenn man einmal den Bericht der katholischen „Kommission für Gerechtigkeit und Frieden“ über die KZ-ähnlichen „Wehrdörfer“ vom 21. 9. 1977 zur Kenntnis genommen hätte. Dort heißt es: „Die meisten von der Kommission befragten Einwohner der Wehrdörfer fühlen sich von den Guerillas nicht bedroht. Sie ängstigen sich viel mehr vor den Sicherheitskräften, besonders vor Befragungen, die mit Folter und Schlägen einhergehen.“ (Tagesanzeiger, 28. 9. 1977)

Die Presse, die die Berichte über angebliche Morde der Patriotischen Front an Missionaren und Nonnen kolportiert, befindet sich in schwarz-brauner Gesellschaft, in der Gesellschaft beispielsweise des von der CSU ausgehaltenen HTS (Hochschulring Tübinger Studenten e. V.), der einige seiner Mitglieder „zwecks Unterstützung der Abwehr gegen kommunistische Aggression in Rhodesien“ nach Afrika delegiert hat. Sie liefert mit ihrer gewissenlosen Übernahme den Greuelmeldungen des Smith-Regimes auch die Munition für die Attacken eines G. Todenhöfer (CDU-MdB) auf die humanitäre Hilfeleistung der Bundesregierung an Flüchtlingslager in Botswana. Welche Rolle die Selous Scouts – eine Spezialeinheit der Smith-Armee – bei der künstlichen Produktion derartiger „Beweise“ und „Argumente“ spielen, enthüllt vollends der hier dokumentierte weltweit beachtete Bericht des Weltkirchenrats-Organs One World.

Weltkirchenrat **Wer mordet rhodesische Zivilisten?**

Wer ist wirklich für den Mord an Zivilisten im kriegszerzerrten Rhodesien verantwortlich? Zumindest scheint ein Teil der Antwort bei den Selous Scouts, einer kommandoähnlichen Elitetruppe der rhodesischen Armee zu liegen. Unheilvolle Gerüchte über die Rolle der Scouts bei der „Partisanenabwehr“ sind schon seit Monaten aus Rhodesien durchgesickert. In der britischen Presse erschienen mehrere Berichte über die Scouts, deren bemerkenswertester der des Korrespondenten des Observer, David Martin, ist, der am 13. März mehrere katholische Priester aus Rhodesien zitierte, die behaupteten, ihre afrikanischen Gemeinden seien davon überzeugt, daß die Morde an Missionaren von den Selous Scouts begangen wurden.

Nach einer Reihe von umfassenden Interviews mit Deserteuren der rhodesischen Armee, die nun in — leben, haben Journalisten des Weltkirchenrates ein klareres Bild der Operationen der Selous Scouts zusammengestellt. Die Implikationen dieser neuen Informationen sind bedeutend für die kirchlichen Stellen, die helfen, ein internationales Verständnis für den Krieg in Rhodesien zu schaffen. Und auch der Weltkirchenrat selbst hat ein Interesse daran, die wahre Sachlage dieses Konflikts aufzudecken, da er allen drei Befreiungsbewegungen, die an den Grenzen von oder in Rhodesien arbeiten, keine militärische Hilfe gewährt hat. Denn bis jetzt wurden die Freiheitskämpfer für die Morde an Zivilisten verantwortlich gemacht.

Unter dem Kommando von US- und BRD-Bürgern

Nach den Aussagen der Deserteure sind die Selous Scouts eine Spezialeinheit der rhodesischen Armee, die sich hauptsächlich aus schwarzen Soldaten rekrutiert. Diese schwarzen Soldaten sind genauso bekleidet und bewaffnet und kämpfen

genau wie Guerillaeinheiten der Befreiungsbewegungen; sogar die wenigen weißen Soldaten, die der Einheit angehören, verkleiden sich als Schwarze. Man hat festgestellt, daß die weißen Soldaten, die gewöhnlich diese Einheiten kommandieren, nicht nur aus Rhodesien stammen, sondern auch aus Großbritannien, Australien, den USA, der BRD, Frankreich und in größerer Anzahl aus Südafrika.

Die Scouts geben sich selbst als Guerillas aus, wenn sie Dörfer in der Kriegszone betreten, um Informationen zu sammeln und die Loyalität der Dorfbewohner gegenüber der Smith-Regierung zu testen. Wo sie Zusammenarbeit mit den wirklichen Freiheitskämpfern vermuten, töten die Scouts Dorfbewohner, oder, wenn es sich um Hunderte von Personen handelt, leiten sie Maßnahmen für deren Inhaftierung in KZs, in sogenannten „Wehrdörfern“ ein.

Massaker an der Zivilbevölkerung

Die Strategie der Scouts wechselt, aber ein Informant, der Mitglied einer Einheit gewesen war, die die Scouts unterstützte, hat eine bevorzugte Vorgehensweise beschrieben: „Ein großes Dorf unterstützt die Guerillas, dann werden zuerst die Scouts vorgeschickt. Sie gehen hin und sprechen mit dem Häuptling, bekommen Nahrung und Informationen, dann verlassen sie das Dorf wieder; ungefähr 45 Minuten später bewegt sich eine Gruppe von Soldaten auf das Dorf zu, den Spuren der Scouts folgend. Sie wissen, daß die Scouts im Dorf gewesen waren, also gehen sie zum Häuptling und sagen: Wir suchen eine Mannschaft von Guerillas und wir haben sie hier aufgespürt.“

Der Häuptling wird sagen: „Ich weiß davon nichts.“ Und die Soldaten sagen: „Aber sie waren hier, da sind Spuren, die ins Dorf führen.“ Der Häuptling wird immer noch keine

Information liefern, also verlassen die Truppen das Dorf wieder und kontaktieren die Scouts, die dann in das Dorf zurückkehren und sagen: „Ihr habt der Armee gesagt, wo wir sind.“ Dann löschen sie das Dorf aus. Andere Dorfbewohner hören die Geschichte und wissen nicht, was sie darüber denken sollen. Es ist unmöglich geworden herauszufinden, wer die Scouts und wer die Guerillas sind.“

Verkleidet als Freiheitskämpfer

Beweise über die Aktionen der Scouts sind größtenteils zufällig, weil sie in strikter Geheimhaltung operieren, selbst vor den anderen Armee-Einheiten. „Wenn Scouts in der Gegend sind, erstarrt alles“, sagte ein Deserteur. „Alle Truppen werden entweder vorher entfernt oder ihnen wird nicht erlaubt, sich von ihrem Standort zu entfernen.“

Wenn dann die Scouts ihre Arbeit beendet und sich zurückgezogen haben, ziehen die Truppen; was sie vorfinden, wechselt von Operation zu Operation. In manchen Fällen gehen Aufklärungstruppen mit Hubschraubern voraus. „Sie gehen hin und graben ein paar Gruben und werfen die Leichen hinein, schütten etwas Benzin darüber und verbrennen sie; dann schütten sie sie mit Erde zu. Das ist die normale Praxis“, wurde uns berichtet.

Normalerweise finden die Truppen Überlebende, die man geschont hat, damit sie glaubhaft verbreiten, daß ihr Dorf von wirklichen Befreiungskämpfern überfallen wurde. „Wenn die Scouts ein Massaker veranstalten, lassen sie immer jemanden übrig, damit er die Geschichte erzählen kann. Wenn Guerillas töten, töten sie jeden, aber Selous Scouts sind da



Opfer eines Selous Scouts-Überfalls

anders. Sie morden und dann lassen sie jemanden übrig, die Geschichte zu erzählen.“

Der Deserteur, der uns dieses berichtete, hat selbst ein Dorf 2 Tage nachdem es „eingefroren“ war und von einer Scout-Einheit betreten worden war, besichtigt. Die Leichen der Dorfbewohner, die sie getötet hatten, waren beseitigt worden, aber afrikanische Männer und eine Frau waren übrig gelassen worden, um die Geschichte zu erzählen.

Das angebliche Massaker, das sie beschrieben, fand in einem kleinen Dorf statt. Wo eine größere Bevölkerung verdächtig wird, werden die Menschen in KZs getrieben, eingezäunt von Maschen- und Stacheldraht und nachts bewacht mit Hilfe einer Kette von Suchlichtern. Jeder, der das Lager verläßt, sobald die Lichter brennen, wird erschossen. Man berichtet, daß die Verhältnisse in diesen Lagern entsetzlich sind. Medizinische Versorgung findet nur sporadisch statt, die hygienischen Maßstäbe sind zusammengebrochen und Krankheiten nehmen überhand.

Es ist unmöglich zu sagen, wie viele der Zivilistenmorde in Rhodesien den Operationen der Selous Scouts angelastet werden können. Waren z. B. Scouts an den stark publizierten Morden an christlichen Missionaren in letzter Zeit beteiligt?

Als Antwort auf diese Frage sagte ein Ex-Soldat, mit dem wir sprachen: „In den letzten 10 Jahren dieses Krieges wurden niemals Missionare oder ähnliche Personen erschossen. Jetzt passiert sowas auf einmal. Die Smith-Regierung weiß, daß die Guerillas Geld von den Kirchen bekommen, deshalb schlägt sie bei den Missionaren zu, damit sich diese Leute gegen die Guerillas wenden.“ Diejenigen, mit denen wir sprachen, boten das als mögliche Lösung an. Worüber sie sicher waren, war der Ruf der Selous Scouts für ihre Grausamkeit, ihr Anspruch auf die höchste Tötungsrate aller Einheiten der Armee und die offene Prahlerei der Scouts, sie operierten nach ihrem Willen über die Grenzen von Moçambique.

Stolz auf die höchste Tötungsrate

Die Scouts genießen ein ungeheures Ansehen in der rhodesischen Armee. Dies steht in scharfem Gegensatz zu dem Ruf der farbigen Truppen, deren Moral auf alle Fälle allem Anschein nach immer sehr niedrig ist. (Farbig meint Personen mit gemischtrassischem Ursprung, deren politischen Rechte eingeschränkt sind und die getrennt von den Schwarzen Rhodesiens definiert werden.) Wir hörten Berichte, wonach farbige Soldaten für gleichen Lohn wie die europäischen Soldaten streikten und sich beschwerten, daß die begrenzte Ausbildung sie zu einer leichten Zielscheibe bei militärischen Operationen mache und daß es sich wegen Mangels an politischen Rechten in Rhodesien ohnehin nicht lohne, zu kämpfen.

Aber die Unzufriedenheit der farbigen Truppen ist nicht das einzige Problem der Armee. Wie uns berichtet wurde, ist die Verwaltung in vielen Gebieten lasch, Urlaubs- und Entlassungspapiere können leicht gestohlen werden, was oft passiert. Gesetzlosigkeiten in den Truppen bleiben zunehmend ungestraft, Vergewaltigungen sind an der Tagesordnung. „Ich habe gesehen, wie Soldaten Dorfbewohner erschossen haben“, sagte ein Deserteur. „Aber wenn ein Rechtsanwalt Anzeige erstatten wollte, zerrissen sie seine Papiere und sagten, man könne der Armee keinen Prozeß machen. Was die Armee tue, sei im Interesse des Landes, also sei das, was sie tue, richtig.“ Genau diese Argumentation erschwert die Aufdeckung der wahren Rolle der Selous Scouts. Und solange nicht die ganze Geschichte erzählt ist, werden die Machenschaften der Scouts häßlich und grausam bleiben.

(Quelle: One World, Genf, Juli/August 1977)

Interview
mit Sam Nujoma

Vor der Schaffung befreiter Gebiete



In einem Interview mit der angolischen Zeitung Journal de Angola berichtet der Vorsitzende der Südwestafrikanischen Volksorganisation von Namibia (SWAPO), Sam Nujoma, interessante neue Informationen zum Stand des militärischen und politischen Befreiungskampfes gegen die rassistischen Okkupanten. Er konkretisiert die SWAPO-Vorstellungen von einem unabhängigen namibischen Staat und ihrer künftigen Politik gegenüber den imperialistischen Konzernen. Als Sachwalter der bundesdeutschen Kapitalanleger in Namibia erwiesen sich im November 1977 einmal mehr die BRD-Behörden mit der Ausweisung des führenden SWAPO-Mitglieds Daniel Shivangulula. Als politischer Gefangener des Vorster-Regimes und nach grausamen Folterungen war Shivangulula vor einem Jahr über Botswana in die Bundesrepublik gekommen und hatte hier vergeblich um politisches Asyl nachgesucht.

FRAGE: Wie muß man den Kampf beurteilen, den die SWAPO führt? Wie wird sie vom Volke unterstützt?

S. NUJOMA: Die SWAPO ist eine Massenbewegung, d. h. sie wird von der unterdrückten Mehrheit unterstützt. Die Mehrheit des namibischen Volkes erlebt, wie ihr politische Rechte abgesprochen werden, sie leidet unter Hunger, Krankheiten und Unwissenheit. Die meisten Menschen leben in ländlichen Gebieten, in den Bantustans, und gerade hier werben wir unsere meisten Mitglieder. Die Kämpfer der PLAN (Volksbefreiungstreitkräfte von Namibia, d. Red.) kommen aus allen Kreisen der Bevölkerung. Natürlich gibt es unter der Bevölkerung einige Marionettengruppen, die für den Feind arbeiten, insbesondere ihre Anführer.

FRAGE: Welche Beziehungen gibt es zwischen Ihren Kämpfern und der Landbevölkerung in den Operationsgebieten?

S. NUJOMA: Die Beziehungen sind sehr gut. Den Kämpfern ist es gelungen, in diesen Gebieten zu operieren, weil sie vom Volk unterstützt und geschützt werden. Sie erhalten von der Bevölkerung Essen, Kleidung und sogar Geld. Ohne diese Hilfe wäre es sehr schwer, zu überleben. Bisweilen kultivieren die Kämpfer selbst kleine Parzellen, um sich zu versorgen. Wenn das nicht möglich ist, arbeiten sie gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung auf den Feldern. Wir haben Basisprogramme für das Gesundheits- und Bildungswesen in den ländlichen Gebieten, und das hilft unseren Kämpfern, das Vertrauen und die Unterstützung des Volkes zu gewinnen. (...)

FRAGE: Ist die Schaffung befreiter Gebiete in Namibia Bestandteil Ihrer Strategie?

S. NUJOMA: Natürlich. Unsere Operationszonen werden gerade in vollständig befreite Gebiete verwandelt. In einigen Regionen haben wir die Gebiete zur Hälfte befreit, nämlich da, wo der Feind nur mit seiner Infanterie eindringen kann, wenn er Unterstützung auf dem Luftwege hat. Die SWAPO will das gesamte Land befreien.

Einige Gebiete zur Hälfte befreit

FRAGE: Halten Sie in nächster Zeit den Guerillakampf in den Städten für möglich?

S. NUJOMA: Das ist schwieriger. In den Stadtgebieten stoßen wir, weil Sicherheitsmaßnahmen notwendig sind, auf zahlreiche Schwierigkeiten. Die Rassistenspolizei versucht, diese Gebiete stärker zu kontrollieren, und nimmt Hausdurchsuchungen vor. Es ist eine äußerst schwierige Lage.

FRAGE: Südafrika will die SWAPO durch die Bantustanpolitik neutralisieren. Was bedeutet das für Ihre Bewegung?

S. NUJOMA: Die SWAPO widersetzt sich der Politik einer Bantustanisierung, weil es nur ein Volk, nur eine Nation in Namibia gibt – unabhängig von Rasse, Hautfarbe oder Abstammung.

FRAGE: Die namibische Wirtschaft wird von den multinationalen Gesellschaften beherrscht. Welche Kampfform kann gegen diese internationalen Vereinigungen angewandt werden?

S. NUJOMA: Ein wichtiger Weg, auf Südafrika und die Multis Druck auszuüben, ist die Mobilisierung der örtlichen Gewerkschaften. In verschiedenen UN-Resolutionen wird gefordert, daß die Mitgliedstaaten die wirtschaftlichen, diplomatischen und kommerziellen Beziehungen zu Pretoria abbrechen. Es ist folglich sehr wichtig, die Kräfte zu mobilisieren, die auf die UN-Mitgliedsländer Druck ausüben können, um den Entschließungen dieses internationalen Gremiums nachzukommen.

Es gibt viele westliche Länder, die heucheln. Während sie verbal UN-Resolutionen zustimmen, unterhalten sie gleichzeitig wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen zu Südafrika und unterstützen die Apartheid. Großbritannien, die USA und Frankreich haben verhindert, daß Südafrika aus der UNO ausgeschlossen wird. Wir betrachten all jene als

unsere Feinde, die das südafrikanische Rassistenregime, in welcher Form auch immer, unterstützen – sei es politisch, militärisch oder ökonomisch.

FRAGE: Welche Lehren haben Sie aus der Erfahrung afrikanischer Länder gezogen, die Sie auf Namibia anwenden können?

S. NUJOMA: Wir haben die Entwicklung der afrikanischen und der übrigen Länder der „Dritten Welt“ beobachtet. Wir können viel lernen wie die ökonomischen Probleme in Angriff zu nehmen sind, damit sich der Lebensstandard unseres Volkes erhöht.

Die SWAPO bereitet sich bereits darauf vor, die Entwicklung eines freien Namibia zu leiten. Als Beispiel können wir das namibische Gesundheits- und Erholungszentrum anführen, das sich in Sambia befindet. Dort bilden wir unsere Kader aus und bereiten Gesundheits- und Unterrichtsprogramme vor. Unser Ziel ist es, auf allen Gebieten eine Ausbildung zu sichern, damit wir die politische Selbständigkeit erreichen. Bei der Erlangung der Unabhängigkeit werden wir darauf vorbereitet sein, auf dieser Grundlage weiterzuarbeiten, um die unmittelbaren Bedürfnisse unseres Volkes zu befriedigen und unser Land zu entwickeln. Die Entwicklung der Landwirtschaft hat dabei den Vorrang.

Die Statur eines unabhängigen Namibia

FRAGE: Wie wird die Politik der SWAPO in einem unabhängigen Namibia aussehen?

S. NUJOMA: In der Außenpolitik werden wir eine neutrale und nichtpaktgebundene Position beziehen. Die SWAPO wird de facto Beziehungen zu allen befreundeten Ländern unterhalten. Wir sind Panafrikaner und werden deshalb versuchen, eine wichtige Rolle in der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit, d. Red.) zu spielen, und wir werden eine aktive ökonomische Zusammenarbeit sowie die politische Einheit auf dem Kontinent fördern.

Wir werden in Namibia eine Politik der gleichmäßigen Verteilung der Reichtümer des Landes zum Nutzen unseres ganzen Volkes vertreten. Eine SWAPO-Regierung wird sich zum Beispiel für den kostenlosen Unterricht von der Grundschule bis zur Universität einsetzen. Das bedeutet, daß die Gewinne aus unserer Kupfer-, Uran-, Diamantenproduktion usw. für die Unterstützung eines kostenlosen Unterrichts, einer kostenlosen medizinischen Betreuung und anderer Dienstleistungen im Interesse des Volkes verwendet werden müssen.

FRAGE: Wie wird die SWAPO die Reichtümer des Landes kontrollieren?

S. NUJOMA: Natürlich wird unsere Regierung die Reichtümer des Landes kontrollieren. Einigen Multis kann gestattet werden, weiterhin – jedoch unter unserer Kontrolle – zu arbeiten. Doch die Ausbeutung der namibischen Werktätigen und die unkontrollierte Ausbeutung der Reichtümer des Landes wird nicht erlaubt sein. Wir werden gewährleisten, daß Schwarze und Weiße einen gerechten Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Unter der SWAPO wird es keine Unterdrückung geben.

FRAGE: Wie glauben Sie die Bodenfrage zu lösen?

S. NUJOMA: Nach den südafrikanischen Gesetzen kann kein Schwarzer Boden in Namibia besitzen. Diese Gesetze werden sofort abgeschafft, und das von den Siedlern allein verwaltete Land wird allen zur Verfügung gestellt.

FRAGE: Wie werden Ihrer Meinung nach die Beziehungen mit Japan, den USA, Frankreich, Großbritannien und der BRD aussehen, deren Gesellschaften das namibische Volk ausbeuten?

S. NUJOMA: Das wird von der Haltung dieser Länder zu einem unabhängigen Namibia abhängen. Wenn diese Länder oder Mächte eine freundschaftliche Haltung einnehmen, werden wir Beziehungen zu ihnen unterhalten, natürlich erst nachdem wir der Ausbeutung unserer Reichtümer durch ihre Multis ein Ende gesetzt haben.

(Quelle: Informationsbulletin, Wien, Nr. 12–13/1977)



Wir machen nicht nur Schlagzeilen – wir recherchieren und weisen dokumentarisch nach: die nukleare und militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika wird fortgesetzt (3WM 9/77), Millionenkredite der bundesdeutschen Gewerkschaftsbank für lateinamerikanische Militärdiktaturen (3 WM 2/77).

Das 3. WELT MAGAZIN lesen heißt informiert sein über Hintergründe und Ereignisse der internationalen Entwicklung.

Das Magazin erscheint jeden Monat. Authentischer Background und aktuelle Informationen werden übersichtlich vermittelt. Dazu gehören Photoreportagen, Berichte von internationalen Konferenzen, Filmgesprächen und vieles mehr. Für ein weitergehendes Informationsbedürfnis haben wir den Informations-Block entwickelt:

Sonderdrucke
NUKLEARE UND MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN BUNDESREPUBLIK UND SÜDAFRIKA WIRD FORTGESETZT. Dokumentation des ANC South Africa. 32 Seiten; DM 4.–; F. POLISARIO. Dokumente des 3. Nationalen Volkskongresses. 24 Seiten; DM 2.–; ISRAEL-SÜDAFRIKA: KOOPERATION IMPERIALISTISCHER VORPOSTEN. 32 Seiten, DM 3.–, GHASSAN KANAFANI. Palästinensische Kultur und nationale Befreiung. 32 Seiten Kulturbeilage; DM 3.–; LIBANONKRIEG: POLITISCHE UND SOZIALE HINTERGRÜNDE. 32 Seiten; DM 3.–; INDO-NESIEN. Subimperialistisches Zentrum auf Zeit? 24 Seiten; DM 2.–; TUNESIENDOKUMENTATION. Verfolgung und Widerstand der Sozialisten. 44 Seiten; DM 3.–; OMAN: REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION. 32 Seiten; DM 3.–; ÄGYPTEN NACH NASSER. Politische und sozio-ökonomische Hintergründe, 32 Seiten; DM 3.–;

Jahresabonnement: DM 48.–
Studenten-Schüler-ZDL-WDL: DM 32.–
Probeheft (DM 3.–) und
Verlagsprogramm bestellen bei:

pdw
progress dritte welt

verlag · verleih · agentur

53 bonn 1, buschstr. 20; tel. 2134 64 postfach 1528

21 Jahre nach ihrer Gründung und zwei Jahre nach der Proklamation der Unabhängigkeit Angolas berief die Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) zum 4. bis 11. Dezember 1977 nach Luanda ihren 1. Kongreß ein. Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Konstituierung der Bewegung MPLA zu einer marxistisch-leninistischen Partei, der „MPLA — Partei der Arbeit“, die — so Präsident Agostinho Neto in seinem Bericht an den Kongreß — „ihre Rolle als Organisation der Avantgarde bei der Leitung der Gesellschaft übernehmen muß. Organisiert und aufgebaut nach den marxistisch-leninistischen Prinzipien wird die Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse das Instrument zur Führung der revolutionären Klasse sein“. Eine weitere zentrale Stellung nahmen auf dem Kongreß die Fragen des Aufbaus des unterentwickelten und durch den zweiten Befreiungskrieg 1975/76 zudem schwer zerstörten Landes ein, dessen Ziel es ist, „ein freies, unabhängiges, sozialistisches Angola“ zu schaffen. In der derzeitigen Phase, der Phase des nationalen Wiederaufbaus, geht es im wesentlichen darum, die enormen Zerstörungen und Verwüstungen, die die südafrikanischen Rassisten und ihre Marionetten anrichteten, bis zum Jahre 1980 zu beheben sowie „allmählich den Weg der ökonomischen Unabhängigkeit zu beschreiten mit dem Ziel, eine von allen Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen freie Gesellschaft zu errichten“, so der Bericht A. Netos an den 1. Kongreß.

Dabei spielen die Unterstützung und Hilfe der sozialistischen Staaten im militärischen wie im zivilen Sektor eine herausragende Rolle. Welchen Stellenwert gerade die zivile Hilfe Kubas einnimmt, davon vermittelt der Beitrag der Korrespondentin der französische Zeitschrift *Afrique Asie*, Augusta Conchiglia, einen plastischen Eindruck.

Augusta Conchiglia

Wiederaufbauhilfe: Brücke der Freundschaft



In der neuen Schlacht des nationalen Wiederaufbaus, die Angola führt, erweist sich die kubanische Hilfe und Zusammenarbeit als genauso notwendig und wirksam wie während des zweiten Befreiungskrieges. Die Zahl der kubanischen Mitarbeiter erreichte November 1977, am zweiten Jahrestag der Unabhängigkeit, 2000 Facharbeiter, mittlere Techniker und Führungskräfte. Diese Mitarbeiter, die genau denselben Lohn wie vorher in Kuba verdienen, bleiben durchschnittlich ein Jahr in Angola; danach werden sie von anderen Freiwilligen abgelöst, die sich „zu Tausenden bewerben“, wie uns der kubanische Verantwortliche für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Aufbaus gesagt hat. Alle Kosten der Beihilfe werden von der Regierung in Havanna getragen, mit Ausnahme der Ausrüstung, der Verpflegung und der Unterbringung der Mitarbeiter, welche von Luanda gestellt werden.

Neuanfang im Bausektor

Zur Zeit zählt der Bereich des Bauwesens und der öffentlichen Arbeiten die meisten kubanischen Mitarbeiter. Diese Unterstützung wurde im Juli 1976 während des Besuchs von Präsident Neto in Kuba vereinbart. In diesem ökonomischen Zweig war der Verlust von Kadern besonders dramatisch: Es blieben nicht mehr als 60 von 700 (hauptsächlich Portugiesen). Nach einer Untersuchung, die den Bedarf festgestellt hatte, landeten Anfang des Jahres 1977 mehrere Hundert Ingenieure, Architekten, Zeichner, Verwaltungsfachleute und Facharbeiter in Angola. Drei Monate später werden auf 328 Baustellen 2500 Wohnungen, 21 Schulen und 122 wichtige Gebäude (Krankenhäuser, Hotels, Kaufhäuser, Kindergärten, Kinos und Geschäfte) gebaut. Darüber hinaus werden (nach dem Stillstand, der der Flucht der Portugiesen folgte) 118 Industrieunternehmen und 4 Wasserleitungen restauriert oder weitergebaut. Schließlich werden im Augenblick neun neue Straßen entworfen, 50 andere werden wiederhergestellt und der Wiederaufbau von 13 Brücken, die während des Krieges zerstört worden waren, wird in den nächsten Tagen beginnen.

Da dieser Zweig während des Kolonialismus in privaten Händen war, fehlte in Angola außerdem eine kompetente zentrale Planungsinstanz. Die Kubaner haben ihre Hilfe und Erfahrung mitgebracht, um dem Land ein Ministerium des Bauwesens zu verschaffen, das schon jetzt über genug Arbeitskräfte und Material verfügt, um die Initiativen und Aktivitäten im ganzen Land planen, realisieren und koordinieren zu können. Und natürlich ist in diesem wie in allen anderen Zweigen die Ausbildung von Kadern Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit. Während 51 Angolaner zum Studium nach Kuba gegangen sind, erhalten die Arbeiter hier auf der Baustelle eine theoretische und praktische Ausbildung.

Auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung war das erste kubanische medizinische Team, geschickt von Fidel Castro persönlich, seit November 1975 an der Arbeit. Es umfaßte vier Ärzte (einen Chirurgen, einen Orthopäden, einen Kinderarzt und einen Geburtshelfer) und vier Krankenschwestern derselben Fachgebiete. Andere folgten ab März 1976 in den Städten Saurimo, Benguela und Lobito. Heute füllen die Kubaner langsam das Vakuum aus, das die Abwanderung der 630 von insgesamt 700 Ärzten, die 1974 praktizierten, verursacht hatte. Sie arbeiten in 21 Krankenhäusern im Innern des Landes, nur dasjenige in Uige genießt die Unterstützung eines jugoslawischen Teams.

Insgesamt sind im Augenblick 317 kubanische „Arbeiter der Gesundheit“ in Angola am Werk, darunter 135 Ärzte. Sie führen durchschnittlich jeden Tag 1000 Operationen durch und geben jeden Monat 120 000 Konsultationen. Dank ihrer Mithilfe wurden 1 1/2 Mio Kinder während einer nationalen Kampagne gegen die Kinderlähmung geimpft. Ihre Mitarbeit erstreckt sich ebenso auf die zentralen Aufgaben in diesem Bereich, insbesondere auf die Statistik und die Seuchenbekämpfung. Schließlich studieren 2000 Studenten auf 15 technischen Schulen in 21 verschiedenen Fächern; die ersten der von den Kubanern ausgebildeten Krankenschwestern werden in den kommenden Wochen auf dem Lande eingesetzt und innerhalb von fünf bis sechs Jahren werden 300 bis 400 angolansische Ärzte — die an der Universität von

Luanda von kubanischen Professoren gehaltene Intensivkurse besuchen – imstande sein, zu praktizieren.

Ein anderes von der kubanischen Hilfe bevorzugtes Gebiet ist die **Zuckerindustrie**. Als die erste Mannschaft kubanischer Spezialisten nach Angola kam, war die Situation trostlos: zwei von vier Produktionseinheiten waren lahmgelegt, 300 portugiesische Ingenieure waren geflohen, es gab nirgends mehr eine Verwaltung noch eine technische Leitung, die angewandte Technik war beachtlich im Rückstand. Als die „Zafra“ (Zuckerernte) von 1976 beginnt, sind schon 50 Kubaner am Werk, bald gefolgt von 100 weiteren. Und mit der Verstaatlichung der Einheiten und dem Appell zur freiwilligen Arbeit, zu der Präsident Neto das Beispiel gibt, und bei der 6000 Arbeiter ihre Sonntage opfern, kann folgender Erfolg verzeichnet werden: 42 000 t werden produziert gegenüber 50 000 1974. Eine beachtliche Steigerung ist für 1977 vorgesehen, dann dürfte die „Zafra“ den absoluten Rekord von 1973 (72 000 t) erreichen.

In drei Jahren wird Angola die Autonomie auf dem Gebiet der Kader erreicht haben, sagte mir der kubanische Experte auf diesem Sektor. Und tatsächlich erhalten 2000 Arbeiter eine theoretische und praktische Ausbildung im agrarischen und industriellen Bereich; 200 angolanische Techniker arbeiten Schuler an Schulter mit ihren kubanischen Kollegen; 115 studieren an Fachschulen in Kuba, 11 besuchen die Universität von Havanna; 16 Arbeiter bilden sich an einer technischen Schule weiter; 22 Führungskräfte in Technik und Verwaltung besuchen Kurse in kubanischen Raffinerien; schließlich ist in Catumbela eine technische Schule mit kubanischem Unterricht eröffnet worden, die 77 angolanische Studenten unterrichtet.

Die Anwesenheit der kubanischen Spezialisten ermöglichte den Einsatz komplexer Maschinen bei der Zuckerrohrernte, von ihnen jede die Arbeit von 150 Menschen verrichten kann. Schon 40 % der Ernte in der Provinz Luanda ist maschinell geschnitten worden.

Echte Hilfe zur Selbsthilfe

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der **Fischerei** geht auf die ersten Tage von 1976 zurück. Während sie zunächst nur in den von der Regierung in Luanda kontrollierten Gebieten durchgeführt wurde, erstreckt sie sich seit dem Ende des Krieges auf die Regionen Benguela, Mocamedes und Porto Alexandre. Auch dort war die Situation dramatisch. Es waren kaum 300 von 1200 Fischerbooten geblieben, und nicht die besten. Aufgrund dieser Tatsache waren die Konservierungs- und Verarbeitungseinrichtungen an Land wegen fehlender Ausgangsprodukte weit entfernt davon, mit voller Kapazität zu arbeiten, wie mir der kubanische Verantwortliche Sequera Goncalves erklärte, der mit der Zusammenarbeit auf diesem Sektor betraut ist. Ausgehend von der besonderen Komplexität der anstehenden Probleme, ausgehend auch vom Erbe eines inkohärenten und vom Individualismus geprägten Systems ist die augenblickliche Phase noch durch eine geduldige Bestandsaufnahme der vorhandenen Ressourcen und Investitionsbedürfnisse charakterisiert. Gleichzeitig wird hier oder in Fachschulen in Kuba eine aktive Ausbildung von Kadern verfolgt. Havanna hat Angola zwei Schiffe zum Langustenfang angeboten, vorrangiges Ziel bleibt jedoch die Steigerung der Fangergebnisse der Arten, die zur Verbesserung der Ernährung der Bevölkerung bestimmt sind.

Schließlich muß von der kubanischen Zusammenarbeit auf dem wichtigen Gebiet der **Erziehung** gesprochen werden. In Cabinda bilden 12 kubanische Professoren Lehrer für die Berufsschulen im Innern des Landes aus. Nach dem Vertrag, der bei dem Besuch von Premierminister Lopo do Nascimento in Kuba geschlossen wurde, sind 200 Stipendien von Havanna an angolanische Studenten bewilligt worden. In Angola werden an 16 Schulen jedes Jahr 3000 bis 4000 Grundschulleh-

rer ausgebildet, was den meisten Kindern im schulpflichtigen Alter einen Schulbesuch erlaubt; der Lehrkörper dieser Schulen wird im Augenblick (innerhalb von zwei Jahren) von kubanischen Spezialisten vorbereitet. Die Unterstützung von Havanna ist in der Alphabetisierungskampagne, die am 11. November 1976 von Präsident Neto eröffnet wurde, ebenso wichtig. 2746 „Alphabetisierer“ sind in enger Zusammenarbeit mit den kubanischen Kadern ausgebildet worden. 216.000 Angolaner nehmen im Augenblick Alphabetisierungsunterricht, und man nimmt an, daß es im November 1977 zum zweiten Jahrestag der Unabhängigkeit mehr als eine halbe Million sein werden.

Die Anstrengung und Aufopferung der kubanischen Mitarbeiter werden hier von allen anerkannt. Und jeder macht sich die Worte zu eigen, die Fidel Castro an seine Landsleute während seines Besuchs in Angola richtete: „Ich kenne die Opfer, die Eure Arbeit mit sich bringt, von Euren Familien getrennt, fern von zu Hause und von denen, die Euch teuer sind. Unsere Zusammenarbeit mit dem angolanischen Volk, im Frieden wie im Krieg, erfordert Anstrengungen und Opfer. Haltet immer die Fahne des Internationalismus hoch; und versteht es, bescheiden zu bleiben. . . Jede siegreiche Revolution ist ein Beitrag zum Kampf aller Völker, und nur, wenn die einen mit den anderen zusammenarbeiten werden wir den Imperialismus besiegen können. . .“

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 144/19. 9. 1977)

Internationale Brigade Che Guevara

In Angola beginnt am 1. April 1978 das neue Schuljahr. Rund 1 Mio Schüler sind in der Grundschule angemeldet, und es fehlen rund 1 000 Lehrer. Diese Lehrer sind auch in Kuba nicht verfügbar, Kuba hat selbst noch große Probleme mit Lehrern. Es wurde aber ein Ausweg gefunden: In diesem Winter haben 4 815 junge Kubaner das erste Semester ihres Universitäts-Studiums begonnen, und zwar in einem der Fächer, die in Angola gebraucht werden. Es wurde nun die Internationalistische Pädagogische Abteilung Che Guevara gegründet, die 1 000 Erstsemester umfaßt, und zwar nur freiwillige. Diese Erstsemester werden ihr erstes Semester in Kuba beenden und dann in Angola für ein Jahr unterrichten, wo sie gleichzeitig ihr Studium fortführen. Da die Belastung ziemlich groß ist, wird Ihnen der Schulunterricht im späteren Studium in Kuba (der zur Ausbildung gehört) teilweise erlassen – eine wichtige Aufgabe, aber mit viel Anstrengungen und Entbehrungen verbunden. Auch müssen die Freiwilligen eine Reihe von Bedingungen erfüllen. Von den 4 815 Studenten haben sich in kürzester Zeit 4 635 als Freiwillige gemeldet.

Dies überrascht nicht, wenn man berücksichtigt, wie Aufrufe zur internationalistischen Hilfe in Kuba von der Bevölkerung aufgenommen werden. Als vor einiger Zeit eine 500 Mann starke Bauarbeiter-Brigade für die Arbeit in Vietnam aufgestellt wurde, meldeten sich innerhalb von drei Tagen mehrere Tausend kubanische Bauarbeiter. Das Ministerium wurde mit Briefen, Telegrammen und Anrufen überschwemmt. Und als Freiwillige für den militärischen Einsatz in Angola ausgesucht wurden, meldeten sich hunderttausende von Kubanern. Für jeden Kubaner, der in Angola gekämpft hat, blieben 30 weitere Freiwillige in Kuba zurück. Auch diese Angaben zeigen deutlich, wie der proletarische Internationalismus in der kubanischen Bevölkerung verankert ist und welche breite Unterstützung die Maßnahmen der Kubanischen Kommunistischen Partei finden. **H. E. Gross**

Hinweis: Im letzten „Informations-Dienst“ der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA erschien u. a. die vollständige Fassung des Interviews von Barbara Walters mit Fidel Castro in deutscher Sprache. Mitglieder erhalten diesen Info-Dienst kostenlos, Nicht-Mitglieder können ihn gegen 3,- DM in Briefmarken bestellen. Weiterhin ist die Übersetzung eines Berichtes des kubanischen Gesundheitsministeriums über den aktuellen Stand des Gesundheitswesens in Kuba erhältlich (80 DIN A 4-Seiten). Dieser kann auch für 3,- DM in Briefmarken bezogen werden. Bestellungen an: Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA, Postfach 3103, 48 Bielefeld 1

Miguel U. Rodrigues

Destabilisierung der peruanischen Revolution (2. Teil)

Der zweite und abschließende Teil der Einschätzung (der 1. Teil wie weitere aktuelle Beiträge bzw. Dokumente finden sich in AIB, Nr. 12/1977) des Lateinamerika-Sonderkorrespondenten der portugiesischen Zeitung O Diário, Miguel Urbano Rodrigues, befaßt sich mit den wirtschaftlichen und außenpolitischen Aspekten des Rückentwicklungsprozesses der peruanischen Revolution. Er geht den Ursachen und Methoden der Ausschaltung linker Militärs nach und untersucht die, durch die jüngsten Massenaaktionen nur bestätigte, hoffnungserweckende Formierung der demokratischen Bewegung Perus.

Im November 1976 wurde in Arequipa eine Exekutivkonferenz (CADE 76) durchgeführt, die Dutzende ausländische Journalisten in diese peruanische Stadt lockte. In Washington, London, Paris, Bonn und Rom verfolgte die Presse dieses Ereignis mit besonderer Aufmerksamkeit und bedachte es mit lobenden Kommentaren.

Einige der dort von peruanischen Großunternehmern gehaltenen Reden wurden bereits veröffentlicht; diese soziologischen Dokumente sind für das Verständnis dessen, was die derzeitige peruanische Regierung die „zweite Phase der Revolution“ nennt von großer Bedeutung.

Das Lieblingsthema der Bourgeoisie

Der Kampf gegen die Sicherheit der Arbeitsplätze war das Lieblingsthema der Unternehmer: „Ehren wir die Arbeit, das Bemühen der Menschen, Reichtum zu schaffen, die unmittelbare Erfüllung göttlichen Gebots. Die Arbeit ist jetzt ein Privileg, das durch denjenigen mißbraucht wurde, der unverdient über einen stabilen Arbeitsplatz verfügt, während sein Bruder arbeitslos oder unterbeschäftigt ist.“ Boris Romero Achinelli erklärte: „Die Sicherheit des Arbeitsplatzes hat sich erheblich zuungunsten der Produktivität ausgewirkt, sie an gefährliche Grenzen stoßen lassen; sie fördert die Disziplinlosigkeit und die Unordnung. Und diese Situation schränkte die Möglichkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze ein.“ Gabriel Lanatta Piaggio sagte: „Es läßt sich leicht beweisen, daß der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit in den Nationen zu finden ist, in denen der Arbeiter keine andere Garantie für die Sicherheit seines Arbeitsplatzes hat als seine eigene Leistungsfähigkeit.“ Carlos Montori protestierte: „Es ist allgemein bekannt, daß dem Bergarbeiter die besten wirtschaftlichen und Arbeitsbedingungen gewährt wurden, obwohl dies technisch gar nicht zu rechtfertigen war.“ Juan Tudela erinnerte: „Was das Gesetz über die Sicherheit des Arbeitsplatzes angeht, so hat der Industrieverband den zuständigen Behörden Dokumente übergeben, in denen er die Auffassung vertritt, daß die einzige Arbeitsplatzstabilität, die gebraucht wird, die Stabilität der Zahl der Arbeitsplätze ist.“

Diese Reden hätten ebenso von Führern der CIP in Portugal gehalten werden können. In Arequipa waren sich die perua-

nischen Großunternehmer darüber einig, daß der Rückgang der Produktion auf staatliches Einwirken auf den Arbeitsmarkt und insbesondere auf das Gesetz über die Sicherheit des Arbeitsplatzes und das Gesetz über die Industriegemeinschaft zurückzuführen sei. Beide Gesetze hätten das Autoritätsprinzip beseitigt und die Anarchie in den Betrieben heraufbeschworen.

Die „zweite Phase“ der Revolution laut Bermudez

Die vom Peruanischen Institut für Unternehmensverwaltung organisierte CADE 76 wurde vom Ministerpräsidenten, General Guillermo Arbulo, eröffnet und mit einer sehr wichtigen Rede des Präsidenten der Republik, General Morales Bermudez, beendet. Beide identifizierten sich mit der Generallinie der Diskussionen, die unter dem Motto „Wirtschaftlicher Aufschwung – eine nationale Herausforderung“ standen. Das Gesetz über die Sicherheit des Arbeitsplatzes wurde bis heute nicht außer Kraft gesetzt, aber die Regierung hat bereits ihre Absicht bekundet, das Gesetz über die Industriegemeinschaft in dem Sinne zu ändern, daß die „Macht derjenigen Gesellschafter, die die unternehmerische Initiative übernommen und das Kapital eingebracht haben sowie die Verantwortung für die Risiken übernehmen“, erhalten bleiben soll.

Der Präsident versuchte das Land zu überzeugen, daß die „zweite Phase der Revolution“ keinen Bruch mit dem ursprünglichen Konzept darstelle. Er verteidigte die – unmögliche – Vereinbarkeit der sogenannten „ideologischen Grundlagen der peruanischen Revolution“ mit Lösungen, die die Kapitulation vor den Forderungen des Imperialismus und der peruanischen Großunternehmer bedeuten. Konkret sagte er: „Das Wachstumstempo der öffentlichen Unternehmen war in den letzten Jahren zu hoch, und zwar nicht nur im Bezug auf die wirtschaftlichen Ziele der Regierung und die Notwendigkeit der erhöhten Produktion lebenswichtiger Güter, sondern im besonderen was die realen Möglichkeiten des Landes angeht. Das führte zu einem übermäßigen Anwachsen der Verschuldung der Unternehmen, was sich auf die Produktionskosten, auf das gesamte Bankwesen und auf die finanziellen Kapazitäten des privaten Sektors auswirkt. Die Kreditmöglichkeiten wurden eingeschränkt, die Verschuldung nahm zu.“

Der wichtigste Beitrag der CADE 76 kam vom Wirtschaftsminister Luis Barua Castaneda, der das „Programm für den wirtschaftlichen Aufschwung“ vorstellte. Es ist sowohl eine kritische Analyse der Revolution, eine Zusammenfassung der „Aufschwungsstrategie“ als auch eine Skizzierung der Zukunftsperspektiven. Die Grundlagen des Programms sind: Aktivierung und Stärkung des privaten Sektors; Anreize für die Bauwirtschaft und die verarbeitende Industrie; Ausgleich der staatlichen Finanzen und Reduzierung der öffentlichen Verschuldung; Förderung der Spartätigkeit und Schöpfung von Mitteln für direkte Investitionen. 1977 soll es zu einer

Veränderung der Prioritäten kommen. Die dem öffentlichen Sektor zur Verfügung stehenden Devisen sinken von 804 Mio Dollar auf 685 Mio. Der private Sektor erhält 1,076 Mrd Dollar (196 Mio mehr als 1976). Barua vermied es grundsätzlich, Kritik an der Wirtschaftspolitik unter Velasco Alvarado zu üben. Er beschränkte sich darauf zu betonen, daß die „expansionistische Wirtschaftspolitik“ der Jahre 1970–1975 „eine Antwort auf den sozialen und wirtschaftlichen Nachholbedarf des Landes war. Er erkannte an, daß diese Antwort wegen der Besonderheit der Probleme des Landes auf breiter Front gegeben wurde: Veränderungen zur Umverteilung des Nationaleinkommens und zum Ausbau der öffentlichen Dienste für soziale und wirtschaftliche Zwecke; große Anstrengungen bei den Investitionen im Bereich der produktiven Infrastruktur des Landes und Aufrechterhaltung der Wachstumsraten in den grundlegenden Wirtschaftsbereichen. Allerdings erklärte Barua nicht, daß diese Politik entscheidend gegen imperialistische Interessen gerichtet war und die Macht der alten Agraroligarchie zerstörte; mit keinem Wort sprach er von der Dynamik des Klassenkampfes, der sich mit dem Gesetz über die Sicherheit des Arbeitsplatzes und dem Gesetz über die Industriegemeinschaft entwickelte. Die revolutionäre Politik, die die Verstaatlichung und die Agrarreform ermöglicht hatte, bedachte er mit nur indirekter Kritik. „Wir müssen erkennen“, sagte er, „daß es in dieser Periode zu Verzerrungen sowohl im Bereich des privaten als auch des öffentlichen Konsums kam, daß im privaten Sektor nur unzureichend investiert wurde und unsere Außenhandelsituation sich verschlechterte.“

Ein akzeptables Risiko

„Sie können die Wirtschaftspolitik der Velasco-Regierungen nicht öffentlich angreifen“, sagte mir einige Tage später ein peruanischer General, „weil Morales Bermudez fünf Jahre lang als Wirtschaftsminister für diese Politik verantwortlich war. Bis 1973 war der Erfolg außergewöhnlich. Selbst die Spitzenleute des Internationalen Währungsfonds fanden keine Argumente gegen uns. Das Brutto sozialprodukt wies eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 6 % auf. Die Handelsbilanz hatte 1970 einen Positivsaldo von 334 Mio Dollar, die Zahlungsbilanz von 257 Mio. Die peruanischen Devisenreserven erreichten Rekordhöhen. Noch im Jahre 1973 schloß die Handelsbilanz mit einem Positivsaldo von 78,8 Mio Dollar ab und die Zahlungsbilanz mit 13 Mio. Zwar nahm die Auslandsverschuldung zu. Aber die Kredite flossen in Investitionen, die eng mit den revolutionären Ver-

änderungen zusammenhängen. In diesen Jahren nahm der öffentliche Sektor gewaltige Ausmaße an. Milliarden Dollar, die in die Petroperu (staatliche Ölgesellschaft, d. Red.), in den Bergbau, in den Bau großer Staudämme und Bewässerungsprojekte, in das Bildungswesen und das Transportwesen investiert und für den Import von Investitionsgütern ausgegeben wurden, trugen zu revolutionären Veränderungen in der peruanischen Gesellschaft bei. Wir benutzten das ausländische Kapital zum großen Teil, um die Abhängigkeitsverhältnisse zu beenden, um gegen die Vorherrschaft einer Klasse zu kämpfen, um die amerikanischen Monopole aus weiten Bereichen zu vertreiben und sie in anderen zu schwächen. Ich war Minister in Velascos erster Regierungsmannschaft. Diese Art von Auslandshilfe habe ich immer verteidigt. Es war ein akzeptables Risiko. Aber vergleichen Sie dies mit der Gegenwart. Wir investierten damals in die Zukunft; heute investieren sie in ein Projekt, dessen Ziel die Rückkehr in die Vergangenheit ist . . .“

Kredite, um Löcher zu stopfen

Die Reden des Staatspräsidenten, des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers von Peru in Arequipa ähneln in Form und Inhalt den jüngsten Reden des portugiesischen Ministerpräsidenten (Mario Soares, d. Red.) und seiner wichtigsten Mitarbeiter. Der Hauptunterschied besteht jedoch darin, daß General Morales und Dr. Barua in Washington als brillante Ökonomen angesehen werden, Mario Soares dagegen mit wirtschaftlichen Angelegenheiten nur sehr wenig vertraut ist. Aber es fällt auf, daß sehr ähnliche Auffassungen zugrundeliegen.

Die peruanische Auslandsverschuldung ist bereits höher als die portugiesische. 1976 übersteigt das Handelsbilanzdefizit bereits 700 Mio Dollar und das Zahlungsbilanzdefizit dürfte auf über 600 Mio ansteigen. Barua führte an, daß die (kapitalistische) Weltwirtschaftskrise zum „Ansteigen der Preise der von uns importierten Produkte und zum Rückgang der Nachfrage nach unseren Exportgütern geführt hat, wodurch eine Variable hinzukommt, die sich unserer Kontrolle entzieht.“ Zwar war die imperialistische Einkreisung entscheidend für die hohen Defizite nach 1974, als Velasco nur noch ein Schatten des Soldaten war, der sich weigerte, die persönlichen Vertreter Nixons auf ihrer imperialistischen Missionsreise durch Lateinamerika zu empfangen. Zwar haben das Absinken der Preise für peruanische Erze und die direkten und indirekten Boykottmaßnahmen gegen die Exporte die äußerst empfindliche Handelsbilanz aus dem Gleichgewicht gebracht. Aber es ist nicht wahr, daß die „zunehmende Nutzung ausländischer Kredite“ im Rahmen des „Programms für den Aufschwung“ die peruanische Wirtschaft in Richtung auf eine Expansion wiederbeleben kann, um „dauerhafte Ziele“ zu erreichen.

Auf dem Treffen von Arequipa hat Dr. Barua Castaneda siegessicher verkündet, daß er Kredite im Wert von 410 Mio Dollar zur teilweisen Deckung des Zahlungsbilanzdefizits erhalten könne. Wenige Tage später begab er sich auf eine Reise durch die kapitalistische Welt und die Presse berichtete, daß außer den USA die EG, Kanada, die Schweiz und Japan bereit sind, Peru zu helfen, weil die Politik der Regierung Morales das Vertrauen „der internationalen Finanzkreise“ findet. Die Verschuldung geht also weiter, ja sie hat sogar zugenommen. Die „Hilfe“ fließt allerdings woandershin: Die Kredite sind nicht mehr für den öffentlichen Sektor oder für große Infrastrukturvorhaben bestimmt; jetzt dienen die Dollars vor allem zur Finanzierung von Lebensmittelimporten und zur Bereicherung der Industriebourgeoisie. Wie in Portugal stopfen sie Löcher in der Handelsbilanz und verringern beunruhigende Defizite. Unerwähnt läßt der Minister die (von westlichen Agenturen verbreiteten)



Anfang der 70er Jahre enteignete Zuckermühle

Klauseln, wonach die Verwendung der Kredite für Direktinvestitionen von Washington genau kontrolliert wird. Wesentliche Korrekturen erhielt die Strategie der kapitalistischen Wiederbelebung vom Internationalen Währungsfonds (IWF).

Das „Programm für den Aufschwung“ enthält keine originellen Elemente. Es ist ein altes Rezept mit allen traditionellen Zutaten des IWF und der Weltbank. General Morales will in Peru alte Formeln erneut erproben, die von den Wirtschaftswissenschaftlern des IWF schon auf Taiwan, von Roberto de Oliveira Campos in Brasilien und von Krieger Vasena in Argentinien angewandt wurden. Das Ergebnis der Zaubereien dieser Finanz-„Weisen“ ist bekannt: Das argentinische Wunder ist nie aus dem Ei geschlüpft; das brasilianische äußert sich in einer Auslandsverschuldung von 28 Mrd Dollar, stützt sich auf den gigantischsten Repressionsapparat in ganz Lateinamerika und der Reallohn der brasilianischen Arbeiter ist heute um 30 % niedriger als 1964.

Die Antiinflationpolitik wird in Peru nicht die versprochenen Ergebnisse erzielen. Die verschiedenen Abwertungen (der Dollar, der zu Beginn der Revolution 43 Soles wert war, ist heute 68 Soles wert) verteuerten die Importe und damit viele lebenswichtige Güter, aber sie brachten nicht die erwartete Belebung des Exports. Statt der verkündeten Stabilität der Währung kommt es zu ihrem immer schnelleren Verfall. Auf dem – vorher unbekanntem – schwarzen Markt wird der Dollar schon zu 100 Soles gehandelt.

Auch die Antwort der Werktätigen auf die „Strategie des Aufschwungs“ fiel nicht wie erwartet aus. General Morales vergaß, daß Peru nicht Taiwan ist. Kein Dekret alleine kann Errungenschaften beseitigen, die in sieben, durch tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Veränderungen gekennzeichneten Jahren verwirklicht wurden. Das Dekret, das die Verstaatlichung der Fischereiflotte teilweise wieder rückgängig machte, kam der Regierung teuer zu stehen. Nach Schätzungen betrug der Schaden mehr als 90 Mio Dollar. Die Fischer weigerten sich, die Reprivatisierung der Schiffe hinzunehmen. Sie fuhren nicht mehr aus, und es kam zu einem heldenhaften Streik, der von Millionen Werktätigen unterstützt wurde.

Die chilenische Bedrohung

Als Morales Bermudez mit Hilfe der einflußreichsten Kommandeure des Heeres an die Macht gelangte, glaubte man paradoxerweise, die Revolution werde einen entscheidenden Schritt nach vorn tun. Die Agrarreform, die Verstaatlichungen sowie die Reform des Privateigentums überhaupt hatte zu einer Verschärfung des Klassenkampfes geführt. Aber in weiten Bereichen der peruanischen Gesellschaft veränderte sich der Akkumulationsprozeß nicht wesentlich. Aufgrund der Besonderheiten des Prozesses führte die Mitbestimmung zu einem härteren Zusammenstoß der Klassen und wurde von der Bourgeoisie als eine unerträgliche Bedrohung betrachtet. In einigen Betrieben beläuft sich der Anteil der Arbeiterschaft auf 40 % des Gesamtkapitals.

Als die Regierung die Verstaatlichung des Marcona-Konzerns in Angriff nahm, griff der amerikanische Imperialismus erneut zu einer chilenischen Taktik. Es kamen viele Marconas zum Vorschein. Eine betrieb die Förderung des Erzes, eine andere verfügte über die Transportschiffe und eine dritte verkaufte und finanzierte. Ein Krake mit vielen Fangarmen. Und ein Mechanismus, der zum internationalen Boykott des peruanischen Erzes führte.

„Eine Revolution mit so empfindlichen Stellen wie die unsere durfte nicht stehen bleiben“, sagte mir ein General und Anhänger Velascos. Aber um weiter vorwärtszuschreiten, mußte es zum revolutionären Bruch und zu einer klaren sozialistischen Orientierung kommen. Und das hieß: Konfrontation



Gegen die Reprivatisierung streikende Fischer

mit dem Imperialismus. Velasco war dazu nicht mehr in der Lage. Morales erschien als die große Hoffnung. Aber er war die große Enttäuschung.

„Die Streitkräfte“, so die Meinung eines Obersten der neuen militärischen Linken, „ermöglichten und begleiteten den revolutionären Prozeß, solange er Prestige und die Unterstützung des Volkes brachte. Als der Preis der Revolution stieg, wären sie nur weitergegangen, wenn die Einheit im Kommando der Streitkräfte sehr fest gewesen wäre. Aber dies war nicht mehr der Fall. Washington verstand es, sehr geschickt die Gefahr eines Krieges mit Chile auszunützen. Nach und nach brachen die alten antikommunistischen Vorurteile wieder durch. Die Streitkräfte hatten zudem keine ideologische, politische und ökonomische Ausbildung.“

Ausschaltung linker Offiziere

Drei objektive Faktoren trugen zur raschen Verschlechterung der Situation bei: die Wirtschaftskrise, der drohende Krieg mit Chile und das Wiedererstarben der Rechten, ermöglicht durch die Liberalisierung (Gründung und Neuerscheinen rechter Zeitschriften, Rückkehr reaktionärer, von Velasco ausgewiesener Persönlichkeiten etc.).

Das Geschrei der Reaktion zeigte in den Kasernen Wirkung. Sodann lieferte Barua, ein ziviler Technokrat, geschickt die Argumente für eine globale Infragestellung des Prozesses. Systematisch wurde die Schuld für alle Mißerfolge der Revolution in die Schuhe geschoben. Der ganze reaktionäre Abschaum des Landes begann, die Werktätigen und die Militärs für die Fehler in Peru verantwortlich zu machen. In dieser Phase des Jonglierens und des Übergangs (als man noch von Sozialismus sprach) stießen die ersten Notmaßnahmen auf die entschiedene Opposition eines bedeutenden Teils des Offizierskorps. Die Privatunternehmer wurden verpflichtet, 90 % der Gewinne zu investieren. Das Streikrecht wurde erfolgreich verteidigt.

Im Juli 1975 wurde zwar ein rechter Putschversuch unter der Führung von General Bobbio Centurion von der Armee niedergeschlagen (siehe 1. Teil, in AIB 12/1977), doch wurde

dadurch dem Zerbrechen einer prekären Einheit der Streitkräfte, die nur noch Fassade war, die Tür geöffnet. Die Marine verließ den Hafen von Callao und ließ Morales wissen, daß sie Lima bombardieren werde, wenn Ministerpräsident Fernandez Maldonado nicht aus dem Amt entfernt werde. Die Kommandeure des Heeres entsprachen der Forderung. Maldonado trat zurück, ohne sich zu äußern. Das mußte zu diesem Zeitpunkt unerklärlich sein. „Fernandez Revolution“, wie das Volk ihn nennt, zog sich schweigend zurück, weil der Präsident und die Kommandeure des Heeres auf das Schreckgespenst Chile verwiesen. Die Furcht vor einem Krieg zwischen den Militärs ist zur Zeit so groß, daß Maldonado glaubte, durch sein Schweigen zur Einheit der Kräfte gegenüber einem potentiellen, verhaßten Feind beitragen zu können.

Zum besseren Verständnis der Situation sei daran erinnert, daß in den peruanischen Kasernen die Parole *Muera Chile* (Tod für Chile) seit dem von der chilenischen Bourgeoisie (auf Drängen des britischen Imperialismus) 1879 entfachten Aggressionskrieg lebendig ist. Der Krieg kostete Peru damals den Hafen von Arica und die Provinz Tarapaca und brachte eine außergewöhnlich harte chilenische Besatzung. Bolivien bezahlte einen noch höheren Preis: Antofagasta, den ganzen Küstenstreifen und die reichsten Kupfervorkommen des Kontinents. Die kaum bekannten Widersprüche des peruanischen Prozesses sind so komplex, daß die Gefahr des Krieges nicht nur negative Aspekte aufweist. Die Möglichkeit eines Konflikts mit dem Nachbarland, d. h. mit dem faschistischen Pinochet-Regime, hat auch eine gewisse Bremswirkung auf die Fahrt nach rechts. Obwohl der amerikanische Imperialismus der neuen peruanischen Mannschaft vertraut, mißtraut er den peruanischen Streitkräften als Ganzes. Washington verfügt über sehr genaue und aktuelle Informationen über die Stimmungen und Auffassungen in den Kasernen von Lima und der einzelnen Regionen. Der amerikanische Botschafter Robert Dean, ist so eng mit der CIA verbunden, daß sein Name unter dieser Organisation im internationalen „Who's who?“ verzeichnet ist.

Bremswirkungen auf der Fahrt nach rechts

Das Prestige Velascos oder besser die Sehnsucht nach den großen Tagen der Revolution wird unter den jungen Offizieren immer stärker. Der peruanische Offizier ist von seiner Ausbildung her konservativ; aber die Geschichte kann zum Verständnis der Stimmung in den peruanischen Streitkräften beitragen. In wenigen Armeen des Kontinents ist die Abneigung gegen die amerikanischen „Gringos“ so groß und ein so glühender Patriotismus vorhanden.

Als die USA gegen Velasco kämpften, veranlaßten sie Pinochet, den Dialog mit Bolivien über dessen Zugang zum Meer wiederanzuknüpfen, um so ein diplomatisches – und somit auch militärisches – Grenzproblem mit Peru zu schaffen. Dies ist einer der Gründe für die herzlichen Beziehungen der Regierung in Lima mit den sozialistischen Ländern. Mit der Unterstützung und dem Dank der fortschrittlichen Kräfte Perus und ganz Lateinamerikas liefert die Sowjetunion Peru weiterhin die Waffen, die es benötigt, um sich einer eventuellen Aggression des chilenischen Faschismus erwehren zu können, der das militärische Abenteuer sucht, um von seinen sozialen und wirtschaftlichen Mißerfolgen abzulenken. Die T-55-Panzer des peruanischen Heeres und die hypermodernen Kampfflugzeuge, die die Luftwaffe als Antwort auf die Rüstungseskalation Chiles hin erwarb, stammen aus der Sowjetunion. Gleichzeitig stellen die Handelsbeziehungen mit dem sozialistischen Lager einen sehr positiven Faktor dar. Peru ist außer Kuba das einzige Land in Lateinamerika, dem es gelungen ist, sich der imperialistischen Hegemonie im Handel zu entziehen. Rund 25 % seiner Exportprodukte

werden von den sozialistischen Staaten und vor allem von der Sowjetunion gekauft.

Während Washington den Boykott des peruanischen Erzes durch die Marcona billigte, während die (später enteignete und dann des Landes verwiesene) Gulf Oil zugab, hohe Beamte bestochen zu haben, um Vergünstigungen zu erhalten, während Brasiliens Präsident Geisel offen drohte, zahlte die Sowjetunion Festpreise für das gelieferte Erz, baute die UdSSR in Paita den modernsten Fischereihafen Amerikas und lieferte Waffen zum Schutz der peruanischen Grenzen gegen den aggressiven chilenischen Faschismus. Allein der Vergleich zwischen der Politik des sozialistischen Lagers und der Politik Washingtons und seiner Verbündeten kann dazu beitragen, in Peru das Programm von Arequipa zur kapitalistischen Wiederbelebung zu diskreditieren und lächerlich zu machen.

Bündnis Volk - Armee

Dunkle Wolken haben sich über Peru zusammengezogen. Aber die Hoffnung, die die Volkskräfte für die Verteidigung der Errungenschaften erfüllt, ist groß. Sie ist in den Herzen der Werktätigen tief verwurzelt. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund CGTP hat heute viermal mehr Mitglieder als die der APRA (Volksallianz) nahestehende CTP (Gewerkschaftsverband der Werktätigen Perus, d. Red.), die Speerspitze des Imperialismus, die zu Beginn der Revolution noch die einzige Gewerkschaftszentrale des Landes war. Das Gesetz über die Sicherheit des Arbeitsplatzes ist weiterhin in Kraft. Und einen Monat nach dem Treffen von Arequipa hat die Regierung ihr Projekt zur Zerstörung der Industriegemeinschaften noch immer nicht konkretisiert. Das Gesetz wurde noch nicht verabschiedet und es ist zu erwarten, daß Morales in vielen Punkten nachgeben muß.

In diesen schwierigen Tagen wächst das Ansehen der Peruanischen Kommunistischen Partei unter den Massen, und ihre Losungen finden in den Bergwerken, in den Fischereigenossenschaften und den Bauerngenossenschaften, in den Häfen und Fabriken ein immer stärkeres Echo. Sie ist die Partei der Einheit und der Hoffnung.

Die Partei Mariateguis begehrt nicht den Fehler, die gegenwärtige Politik der kapitalistischen Wiederbelebung, wie sie in den Thesen Baruas zusammengefaßt ist, mit der Gesamtheit der Streitkräfte zu verwechseln. Sie ist sich völlig bewußt, daß das Bündnis Volk – Streitkräfte (der Begriff war in Peru vor dem 25. April 1974 in Portugal geläufig) der Motor der Revolution war. Sie weiß, daß die großen Veränderungen in der peruanischen Gesellschaft nicht ohne die demokratischen Militärs verteidigt und erweitert werden können. Diese Politik läßt sich in fünf Punkten zusammenfassen: 1. Verteidigung der Errungenschaften der Revolution, Stärkung und Vertiefung des Prozesses; 2. Verteidigung der bedrohten Freiheiten (Menschenrechte, Gesetz über die Sicherheit des Arbeitsplatzes, Industriegemeinschaften etc.); 3. Verteidigung und Stärkung der Gewerkschaftseinheit; 4. Verteidigung und Stärkung der antiimperialistischen und antioligarischen Einheit; 5. Kampf um die Demokratisierung der Regierung.

Das peruanische Volk wird siegen

In Peru ist die Hoffnung stärker als die – bei den Schwachen – aufgekommene Mutlosigkeit, die im Interesse von Kapitalisten, Großgrundbesitzern und Imperialismus die alte Politik wiederbeleben wollen. „Es gibt in diesem Land so viel zu verteidigen“, sagte mir in Huaral Alejo Hilario Camacachi (früher Bergarbeiter, heute ein angesehener Bauernführer) „daß jede gewonnene Schlacht bei der Verteidigung einer revolutionären Errungenschaft uns helfen wird, den großen

Marsch ins sozialistische Morgen wieder aufzunehmen.“ Camacachi, ein Veteran Tausender Schlachten gegen den Imperialismus, als die Cerro de Pasco noch Präsidenten ein- und wieder absetzte, hat recht. Das älteste Volk Amerikas kämpft zäh und voller Vertrauen gegen die Offensive, die der Imperialismus und die peruanische Bourgeoisie mit Hilfe einiger Elemente in den Streitkräften entfesselt haben, die unfähig sind, den tieferen Sinn der Geschichte zu verstehen.

Was in Chile möglich war, wird in Peru nicht möglich sein. Bis jetzt ist das Land noch in den Händen derer, die es bebauen. Man müßte Zehntausende Bauern ermorden, um das Land den alten Großgrundbesitzern wieder zurückzugeben. Die Fischer geben nicht nach. Die offiziellen Organisationen wie der Verband der Industriegemeinschaften (CONACI) und der Nationale Landwirtschaftsverband (CNA), die die Regierung manipulieren zu können glaubte, stellten sich gegen die Positionen des Staates und verteidigen die Interessen der Werktätigen und der Revolution. Leonidas Rodriguez, der im Volke am meisten geschätzte General und ehemalige Kommandant der 2. Militärregion, unterzeichnete ein Manifest, das die Gründung der Sozialistischen Partei (vgl. dazu AIB 12/1977, d. Red.) ankündigt. Dies ist kein Akt der Herausforderung und der Disziplinlosigkeit, sondern ein konsequenter Akt, der deutlich macht, daß in Peru die Kräfte des

Fortschritts den Weg zurück in die Vergangenheit nicht akzeptieren, daß sie sich den Gesetzen des IWF und dem Willen des US-Imperialismus nicht unterwerfen. Es ist keine sozialistische Partei nach dem Modell von Mario Soares. Es ist eine sozialistische Partei, die sich um die Einheit aller Kräfte und Parteien der peruanischen Linken bemüht.

Das nächste Jahr wird für Peru ohne Zweifel schwierig. Aber das Land wird den Großgrundbesitzern nicht wieder zurückgegeben wie in Chile. Standard Oil (heute EXXON) wird das Erdöl von Talara nicht wieder bekommen; Cerro, Grace, Marcona und Gulf werden nie mehr nach Peru zurückkommen! Die peruanischen Werktätigen, die Arbeiterklasse, die Bauern und die Fischer werden die historischen Errungenschaften der Revolution verteidigen. Das uralte Land von Pachacutec, von Tupac Amaru, von Vallejo und Arguedas, von Mariategui und Velasco. Die faszinierendste Nation Amerikas wird im Kampf die Kraft, die Festigkeit und den Mut finden, die große Revolution zum endgültigen Sieg, zum Sozialismus zu führen.

Der Lauf der Geschichte hat die Worte Fidels überholt: „Ich grüße Dich, brüderliches Peru, freies Territorium von Amerika!“ Aber das peruanische Volk wird sie Wirklichkeit werden lassen.

(Quelle: O. Diário, Lissabon, 28. 12. 1976)

Panama

Jutta von Freyberg

Der Panamakanalvertrag und die Grenzen Torrijos'

Nach jahrelangen zähen Verhandlungen zwischen der US-Regierung und der panamaischen Torrijos-Regierung kam es endlich, am 7. September 1977, zur Unterzeichnung eines Vertrages, der nicht nur dem Volk von Panama ein Großteil seiner Souveränität über den Panama-Kanal zusichert. Vielmehr erklärt er auch den Hay/Bunau-Varilla Vertrag von 1903, auf dessen Grundlage sich die USA den Kanal und die Kanalzone territorial praktisch einverleibten, sowie alle folgenden den Kanal betreffenden Vereinbarungen für null und nichtig¹.

Vertrag „auf alle Ewigkeit“

„Auf alle Ewigkeit“ sei der Vertrag geschlossen; der Kanal sei „vollständig und endgültig amerikanisch“, so hatten die konservativ-reaktionären Gegner des Präsidentschaftskandidaten Ford im Wahlkampf erklärt und Ford beschuldigt, „die Interessen der USA preiszugeben“. Und obwohl sich die USA bereits am 7. Februar 1974 in einer Grundsatzerklärung verpflichtet hatten, den Kanalvertrag von 1903 durch einen neuen Vertrag zu ersetzen und obwohl von panamaischer Seite beträchtliche Kompromißbereitschaft bei den Verhandlungen gezeigt worden war, gelang es den Kräften um Ronald Reagan, das Weiße Haus so unter Druck zu setzen, daß immer neue Verzögerungen ein Scheitern der Verhandlungen anzukündigen drohten.

Die US-Regierung hatte es nun keinesfalls bei bloßer Verzögerungstaktik belassen. Wie so oft in der 75jährigen Geschichte Panamas versuchte Washington, die Regierung



Panamaischer Präsident Torrijos

Torrijos durch das Schüren innenpolitischer Konflikte zum Nachgeben zu zwingen. Auch ein Putsch – es wäre der 59. in Panamas Geschichte gewesen – lag durchaus nicht außerhalb der Erwägungen: Am 19. April 1977 z. B. hielten US-Truppen in der Kanalzone Manöver ab, die von Panamas Re-

gierung als „eindeutig provokatorisch“ eingestuft wurden. Im September waren Angehörige der US-Armee als Drahtzieher regierungsfeindlicher Demonstrationen und tagelanger Unruhen von ultralinken Studenten und reaktionären Kräften entlarvt worden. Ja, es wurden sogar Angehörige der US-Streitkräfte in der Kanalzone von panamaischen Sicherheitskräften dabei ertappt, als sie Demonstranten aufwiegelten und sich an Ausschreitungen beteiligten. Doch auch diesmal – wie schon beim Putschversuch gegen Torrijos im Jahr 1969 – scheiterten die CIA-Machenschaften an der breiten Unterstützung, die die gegenwärtige Regierung sowohl innerhalb der Nationalgarde als auch in großen Teilen der Bevölkerung genießt. Und diese Verankerung im Volk, die für Präsidenten Panamas eine durchaus einmalige Erscheinung ist, weil sie bisher allesamt Geschöpfe US-imperialistischer Interessen waren, ist in entscheidendem Maße dafür verantwortlich, daß der neue Kanal-Vertrag dem panamaischen Volk mehr Souveränität und nicht bloß Scheinzugeständnisse brachte.

Gewinn an Souveränität

Der Gewinn an Souveränitätsrechten spiegelt sich in folgenden Bestimmungen des Vertrages wieder:

- Alle vorausgegangenen Kanalverträge sind null und nichtig.
- Der neue Vertrag wird am 31. Dezember 1999 auslaufen. Danach wird Panama volle Verantwortung über den Kanal übernehmen. Alle US-Truppen und alles Kriegsgerät der USA müssen bis zu diesem Zeitpunkt aus dem Gebiet entfernt sein.
- Panama wird die Jurisdiktion über die Kanalzone innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags erhalten. Es wird sofort die Kontrolle über die Häfen Balboa im Pazifik und Cristobal im Atlantik übernehmen.
- Der Kanal wird von einer binationalen Körperschaft geleitet. Leitung und Betrieb des Kanals werden schrittweise von Panama übernommen.
- Drei Stützpunkte der USA werden für die Dauer des Vertrags in der Kanalzone bleiben. Für sie wird ein Vertrag ausgehandelt, der für US-Stützpunkte wie z. B. in Griechenland oder Spanien üblich ist.
- Die USA müssen Panama jährlich insgesamt 70 Mio Dollar Pachtzahlungen, Tonnagegebühren usw. – statt bisher maximal 2,3 Mio – zahlen.
- 70 % des Territoriums der gegenwärtigen Kanalzone wird nach Inkrafttreten des Vertrages an Panama zurückgegeben.
- In einem gesonderten Vertrag, einem Neutralitäts-Pakt, wird sich Panama verpflichten, den Kanal in Friedens- und Kriegszeiten allen Schiffen offen zu halten.
- Die USA behalten sich das Recht militärischer Intervention vor für den Fall, daß der Kanal von dritter Seite angegriffen wird.
- Der neue Vertrag, der Neutralitätspakt und der Status der Streitkräfte der USA in der Kanalzone beinhalten, daß die USA und ihre Truppen kein Recht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten Panamas haben und keine Atomwaffen anwenden dürfen.²

Bis zum Jahr 2000 wird also die Kanalzone, dieser „Dorn im Fleische Panamas“, verschwinden. Das beiderseitig des Kanals etwa 8 km breite Territorium, das unter Verwaltung des Pentagon steht, teilt Panama in zwei Teile. Die fast 60 000 Bürger dieser Zone unterliegen US-amerikanischer Gerichtsbarkeit. Die Kanalzone hat eigene Schulen, eigene Krankenhäuser, ein eigenes Post- und Fernmeldernetz, einen eigenen Zoll und eigene Polizei.

39 US-Monopole sind mit Zweigniederlassungen vertreten und genießen beträchtliche Steuervergünstigungen. Ihre Gesamtinvestitionen betragen in der Kanalzone 1,5 Mrd Dollar.

Entgegen den von der US-Regierung lancierten Zweckmel-



dungen, wonach der Panamakanal „seinen Preis nicht mehr wert“³ und eigentlich „ein Verlustgeschäft“⁴ sei, sind die wirtschaftliche Bedeutung wie die Einkünfte aus dem Panamakanal immer noch sehr groß. Auch wenn Supertanker den Kanal nicht durchqueren können, ist er doch für 95 % aller Ozeanschiffe noch benutzbar. Und so passieren durchschnittlich 15 000 Schiffe pro Jahr den Kanal.

Für einen Großteil der Seehandelslinien, die einst den Weg um das stürmische Kap Horn nehmen mußten, hat der Panamakanal immense Wegverkürzungen gebracht: So verminderte sich die Route von New York nach Valparaiso (Chile) um 8130 km, nach Tokio um 13 000 km und nach San Francisco sogar um 15 427 km. Die Route Havanna-Wladiwostok, Liverpool–Guayaquil (Ecuador) wird durch den Panamakanal fast um die Hälfte verkürzt. Die Kanalgebühren, die 1/10 bis 1/8 der Frachtkosten für die Route um Kap Horn ausmachen, haben der US-Kanalgesellschaft seit 1974 jährlich über 100 Mio Dollar eingebracht.

Profitbringender „Dorn im Fleische Panamas“

Doch die wirtschaftliche Bedeutung des Kanals ist nur die eine Seite. Mindestens genauso wichtig, wenn nicht – heute – sogar wichtiger (betrachtet man den neuen Vertrag) ist die Kanalzone als militärische Basis der USA:

Nach einem Interview der El Sol de Mexiko vom 17. August 1977 mit Sol Linowitz, einem persönlichen Referenten von Präsident Carter, haben die USA in der Kanalzone 22 Unterseeboot-Stützpunkte, 23 500 Soldaten und Offiziere, rund 9400 Kampf- und Unterstützungseinheiten sowie vier Verwaltungszentren stationiert. In der Kanalzone befindet sich das Hauptquartier des Südkommandos der US-Armee, das für Hilfsprogramme und Militärhilfen für Lateinamerika zuständig ist, die Kommandostellen Süd von Luftwaffe und Marine.⁵

Mit mehr als 20 US-Militärstützpunkten wurde die Kanalzone zum Ausgangspunkt für alle Anschläge gegen lateinamerikanische Staaten. In einigen der hier stationierten Militärschulen werden spezielle Sonderausbildungen durchgeführt. In Fort Sherman findet beispielsweise die Vorbereitung der „Ranger“ auf den Dschungelkrieg statt, in Fort Gulick das Training der „Green Berets“ für „Befriedigungsaktionen“ und den „stillen Krieg“ in Lateinamerika.

Auch andere Militärschulen und Stützpunkte wie Fort Davis, Fort Kobbe, Fort Clayton, Fort Amador, die Luftwaffenbasen Albrook, Howard, Coco Solo und der Marinestützpunkt Rodman sind als Ausgangspunkte für CIA-Aktionen, Putschversuche und Staatsstriche berüchtigt. Sie stellen eine permanente Bedrohung jeder antiimperialistischen Entwicklung in Lateinamerika dar. Und nicht von ungefähr wird das in Balboa Heights gelegene Hauptquartier Süd des Pentagon

von den Lateinamerikanern als „Akademie für Staatsstreich“ bezeichnet.⁶

Spezialtruppen von Armee und Polizei aus 16 verschiedenen Ländern Lateinamerikas werden hier technisch und ideologisch für den Kampf gegen die revolutionären Volksbewegungen ausgebildet. Diese strikt antikommunistisch geprägten „Antiguerrillas“ werden in ihren Heimatländern „regelrecht angeworben“, schreibt der österreichische Journalist Fritz Sitte. Dabei haben nur vier Regierungen Venezuelas, Brasiliens, Boliviens und Guatemalas ihr stillschweigendes Einverständnis für die Schaffung „einer Spezialexekutive“ erteilt, die außerhalb der nationalen Befehlsgewalt steht. Insgesamt sind hier seit Ende des Zweiten Weltkrieges mehr als 70 000 lateinamerikanische Soldaten ausgebildet worden. Darunter befanden sich über 150 Spitzenkader vom Oberbefehlshaber bis zu Ministern und potentiellen Diktatoren. Sechs von den höchsten Junta-Offizieren Chiles, aber auch General Torrijos durchliefen diese Schulen.⁷

Die US-Streitkräfte haben zwei moderne Flugplätze in der Zone errichtet, die auch die Landung schwerster Transportmaschinen wie der C 5A Galaxy gestatten. Hier starten auch die CIA-Maschinen der „Air America“, um die Kommandoeinheiten in ihre Einsatzgebiete zu bringen.⁸

Politik des „dicken Knüppels“

In der Tat: Der Kanalvertrag von 1903 war für die USA – wie der damalige US-Außenminister Hay zugab – „sehr befriedigend und vorteilhaft, aber – wie wir gestehen müssen – weniger vorteilhaft für Panama“⁹.

Von Seiten der USA wurde dieser wenig schöne Zug ihrer Außenpolitik stets damit gerechtfertigt, daß Panama zum Ausgleich dafür die Unabhängigkeit erhalten habe. Was verschwiegen wird, ist die Tatsache, daß es die USA waren, die in der einstigen Provinz Kolumbiens eine bislang einflusslose Separatistenbewegung unterstützten und zur Abtrennung von Kolumbien drängten, als der kolumbianische Kongreß im Jahre 1903 dem Kanalvertragsentwurf der USA Bedenken entgegenbrachte. Die Separatisten riefen Panama als eigenständigen Staat aus, der dann auch prompt von den USA anerkannt wurde. Mit einigen Kanonenbooten als Warnung gegen Kolumbien fabrizierten die USA eine „Revolution“ – und der Weg für den Vertrag war frei.

Schon Mitte des 19. Jahrhunderts waren erste Pläne für einen Kanal geschmiedet worden. In den 80er Jahren erwarb Frankreich die Konzessionen für den Bau eines Panamakanals. Leiter des Projekts war der berühmte Erbauer des Suez-Kanals, Ferdinand de Lesseps. Eine Aktiengesellschaft – wie viele andere Gesellschaften der damaligen Zeit ein Spekulationsobjekt – sollte die Finanzierung gewährleisten. Doch das Jahrhundert war noch nicht zu Ende, da hatte die Gesellschaft ihre 80 000 Kleinaktionäre um ihr Ersparnis gebracht. Hunderte von französischen Parlamentsabgeordneten waren – vergeblich – bestochen worden, um einer schließlich doch scheiternden Lotterie zur Finanzierung des Kanalbaus zuzustimmen. Frankreich mußte aus dem Rennen ausscheiden.

Nun traten die USA auf den Plan, und sie führten den Kanalbau zum Erfolg. Die Geschichte dieses US-Projekts und seiner Durchführung ist gewiß nicht ärmer an Abenteuern und Verbrechen als Frankreichs dilettantischer Versuch. Der Kanalbau kostete über 40 000 Arbeitern aus allen Teilen der Welt das Leben. Sie wurden schlechter als Sklaven gehalten, waren kaserniert, ohne ärztliche Betreuung, ohne sanitäre Einrichtungen aller Arten von Infektionskrankheiten, Schlangenbissen, Gelbfieber und den Gefahren der Sümpfe ausgesetzt.

Als am 15. August 1914 die Ancon als erstes Schiff durch den fertigen Kanal fuhr, war Panama ein geteiltes Land. Und so wie es nur durch die USA zu einer eigenen nationalen Exi-

stenz gelangte, blieb es lange Zeit abhängig von den USA und seinen Konzernen, insbesondere der berüchtigten United Fruit Company (heute United Brands).

US-Präsident Roosevelt, der während der Panama-Affäre in der Rolle des Weltpolizisten brillierte, der für Ruhe und Ordnung zu sorgen habe, hatte in Panama – wie in vielen anderen Ländern Lateinamerikas – mit der Politik des „Big Stick“ (dicken Knüppels) einen durchschlagenden Erfolg. US-General Smedley D. Butler, der 1914 die beiden mexikanischen Häfen Veracruz und Tampico in Beschlag genommen hatte, hat diese Politik anschaulich erläutert: „Ich habe 1914 fest mitgeholfen, Mexiko in ein sicheres Land für die US-Ölinteressen zu verwandeln, und habe dazu beigetragen, aus Kuba und Haiti saubere Landstriche zu machen, damit die Burschen aus National City Bank ungestört ihre Erträge einsammeln können. In Nicaragua habe ich mitgeholfen, für das Bankhaus Brown Brothers Ordnung zu schaffen, 1916 habe ich für unsere Zuckerindustrie in der Dominikanischen Republik alles geordnet, während ich 1903 für unsere Obstkonzerne in Honduras alle Schwierigkeiten beseitigte“¹⁰.

Irgendwelche Skrupel kannten die USA bei der Verfolgung ihrer ökonomischen Interessen nicht. Fritz Sitte beschreibt die Phase der US-Politik, die mit der Monroe-Doktrin 1823 eingeleitet wurde, sehr anschaulich: „Die Amerikaner unterstützten die blutigen Despoten und Diktatoren, Puerto Rico wurde einfach annektiert, und die Karibische See galt als US-Kolonie. Wesentlich war nur, daß die betreffende Regierung die Interessen der Amerikaner förderte, die Naturrohprodukte komplikationslos ausbeuten ließ, keine nennenswerte eigene Industrie errichtete und das Land für einen privilegierten Absatzmarkt der Amerikaner öffnete. Kriminelle Despoten – wie Trujillo in Santo Domingo, Somoza in Nicaragua oder Duvalier auf Haiti –, sie alle führten ein geradezu verbrecherisches Regime, blutrünstig und ungesetzlich, aber sie konnten mit Hilfe der Amerikaner ihre Macht behaupten – und sie waren der US-Politik gefällig und gewährten den US-Konzernen die gewünschten Privilegien“¹¹. Diese Privilegien hießen in Panama: Aneignung der Hoheitsrechte über die Kanalzone, ein Vertrag, der Panama mit einem Almosen abspeiste, und die Errichtung einer Freihandelszone in Colon im Jahre 1948, die diese Hafenstadt zum „Hongkong Lateinamerikas“ machte.

Der „Bananenkaiser“: United Fruit

Diese Privilegien galten vor allem für die United Fruit Company, die sich – um die Jahrhundertwende gegründet – bald in Mittelamerika eine derart starke Monopolstellung erkämpfte, daß sie für die jeweiligen Regierungen zum entscheidenden Machtfaktor wurde. Sie erzwang z. B. eine ihr genehme Steuerpolitik und Steuergesetzgebung und half notfalls mit einem Ernte- oder Transportboykott nach. Dabei war die „Politik des Weißen Hauses diesem Vorgehen des ‚Bananenkaisers‘ völlig angepaßt“¹².

Panama lebt auch heute noch zu 50 bis 60 % vom Bananenexport der United Fruit. Die Berechnung der Abgaben, die der Konzern der Regierung Panamas für ihre Produktion im Land und für den Export zu leisten haben, stellte schon immer einen kritischen Punkt für die Beziehungen dar, und war daher von jeher wichtiges Ziel der Einflußnahme der United Fruit. Bei der „Förderung“ von politischen Gruppen und Persönlichkeiten durch die United Fruit standen daher auch Absprachen über die Höhe der Steuern stets im Mittelpunkt. Damals wie heute ist die United Fruit über die intimsten Details der Regierungsmitglieder oder führender Politiker besser informiert als der Innenminister“¹³.

Durch die Aktienbeteiligung maßgeblicher US-Politiker waren seit jeher die Interessen des Konzerns mit denen der US-Regierung leicht in Übereinstimmung zu bringen und selbst

„massive politische, wirtschaftliche oder sogar militärische Aktionen“ der US-Regierung¹⁴ im Interesse der United Fruit ließen sich stets ohne Schwierigkeiten durchführen.

Die United Fruit beherrscht zu 90 % die Anbauflächen für das wichtigste landwirtschaftliche Erzeugnis Panamas, die Bananen. Sie allein beschäftigt 15 000 Landarbeiter. Durch ihren immensen Grundbesitz werden die agrarischen Besitzverhältnisse geprägt: 1971 verfügten 0,5 % aller landwirtschaftlichen Betriebe über 25 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche; dagegen verfügen 46 % aller Betriebe über weniger als 5 ha Land.

Nicht nur in der Landwirtschaft, auch in allen anderen wichtigen Wirtschaftszweigen nehmen US-Konzerne dominierende Positionen ein, sei es im Bergbau, im Stahl- oder Energiesektor. Die Erdölraffinerien gehören Tochtergesellschaften von US-Monopolen. Die meisten Banken werden von zwei großen US-Banken, der Chase Manhattan Bank und der First National City Bank, beherrscht. „Die wirtschaftliche Abhängigkeit ist so groß, daß Panama de facto nicht über eine eigene Währung verfügt. Der Balboa hat den gleichen Wert wie der US-Dollar und ist gleichberechtigtes Zahlungsmittel.“¹⁵

Als bewußt rückständig gehaltenes Agrarland weist Panama für die meisten Länder Lateinamerikas typische Merkmale auf: eine hohe Arbeitslosigkeit, hohe Kindersterblichkeit, niedrige Lebenserwartungen (1964 bei 33 Jahren), hohe Kriminalität. Das dichte Nebeneinander von unbeschreiblichem Massenelend und hohem Wohlstand in der Kanalzone, nur durch einen Zaun voneinander getrennt, hat scharfe soziale und politische Konflikte immer wieder provoziert – insbesondere in den 60er Jahren, als der antiimperialistische Befreiungskampf in Lateinamerika spürbar an Boden gewann.

Im Januar 1964 kam es in der Kanalzone wieder einmal zu den zahlreichen Provokationen, die der panamaischen Bevölkerung den „Dorn im eigenen Fleische“ erneut schmerzlich bewußt werden ließ: Hunderte von US-amerikanischen Studenten hielten am 7. Januar vor ihrer eigenen Schule in Balboa das Sternenbanner. Nachdem der Protest panamaischer Studenten, die die Hissung auch der Flagge Panamas verlangten, von den US-Behörden abgetan wurde, überkletterten panamaische Studenten, unterstützt von Eltern und Lehrern, den Zaun zur Kanalzone und stürmten auf das US-Gelände. Dies war für die Kanalpolizei und das Militär ein gewünschter Anlaß, um mit großer Brutalität gegen die Demonstranten vorzugehen. 21 Panamesen wurden getötet, Hunderte verletzt. Seither kam es immer wieder zu erbitterten Konflikten. Bei den Wahlen 1968 wurde mit Hilfe von Intrigen, Bandenkriegen, Korruption und politischem Mord seitens des CIA Arnulfo Arias, der schon zweimal – 1939 und 1949 – dem Weißen Haus seine Ergebenheit als Präsident bewiesen

hatte – an die Macht gebracht. Seine Amtszeit dauerte nur 11 Tage. Dann stürzten ihn in einem unblutigen Aufstand die Nationalgarde, die bisher jeden Präsidenten von US-Gnaden unterstützt hatte, vom Thron. Eine Militärjunta übernahm die Führung; General Omar Torrijos Herrera, einst Volksschullehrer, dann in der Kanalzone als begabter Offizier von den USA hoch qualifiziert, gehörte damals schon zur Führungsspitze.

In einem historischen Dokument vom 7. Mai 1970, das dem US-amerikanischen Senator Edward Kennedy übergeben wurde, begründete Torrijos seinen Schritt: Oligarchie, Militär und Kirche seien in Panama durch vielfältige Bande in ihren Interessen an der Niederhaltung und Ausbeutung des Volkes eng miteinander verknüpft gewesen. Eine Änderung des Herrschaftssystems sei daher auf dem Wege der Wahlen nicht möglich. Er, Torrijos, habe selbst die Interessen der Herrschenden gegen die demonstrierenden und aufbegehrenden Arbeiter, Landarbeiter und Studenten verteidigt. Aber: „Weil ich diese Schauplätze des Aufruhrs, den der Volkszorn auf der Suche nach Machtveränderung inszeniert hatte, aus nächster Nähe gesehen und erlebt habe, bin ich ein Offizier, der überzeugt ist, daß man die alten Strukturen ersetzen kann, indem man die Veränderung auf friedlichem Wege realisiert“, erklärte Torrijos in dem Dokument.¹⁶

Regierungspolitik Torrijos: Ersetzung alter Strukturen

Und diese Veränderungen, die die panamaische Nationalgarde, zusammen mit einer Gruppe junger qualifizierter Fachleute, seien so zusammenzufassen: „Krieg gegen die Armut, Unwissenheit, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot, die Mängel im Gesundheitswesen und der Kommunikationsmittel.“¹⁷

In der Folgezeit begann Torrijos mit der Durchführung einer Agrarreform, in deren Rahmen 400 000 ha Land an 20 000 Bauernfamilien¹⁸ verteilt, Kooperativen (inzwischen gibt es rund 2500) gebildet und Verstaatlichungen von Agrarland durchgeführt wurden. Im Januar 1976 z. B. verstaatlichte man 42 000 ha Land der United Fruit. Zu Beginn des Jahres 1976 gab die Regierung bekannt, daß sie den Abbau der Kupfererzvorkommen in der Provinz Chiriqui verstaatlichen werde, wobei sie zunächst den Erwerb von 80 % der Aktien des US-amerikanisch-kanadischen Konzerns Texas-Gulf vorsah.¹⁹

Unter Torrijos werden über 22 % des Etats jährlich für das Bildungswesen ausgegeben, so daß der Prozentsatz der Analphabeten von 24 auf 12 % sank²⁰. 11 % des Etats kommen dem Gesundheitswesen zugute. Die Zahl der Ärzte verdoppelte sich seit 1965, die Kindersterblichkeit (im 1. Lebensjahr) wurde von 56,5 (1960) auf 32,1 (1973) pro Tausend gesenkt.²¹



Panamakanal: einseitiges Eigentumsrecht von den USA endlich anerkannt

Entscheidende Erfolge bei der Zurückdrängung der Machtpositionen der ausländischen Konzerne konnte die Torrijos-Regierung indessen bis heute nicht erringen. Zwar wird auch der staatliche Sektor in der Industrie erweitert, aber die Regierung Torrijos betrachtet diese Maßnahmen als Reformen, die das „gesellschaftliche System nicht antasten“²², wie Vizepräsident Gonzales ausführte. In der Außenpolitik steuert die Regierung einen nichtpaktgebundenen Kurs. 1974 nahm sie diplomatische Beziehungen zu Kuba auf. Zu fast allen sozialistischen Staaten bestehen Verbindungen.

Gestützt wird die nationale, antioligarchische Politik von der Arbeiterklasse, den Bauern, der nationalen Bourgeoisie, kleinen Geschäftsleuten und großen Teilen der Studentenschaft, die aber immer wieder die Kompromisse der Torrijos-Politik kritisieren. Die Kommunisten, die Partei des Volkes von Panama (PPP), unterstützt die antiimperialistischen, auf ein Zuwachs an nationaler Souveränität des Volkes gerichteten Maßnahmen der Regierung und würdigte den neuen Kanalvertrag als „wichtigen Schritt auf diesem Wege“. Die Regierung von Torrijos charakterisierte Cesar de Leon, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der PPP, durch das Bestreben, „die Abhängigkeit vom US-Kapital zu beseitigen und eine nationale Industrie zu entwickeln“. Allerdings, so erklärte Leon, „betreibt die Regierung eine widersprüchliche, vielen Schwankungen unterlegene Politik, die Premier Omar Torrijos mit den Worten umriß, er müsse ‚mit beiden Händen regieren‘. Er will alle national gesinnten Kräfte ‚unter einen Hut bringen‘, wobei unsere Partei die Lage so beurteilt, daß über kurz oder lang eine Polarisierung der Klassenkräfte erfolgen wird.“²³

So unzweifelhaft und richtig es ist, den Kanalvertrag als Sieg der antiimperialistischen Kräfte zu werten, so muß andererseits auch der seit dem Regierungsantritt Carters modifizierte, mit neuen taktischen Varianten versehenen Außenpolitik des US-Imperialismus Rechnung getragen werden²⁴.

Gefahr weiterer neokolonialistischer US-Präsenz

Der vorherrschende Zug in der Lateinamerika-Politik der USA wurde von den Völkern Lateinamerikas als bloße Fortsetzung der „Politik des dicken Knüppels“ aus der Ära Monroes und Roosevelts empfunden. Und für eine Änderung dieser Politik sah man auch zur Amtszeit von Außenminister Kissinger noch keine Notwendigkeit, weil – wie der damalige Finanzminister Conally feststellte, „... wir dort ohnehin keine Freunde haben“²⁵.

Der Verlauf der UN-Sicherheitsratssitzung in Panama-City vom Frühjahr 1973 legt dafür ein beredtes Zeugnis ab. Die USA wurden einmütig, selbst von ihren treuesten Anhängern auf die Anklagebank gedrängt.

Die Carter-Regierung indessen, um ihren Ruf als Sachwalter der Menschenrechte bemüht, hat sich aus den strategischen Erwägungen langfristiger Machtsicherung heraus eine flexiblere Politik zur Aufgabe gesetzt, die die USA vom Ruch der Korruption, Bestechung, Mord und Putsch, der ihrer Außenpolitik anhaftet, befreien soll. Zbigniew Brzezinski, der Berater des US-Präsidenten in Sicherheitsfragen, nannte dies „Aufgeben der gewohnten amerikanischen Bevormundung“, die am Anfang „reiferer und normalerer Beziehungen“²⁶ stehen müsse.

Bei diesem kosmetischen Vorhaben, so ist bei Brzezinski nachzulesen, hatte die Behandlung der Panamakanal-Frage entscheidende Bedeutung. Davon ausgehend, daß die meisten Panamäer und viele Lateinamerikaner diese Frage als „Überbleibsel des amerikanischen Kolonialismus“ ansehen – „eine Ansicht, die auch in der dritten Welt weitgehend geteilt wird“, habe sich die US-Regierung zu dem neuen Vertrag entschlossen. Dieser belasse letztlich die Sicherheitsverantwortung bei den USA und erlaube gleichzeitig, der Welt zu demonstrieren, „daß die mächtigste Nation der Welt bereit

ist, mit einer der kleinsten Nationen zusammenzuarbeiten“.

Nur so könne letztlich „der Kanal offen gehalten“ werden; was nichts anderes meint, als die Positionen des US-Imperialismus in dieser Region zu erhalten.

Diese von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 17. 11. 1977 als das „Wiedererwachen des amerikanischen Idealismus“ verschleierte strategische Orientierung der Carter-Administration, die dem Vietnam- und Watergate-Debakel einen „neuen Geist“ entgegengesetzt will, ist zweifellos auch in den Kanalvertrag eingegangen. Die Bestimmung über das Interventionsrecht der USA über das Jahr 2000 hinaus ist dafür Beweis.

Die Gefahr, daß die USA versuchen werden, mit neokolonialistischen Methoden ihre Präsenz nach dem Jahr 2000 in Panama durchzusetzen, hat der schon zitierte Repräsentant der PPP, Cesar de Leon, ausdrücklich hervorgehoben, als er sagte: „Die Befreiung unseres Landes kann niemals ein juristisches Geschenk sein, sondern muß im harten Kampf gegen den Imperialismus errungen werden. Wenn Panama 1999 über 70 % des gegenwärtig noch von den USA verwalteten Kanalgebiets in die volle eigene Souveränität übernehmen wird, werden wir eine lange Etappe unseres Ringens um nationale Unabhängigkeit abschließen können“.²⁷

Anmerkungen:

- 1) Granma, Havanna, 28. 8. 1977
- 2) Ebenda und Horizont, Berlin, Nr. 40/1977
- 3) Die Zeit, 4. 2. 1977
- 4) Rheinischer Merkur, 9. 9. 1977
- 5) Granma, 28. 8. 1977
- 6) Horizont, Nr. 40/1977
- 7) Horizont, Nr. 52/1974
- 8) F. Sitte, Panikzone Panama, Wien 1974, S. 72 f.
- 9) Horizont, Nr. 12/1977
- 10) F. Sitte, a. a. O., S. 126 f.
- 11) Ebenda, S. 127
- 12) Ebenda, S. 275
- 13) Ebenda, S. 276
- 14) Ebenda, S. 277
- 15) IPW-Berichte, Berlin, Nr. 5/1973, S. 67 f.
- 16) F. Sitte, a. a. O., S. 153
- 17) Ebenda, S. 154 f.
- 18) Neues Deutschland, Berlin, 6. 8. 1976
- 19) Horizont, Nr. 10/1976
- 20) Neues Deutschland, 6. 8. 1976
- 21) A. Ebbecke und D. Nohlen, Panama (mit Panama-Kanalzone), in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3, Unterentwicklung und Entwicklung in Lateinamerika, Hamburg 1976, hier: S. 368
- 22) Neues Deutschland, 6. 8. 1976
- 23) Horizont, 17. 10. 1977
- 24) Vgl. auch B. Greiner: Carters Dritte Welt-Politik der „friedlichen Aggression“, in: AIB, Nr. 11/1977
- 25) F. Sitte, a. a. O., S. 192
- 26) Zbigniew Brzezinski am 25. Oktober auf einer Sitzung der Trilateral Commission in Bonn, in der er die Grundzüge der US-Außenpolitik darlegte. Die Rede ist abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 11. 1977. Vgl. auch zur Carter-Politik: AIB, Nr. 11/1977
- 27) Horizont, 17. 10. 1977



Chile - Plakatmappe des ASK

Aus Anlaß der vierjährigen Tätigkeit der internationalen Chile-Solidarität hat das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) eine Mappe mit 16 Plakaten aus Frankreich, Dänemark, der DDR, Finnland, der BRD und Kuba herausgegeben. Die Mappe, der wir das obenstehende Plakat entnommen haben, kann zum Preis von 12 DM (zuzüglich Versandkosten) beim ASK, Eichwaldstraße 32, 6000 Frankfurt/M., bestellt werden. Der Reinerlös aus dem Verkauf der Mappe fließt der Chile-Solidarität zu. Gleichzeitig ruft das ASK zu Spenden für Chile auf: Postscheckamt Frankfurt/M., Nr. 5270 55-602 Sonderkonto E. Wulff, Kennwort: Chile-Solidarität.

Kurzinformationen

Chile - BRD

Beeindruckt vom „inneren Frieden und der politischen Stabilität in Chile“, von der dort herrschenden „Freiheit der Meinung“ zeigte sich der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß während seines Aufenthalts vom 17.-22. November 1977 in Chile. Offizieller Anlaß für diese Reise war der 125. Jahrestag der deutschen Einwanderer nach Chile (siehe AIB Nr. 12/1977), das erklärte politische Ziel jedoch die offene Unterstützung und Aufwertung des Pinochet-Terrorregimes. Nicht zufällig erfolgte sie kurz nach der Veröffentlichung des Dokuments der Christdemokratischen Partei Chiles vom 12. 10. 1977, in dem sie nachdrücklich für den gemeinsamen Kampf aller Demokraten gegen die Militärjunta eintrat. Einen Tag nach Strauß' Abreise, am 23. 11. 1977, bestätigte Pinochet die Verhaftung und Verbannung von 7 führenden Repräsentanten der Bauarbeiter- und Metallarbeitergewerkschaft. Doch für Strauß war dies ebensowenig der Rede wert wie die kurz zuvor von der Junta gegen das katholische Solidaritätsvikariat verhängten Restriktionen. Das für die Wiederherstellung der Menschenrechte engagierte Vikariat der katholischen Kirche hatte in der Zeitung Solidaridad kommentarlos die Gesetzestexte zur Gründung der DINA und ihrer identischen Nachfolgeorganisation CNI veröffentlicht – für Pinochet Grund, die Zeitung zu beschlagnahmen und den Nachdruck zu verbieten.

Aufgrund der unverhohlenen Straußchen Rechtfertigung der „von der Junta zu verantwortenden Ermordung von 30 000 chilenischen Demokraten, der Verschleppung von 2 500 Patrioten, ... des Terrors gegen die Bevölkerung“ stellte das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) Strafanzeige gegen F. J. Strauß, und zwar „wegen verfassungsfeindlicher Befürwortung von Straftaten (§ 88a StGB) sowie Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§ 129s StGB)“ (ASK-Pressemitteilung vom 23. 11. 1977).

Iran - USA

Bei einem USA-Besuch Schah Mohammed Reza Pahlewi Mitte November 1977 versprach Carter dem iranischen Herrscher weitere Lieferungen modernsten Kriegsmaterials, da – so Carter – „die militärische Sicherheit des Iran für die Vereinigten Staaten von höchster Priorität sei“ (Süddeutsche Zeitung, 18. 11. 1977). Seit 1972 hat der Iran bereits für über 40 Mrd DM Kriegsmaterial allein aus den USA bezogen. Die Versicherung des Schahs, sich für ein „Einfrieren der Ölpreise während des ganzen nächsten Jahres einzusetzen“ (ebenda), bedeutet ein völliges Einschwenken auf die Positionen der US-Regierung. Während des Besuchs kam es vor dem Weißen Haus zu starken Protestkundgebungen gegen die Terrorherrschaft des Schahs, bei denen vom iranischen Geheimdienst (SAVAK) angeworbene und bezahlte Schlägertrupps („Jubelperser“) gegen die demokratisch gesinnten Landsleute vorgingen. Auch im Iran stößt die forcierte Aufrüstung und die eklatante Mißachtung der Menschenrechte auf wachsenden Widerstand, wie in jüngerer Zeit wiederholte Streiks und Demonstrationen veranschaulichten.

Rhodesien

Nachdem auch die neue angolamerikanische Rhodesieninitiative so gut wie gescheitert ist (siehe AIB, Nr. 12/1977), forciert Rassistenchef Smith die von ihm angestrebte „interne Lösung“. In seit Anfang Dezember 1977 laufenden Gesprächen mit den Marionettenführern Muzorewa, Sithole und Chirau versucht Smith, bei formalem Zugestehen von Wahlen nach dem Prinzip One Man – One Vote „Garantien für die Erhaltung von Recht und Ordnung sowie Sicherung der Zukunft der Weißen innerhalb des Landes“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. 11. 1977) zu erhalten. Die staatlichen Machtinstrumente – Justiz, Polizei, Militär – sollen freilich weiter in den Händen der Rassisten verbleiben. Gleichzeitig versucht Smith mit allen Mitteln, darunter der offenen Aggression gegen Moçambique, die allein Ende November 1977 2700 Tote forderte, die Patriotic Front Zimbabwes zu zerschlagen. Wie unrealistisch dieses Vorhaben jedoch ist, beweist selbst die Reaktion der USA: Aus Kreisen des Außenministeriums verlautete, daß die Lösung des Rhodesienproblems nur unter Beteiligung der Patriotic Front, die von der OAU ind insbesondere den Frontstaaten als einzig legitime Befreiungsbewegung anerkannt ist, möglich sei.



Südafrika - Solidarität

In einer Situation, da die Ermordung Steve Bikos und das Schicksal Tausender politischer Gefangener die Weltöffentlichkeit empörte, erklärte der hessische CDU-Vorsitzende Dregger während seiner Südafrika-Reise Mitte November 1977: „Wenn ich Bure wäre, würde ich mich auf die Festung zurückziehen, und um mich schießen.“

Gegen sich häufende Morde und Folterungen des Apartheid-Regimes richtet sich die im Oktober 1977 begonnene weltweite Unterschriftenkampagne für die Freilassung der Pretoria 12 und aller politischen Gefangenen, die in der BRD vom Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) unterstützt wurde. Die im Hinblick auf den 10. Dezember, dem Menschenrechtstag der UNO gesammelten mehreren Tausend Unterschriften resultierten zum beträchtlichen Teil aus Rückmeldungen der Unterschriftenbeilage in AIB Nr. 11/77 (sie erbrachte allein rund 1500 Unterschriften) und aus einer ASK-Sammelaktion beim elan-Solidaritätskonzert mit Harry Belafonte am 15. 11. 1977 in Düsseldorf. Ermutigt durch dieses positive Resultat will das ASK die Unterschriftenkampagne weiterführen. Weiter wurden auf der ASK-Mitgliederversammlung am 16. 1. 1977 folgende Aktionsschwerpunkte für das Jahr 1978 beschlossen: die Kollaboration der BRD mit Südafrika, insbesondere auf militärischem Gebiet, an konkreten Fällen zu enthüllen und ihre Einstellung zu erzwingen sowie die materielle Solidarität auf ein konkretes Projekt, den Bau einer ANC-Schule in Morogoro, zu konzentrieren.

Philippinen

Ein von der Weltöffentlichkeit wenig beachteter Konflikt scheint in jüngster Zeit neu entflammt: Auf der südphilippinischen Insel Mindanao kam es zu den bisher umfassendsten Kampfhandlungen zwischen Regierungstruppen und den Moslems der Nationalen Befreiungsfront der Moros (MNLF). Der Konflikt schwelt bereits seit vier Jahrhunderten. Damals war der Islam von Arabien her bis in den Süden der heute aus 7007 Inseln bestehenden Philippinen vorgezogen, während vom Norden her die Spanier mit dem Schwert in der einen und dem Katechismus in der anderen Hand einfielen. Die Siedlungspolitik des jetzigen christlichen Präsidenten Marcos, der Christen von der überbevölkerten Hauptinsel Luzon in die unerschlossenen Südpfeilen umsiedeln ließ, führte zur Vertreibung von Hunderttausenden von Moslems aus den ihnen angestammten Gebieten und trug zu secessionistischen Bestrebungen und dem offenen Ausbruch der Kämpfe Ende 1972 bei. Die moslemische Seite wurde dabei insbesondere vom libyschen Präsidenten Ghadafi unterstützt. Die militärische Auseinandersetzung um die Südpfeilen, die auf Grund ihres Rohstoffreichtums, ihrer strategisch wichtigen Lage und ihrer Funktion als Kornkammer der Philippinen von außerordentlicher Bedeutung sind, band rund 80 % der 120 000 Mann starken Armee. Sie kostete 50 000 Zivilisten und 4000 Soldaten das Leben. Daher versuchte Marcos zu taktieren und schloß im Dezember 1976 in Tripolis unter der Schirmherrschaft Libyens und anderer arabischer Staaten einen Friedenspakt mit der MNLF. Darin gestand er 13 südlichen Provinzen eine begrenzte Autonomie zu, der allerdings Wahlen vorausgehen sollten. Da die Moslems, die insgesamt etwa 10 % der rund 40 Mio. Philippinos ausmachen, jedoch nur noch in fünf dieser Provinzen in der Mehrheit sind, brachten die Wahlen unter Marcos Regie ein überwältigendes Votum gegen die Autonomie. Dieses war der Anlaß zu der neuerlichen Verschärfung des Krieges, dem auf Seiten der Regierungstruppen kürzlich sogar ein Brigadegeneral zum Opfer fiel.

Marcos, der sich entsprechend der Verfassung bei den im Frühjahr 1978 geplanten Wahlen nicht zur Wiederwahl stellen dürfte, steuert für den 17. 12. 1977 ein Referendum an, das ihm erlauben soll, weiterhin nach dem 1972 erlassenen Ausnahmerecht zu regieren.

Anzeigenkampagne - keine "Gefühlsduselei"

In den letzten drei Monaten des Jahres 1977 machte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) mit einer großangelegten Publicity-Kampagne im Spiegel, Stern und der Bunten Illustrierten von sich reden. Mit großdimensionierten und kostenaufwendigen Anzeigen sollten die arbeitenden Menschen unseres Landes auf ihre Vorurteile gegenüber der westdeutschen „Entwicklungshilfe“ angesprochen, um sodann vom Gegenteil überzeugt zu werden. Anlaß für dieses aufwendige Unterfangen war das nach wie vor auf dem Tiefstand befindliche Image des Ministeriums. Nur 13 % der erwachsenen Bevölkerung – so ergaben Umfragen – können als bedingungslose Befürworter bundesdeutscher Entwicklungshilfe angesehen werden.

Wer profitiert vom Arbeitsplatzexport?

Doch rundherum stieß die Propagandawelle des BMZ auf Ablehnung: kirchliche Kreise und entwicklungspolitisch engagierte Gruppen wandten ein, daß die Kampagne landläufige Vorurteile nicht abbaue, sondern geradezu bestärke und forderten die unverzügliche Einstellung des Unternehmens. Die Propagandaaktion des BMZ spiegelt eine Umkehr in der westdeutschen Public Relation-Strategie auf dem Gebiete der „Entwicklungshilfe“ wider. Ursprünglich – besonders unter Eppler – sollte die Entwicklungspolitik der Bevölkerung nämlich über den Aufbau eines Systems von entwicklungspolitisch engagierten „pressure groups“ schmackhaft gemacht werden. Nur entwickelten sich gerade diese Gruppen in den letzten Jahren verstärkt zu engagierten Kritikern der neokolonialistischen Praktiken westdeutscher Dritte-Welt-Politik. In der Folge wurden diesen Gruppen immer häufiger die Unterstützungsgelder aus dem BMZ-Etat gestrichen. Unter direkter Kontrolle der Verwalter staatlicher Entwicklungspolitik soll die „Aufklärung“ der Bevölkerung nunmehr effektiver im Sinne der Herrschenden bewerkstelligt werden.

Die jüngste Anzeigenaktion des BMZ ist jedoch – wie zahlreiche andere BMZ-Publikationen der letzten Zeit – zu einem Musterstück der unfreiwilligen Selbstenthüllung der mit der bundesdeutschen Entwicklungspolitik tatsächlich verknüpften Interessen geraten. In notorischer Gleichförmigkeit kehrt in den Großanzeigen der folgende Satz wieder: „Und außerdem fließen 3/4 des Geldes, das wir den Entwicklungsländern geben, als Aufträge an unsere Wirtschaft zurück.“ Oder: „Dies (die „Entwicklungshilfe“, d. Verf.) kommt nicht nur den Entwicklungsländern zugute, sondern auch unserer Wirtschaft. Denn von jeder Mark, die wir an die Entwicklungsländer geben, bekommt unsere Wirtschaft 75 Pfennig als Aufträge zurück.“ Oder: „Entwicklungshilfe ist keine humanitäre Gefühlsduselei. Denn sie dient unseren eigenen Interessen . . . je besser es diesen Ländern geht, um so mehr Waren können sie bei uns kaufen.“ Oder: „Auf diese Weise kommen 4/5 des Geldes, das wir für unsere Öleinfuhren bezahlen, zu uns zurück.“

Deutlicher noch kann das vorrangig mit der Entwicklungspolitik verknüpfte egoistische Eigeninteresse kaum noch zum Ausdruck gebracht werden. Freilich nützte dies wenig, wenn „wir“ oder „unsere Wirtschaft“ sich als demagogische Sinnbilder für die Konzerninteressen, die durch die Entwicklungshilfe stimuliert werden

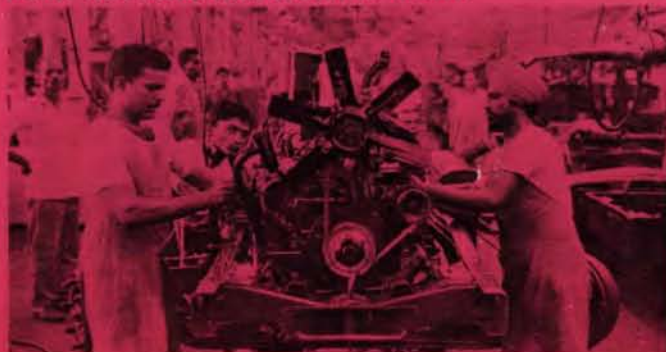
sollen, entpuppen würden. Deshalb greifen die Werbetexter des BMZ zu folgender Behauptung: „Schon heute sind 1 Mio Arbeitsplätze bei uns von den Aufträgen aus der Dritten Welt abhängig.“ Also: Alle, die in der anhaltenden Krise um ihren Arbeitsplatz fürchten, müßten ein Interesse an den Wirtschaftsbeziehungen zur Dritten Welt haben. Es soll suggeriert werden, daß die arbeitenden Menschen unseres Landes letztlich gemeinsame Sache machen müßten mit Konzernen und Regierung bei der Ausbeutung der Dritten Welt. Daß dem keineswegs so ist und daß die Arbeiterschaft unseres Landes ein gesundes und berechtigtes Mißtrauen gegenüber einer Politik der rigorosen Exportförderung zum Eigennutz der privatkapitalistischen Großkonzerne in die Dritte Welt besitzt, zeigen einige Zahlen: Der VW-Konzern reduzierte zwischen 1971 und 1976 die Zahl seiner Inlandsbeschäftigten von 160 000 auf 124 000. Im selben Zeitraum stieg die Zahl seiner Auslandsbeschäftigten von 42 000 auf 59 000. Demnächst gibt es nur noch Käfer „Made in Mexiko“ auf dem bundesdeutschen Markt. Bei anderen Großkonzernen ist ein ähnlich hoher Export von Arbeitsplätzen feststellbar. Dieser unter dem Schlagwort „Strukturwandel“ von der Bundesregierung nach Kräften geförderte und finanziell belohnte Kapital-export läuft im Endeffekt darauf hinaus, daß sich das westdeutsche Großkapital in den jungen Volkswirtschaften der Entwicklungsländer eine monopolartige Stellung sichert und die Situation der Billiglohnländer gegen die Arbeiter und Angestellten unseres Landes erpresserisch bei Lohnkämpfen ins Feld führt. Daran jedoch haben wohl die Konzernherren, nicht aber die abhängig Beschäftigten hier und ihre Kollegen in den Entwicklungsländern ein echtes Interesse.

Keine Waffen für die „Weißen“?

Nehmen wir ein anderes Beispiel, das die Machart der Anzeigenkampagne offenbart. Unter der fragenden Überschrift „Geben wir ihnen Entwicklungshilfe, damit sie in Afrika die Weißen umbringen?“ wird mit keinem Wort das Vorurteil, daß der Befreiungskampf auf einen Massenmord unter den Weißen abzielt, in Frage gestellt. Vielmehr heißt es über die Politik der Bundesregierung im südlichen Afrika: „ . . . liefert sie keine Waffen, weder an die eine noch an die andere Seite . . . Die Bundesregierung hilft ausschließlich mit friedlicher Entwicklungshilfe, und zwar mehr als je zuvor. So unterstützt sie auf die beste Weise die friedliche Entwicklung in den Ländern am Rand des großen Konflikts.“ Abgesehen davon, daß von einer militärischen Neutralität der BRD im südlichen Afrika angesichts westdeutscher Waffen in den Händen des Smith- und Vorster-Regimes keine Rede sein kann, hat der Vertreter Sambias auf dem entwicklungspolitischen Forum der SPD auf die moralische Perfidität dieser Politik mit folgenden Worten hingewiesen: „Ihr könnt nicht erwarten, daß sich die Kinder von Soweto mit Steinen verteidigen, wenn Vorsters Polizei mit Gewehren aus der Bundesrepublik auf sie schießt . . . Ihr könnt nicht uns Verbandszeug liefern und Waffen an Vorster.“

Mit ihrer Anzeigenkampagne hat die Bundesregierung jedoch erneut unter Beweis gestellt, daß die Doppelzüngigkeit auch weiterhin wesentlichster Grundzug ihrer Entwicklungspolitik bleibt.

HELFFEN WIR DER WIRTSCHAFT DER DRITTEN WELT,
DAMIT SIE UNSERE EIGENE KAPUTT MACHT?



GEBEN WIR IHNEN ENTWICKLUNGSHILFE,
DAMIT SIE IN AFRIKA DIE WEISSEN UMBRINGEN?

